Sozialeinwanderung: Jetzt kommt es dicke, S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 49 – 7. Dezember 2013
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Schuldenproblem ausgeblendet: Sobald die Konjunktur schwächelt, werden die Defizite wieder rasant steigen

Bild: action press

Taub und stumm

Koalitionsvertrag: Deutsche Existenzfragen auf erschreckende Weise ignoriert

Schulden, Demographie, Zuwanderung, Integration, Entdemokratisierung oder Euro-Krise: Wozu Schwarz-Rot nichts zu sagen hat.

Die Verwunderung über den Koalitionsvertrag von Union und SPD hat mittlerweile europäische Ausmaße erreicht. Der Chefredakteur der „Basler Zeitung“, Markus Somm, bringt es auf den Punkt: CDU und CSU „haben keinen Koalitionsvertrag unterzeichnet, sondern sind der SPD beigetreten“.

Durch und durch sozialdemokratisch im heutigen, zeitgeistigen Sinne sind die Beschlüsse. Bezeichnend dafür ist, dass sie auf Sand gebaut wurden. Sogar Finanzminister Wolfgang Schäuble gibt zu, dass alles nur „bis 2017 kalkuliert“ sei. Doch was Schwarz und Rot vereinbart haben, etwa bei Rente und Pflege, sind Versprechen, die weit in die Zukunft über 2017 hinaus reichen. Und selbst bis zu diesem Datum hält das Beschlossene nur, wenn die Konjunktur ungebrochen gut läuft, die Einnahmen weiter sprudeln. Wer will das garantieren?

Noch beunruhigender aber ist, was an gravierenden Problemen alles ausgeblendet wurde: die gesamte Euro- und Schuldenkrise etwa oder, damit in engem Zusammenhang, die Zerstörung der privaten Altersvorsorge durch Euro-bedingt negative Realzinsen. Dazu finden Union und SPD nur laue Worte, politisch dagegen unternehmen wollen sie nichts. Daraus spricht regelrechte Kaltschnäuzigkeit: Vor Jahren waren es gerade diese Parteien, die den Deutschen eingeredet haben, sie müssten unbedingt privat mehr für die Rente tun. Nun sehen die guten Ratgeber von eben gelassen zu, wie die, die ihnen folgten, enteignet werden.

> »Bis 2017 kalkuliert«: Finanzierung ist auf Sand gebaut

Zur existenziellen Frage der Demographie schrauben die mutmaßlichen Koalitionäre bloß an bisherigen Programmen herum, die nachweislich wenig brachten. Taub und stumm stehen sie dem drängenden Problem der nahezu unkontrollierten Zuwanderung gegenüber, das immer mehr Kommunen akut um die Ohren fliegt.

Und was ist mit der existenziellen Frage der Integration und Assimilierung von Einwanderern? Hier fällt der „schwarz gerahmten SPD“ nichts anderes ein, als die deutsche Staatsbürgerschaft selbst jenen hinterherzuwerfen, die erwiesenermaßen gar keine Deutschen sein oder werden wollen. Wäre es anders, hielten diese Menschen ja nicht fest an der Nationalität ihrer Vorfahren und forderten die „doppelte“ Staatsbürgerschaft auf Dauer.

Die Übernahme von Schulden fremder Länder, die kommende Generationen massiv belasten werden, wurde ebenfalls ausgeklammert. Auch ignorieren SPD und Union den schleichende Verlust demokratischer Rechte der Deutschen dadurch, dass immer mehr Macht an ein undemokratisches, undurchschaubares Gebilde in Brüssel verlagert wird.

Verblüffend ist, dass die Deutschen all das mit gleichbleibend guten Umfragewerten besonders für die Union belohnen. Realitätsverweigerung scheint keineswegs nur ein Problem von „denen da oben“ zu sein. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Es gibt Grenzen!

Was nach dem Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (siehe Seite 5) auf uns zukommt, ist nichts weniger als die Unterwanderung des deutschen Wohlfahrtsstaates durch arbeitslose EU-Ausländer. Die Forderung, EU-Bürger in ihre Heimatländer zurückzuschicken, die ihre Freizügigkeit missbrauchen, um in Deutschland eine höhere Sozialhilfe zu kassieren, ist weder fremdenfeindlich noch rassistisch, sondern absolut legitim. Freizügigkeit mag ein Kernelement der europäischen Verträge sein, aber sie begründet kein Recht auf Einwanderung in die Sozialsysteme eines anderen EU-Mitgliedslandes. Es ist eine Zumutung, dass die EU-Kommission die sogenannte Armutsmigration nicht nur rundweg leugnet, sondern kritische Stimmen auch noch mit Schmähungen belegt.

Mit seinem Urteil hat das Landessozialgericht NRW den vom Gesetzgeber im Sozialgesetzbuch verankerten Ausschluss von Sozialleistungen für bestimmte Personengruppen mit dem Hinweis auf EU-Recht ausgehebelt. Sollte das Bundessozialgericht angerufen werden und das Urteil kassieren, dürfte mit ziemlicher Sicherheit der Europäische Gerichtshof einschreiten. Deshalb müssen die künftigen Berliner Koalitionäre das tun, was sie in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben: in Brüssel unnachgiebig auf eine Änderung der Rechtslage drängen, um der „ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenzuwirken“ sowie die „Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme“ zu verringern. Ansonsten droht ihnen bei der Europawahl 2014 ein böses Erwachen. Denn die EU-kritischen Kräfte sind ihnen dicht auf den Fersen.

Wer nicht arbeitet, soll gehen

Cameron will Freizügigkeit in EU einschränken – Brüssel hysterisch

Hysterische Ausfälle statt Argumente. So lässt sich die Reaktion der EU-Kommission auf die Ankündigung des britischen Premierministers David Cameron, die Bewegungsfähigkeit von osteuropäischen EU-Bürgern zu reglementieren, charakterisieren. Cameron befürchtet nach dem Inkrafttreten der uneingeschränkten Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren am 1. Januar kommenden Jahres eine ungebremste Zuwanderung in die Sozialsysteme der wohlhabenderen EU-Mitgliedsstaaten. Deshalb forderte er vergangene Woche für EU-Ausländer einen erschwerten Zugang zu Sozialleistungen und die Zwangsabschiebung bei Arbeitslosigkeit. „Wenn die Leute nicht hier sind, um zu arbeiten, dann werden sie entfernt“, schrieb Cameron in einem Beitrag für die „Financial Times“. Diese deutlichen Worte kommen nicht von ungefähr, treibt ihn doch die europakritische Partei Ukip unerbittlich vor sich her.

> Europakritische Ukip im Nacken

Die Schelte aus Brüssel für diese Unbotmäßigkeit fiel heftig aus. Während EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sich damit begnügte, Cameron über die Bedeutung der Freizügigkeit zu belehren, beschimpfte der ungarische Sozialkommissar Lázló Andor ihn als Populisten und Rassisten. Justizkommissarin Viviane Reding erklärte, das Recht auf Freizügigkeit sei nicht verhandelbar und man werde „den Geist des EU-Vertrages unerbittlich durchsetzen“. Zugleich legte sie Großbritannien den Austritt aus der EU nahe. Cameron lässt sich von diesen Anwürfen jedoch nicht beeindrucken. Durch seinen Regierungssprecher ließ er mitteilen, er verbitte sich diese „unangemessene Einmischung von nicht gewählten EU-Beamten“, die schließlich auch vom britischen Steuerzahler bezahlt würden. *Jan Heitmann*

(Siehe auch S. 5 und Leitartikel)

Auf zu den Pyramiden?

Altertumsforscher Hawass wirbt um Touristen und will die Nofretete

Zwei Jahre lang hatte die Nofretete im Neuen Museum von Berlin ihre Ruhe vor Zahi Hawass. Der frühere Chef der ägyptischen Altertümerverwaltung, der in den letzten Amtstagen Hosni Mubaraks zusätzlich Minister war, hatte unablässig die Rückgabe der Büste gefordert. Doch der Aufstand von 2011 brachte auch klare Verhältnisse für Berlin: Hawass ging, die Nofretete blieb.

Aber plötzlich meldet sich Hawass wieder zurück. Für touristische Werbevorträge tourt er als Zugpferd des ägyptischen Fremdenverkehrsamts durch Deutschland. Vor kleinen, ausgewählten Kreisen mit Medien- und Tourismusvertretern hält der Mann, der mit seinem polternden Auftreten locker große Hallen füllen könnte, Diavorträge über seine Forschung an den Ausgrabungsstätten, wo dieser ägyptische „Indiana Jones“ mit seinem Markenzeichen, einem Cowboy-Hut, zu sehen ist.

> Ägyptens alte Garde meldet sich zurück

„Kommen Sie nach Ägypten“, lautet seine Botschaft, „wir haben seit drei Jahren keinen Tourismus, aber nur durch die Einnahmen aus diesem Geschäft, können wir die antiken Schätze erhalten und vor Plünderungen schützen.“

Dass sich unter der in Ägypten herrschenden Militärregierung mit Hawass ein Mann der alten Garde zurückmeldet, ist bezeichnend. Die alten Kräfte von vor 2011 erstarken wieder. Gegenüber der *PAZ* macht Hawass auch keinen Hehl darüber, dass er den Sturz der Mursi-Regierung als einzig mögliche Rettung des Landes betrachtet. Nach dem Militärputsch sei Ägypten wieder sicher, betont er. Deshalb sei auch die Nofretete in Berlin nicht sicherer aufgehoben als in Ägypten, merkt er an. Klar ist: Solange Hawass in offizieller Mission unterwegs ist, wird die Geisterdebatte um die Rückgabe von ägyptischen Altertümern nicht aufhören. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Bundestag selten geschlossen

Berlin – So viel Geschlossenheit im Parlament bei der Abstimmung über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr hat Seltenheitswert. Mit Ausnahme der Linkspartei und bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der SPD haben alle Bundestagsabgeordneten die Fortsetzung der Beteiligung deutscher Soldaten an den UN-Einsätzen im Sudan und im Südsudan gebilligt. Das gilt sowohl für die Unamid-Mission in der sudanesischen Unruheprovinz Darfur als auch für die Unmiss-Mission im Südsudan. Beide Mandate gelten nicht als bewaffneter Einsatz, sondern als Beobachtermission, gleichwohl sind sie aber nicht ungefährlich. Demnächst stehen Abstimmungen über weitere Mandate wie den Nato-Überwachungseinsatz im Mittelmeer und die Anti-Pirateriemission Atalanta an. *J.H.*

Satte linke Mehrheit

Ankara – Das Zentrum für Migration und politische Wissenschaften der Hacettepe-Universität in Ankara hat untersucht, wie türkischstämmige Wähler bei der letzten Bundestagswahl abgestimmt haben. Danach haben 64 Prozent die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), jeweils zwölf Prozent Bündnis 90/Die Grünen und die Partei „Die Linke“, sieben Prozent die Unionsparteien sowie zwei Prozent die Freie Demokratische Partei (FDP) und die sonstigen deutschen Parteien gewählt. Drei Prozent stimmten für das „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“. Das BIG gehört zu den ersten von Muslimen gegründeten Parteien Deutschlands und gilt als Ableger der AKP des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. *M.R.*

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Christliche Mitte bei

Die Schulden-Uhr:

Kritik des Sozialbeirats

Die Planungen von Schwarz-Rot, Wahlgeschenke von den Beitragszahlern der Rentenversicherung finanzieren zu lassen, ruft auch beim Sozialbeirat Kritik hervor. In seiner aktuellen Stellungnahme zum Rentenversicherungsbericht kritisiert das aus Vertretern der Versicherten, der Arbeitgeber, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der Deutschen Bundesbank bestehende Gremium, dass die geplante Finanzierung „nicht de jure, aber de facto eine Umgehung der Schuldenbremse“ darstelle. So entspreche der Abbau der Nachhaltigkeitsrücklage „im ökonomischen Sinne einer Schuldenfinanzierung, die durch die neuen grundgesetzlichen Verschuldungsregeln für Bund und Länder sehr deutlich eingeschränkt wurde“. *M.R.*

2.067.436.011.296 €

Vorwoche: 2.066.760.087.511 €
Verschuldung pro Kopf: 25.682 €
Vorwoche: 25.674 €

(Dienstag, 3. Dezember 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Schwäche durch Selbstblockade

Zersplitterung der EU-kritischen Parteien als letzte Hoffnung für Brüssel

Umfragen deuten auf einen Erdrutschsieg von EU-skeptischen Parteien bei der Europawahl im Mai 2014 hin. Wegen deren Zersplitterung könnte in Brüssel dennoch alles beim Alten bleiben.

Es ist eine Unterstützung, von der Deutschlands Politneuling, die Alternative für Deutschland (AfD), nur träumen kann. Paul Sykes, einer der reichsten Briten, hat seine Unterstützung für die EU-kritische United Kingdom Independence Party (Ukip) angekündigt. Er sei bereit, alles zu tun, dass „die Ukip bei der Europa-Wahl im Mai 2014 siegt“, so Sykes, dessen Vermögen auf 650 Millionen Britische Pfund geschätzt wird. Der erfolgreiche Geschäftsmann verbindet mit seiner Unterstützung eine ganz konkrete Hoffnung, nämlich ein Referendum über Großbritanniens Verbleib in der EU bereits im Jahr 2015 und nicht erst 2017, wie bisher in Aussicht gestellt. Premierminister David Cameron dürfte die Ankündigung Sykes in Alarmstimmung versetzt haben. Die Ukip hat ohnehin beste Chancen, in sechs Monaten als stärkste britische Partei ins Europaparlament einzuziehen. Mit der Finanzkraft von Sykes im Rücken dürfte die Ukip nun wohl einen hochprofessionellen Europawahlkampf in den Medien aufziehen, das Wahlergebnis noch besser ausfallen.



Könnten gewinnen und doch nichts ändern: EU-Gegner müssen sich zusammenraufen Bild: action press

Dass Italiens Ministerpräsident Enrico Letta inzwischen davor warnt, ab Mai 2014 könnte man es mit dem „stärksten anti-europäischen Europaparlament in der Geschichte“ zu tun bekommen, hat nicht nur mit dem Aufwind für die UKIP zu tun. In Österreich hat die FPÖ mit 25 Prozent inzwischen die ÖVP überholt und liegt nun gleichauf mit der SPÖ. In Frankreich und den Niederlanden gelten die Front National und Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid als klare Favoriten, bei der Europawahl jeweils stärkste Partei zu werden.

So wie es momentan aussieht, wird Brüssel damit im Mai 2014 von den Wählern ziemlich eindeutig eine rote Karte bekommen, Hoffnungen auf einen entsprechenden Politikwechsel könnten allerdings verfrüht sein, denn es droht eine Zersplitterung der Kräfte der EU-Kritiker. Recht fortgeschritten sind die Vorbereitungen, im Rahmen der „Europäischen Allianz für Freiheit“ verschiedene Parteien zusammenzubringen. Die FPÖ, die französische Front National, Schwedendemokraten, Vlaams Belang und wahrscheinlich die slowakische Nationalpartei wollen nach der EU-Wahl eine gemeinsame Fraktion „patriotischer Parteien“ bilden. Damit könnte die Gemeinsamkeit im „dritten Lager“ aber schon erschöpft sein.

Die deutsche AfD hat inzwischen einen Beitritt ausgeschlossen. Mit Blick auf Geert Wilders' Freiheitspartei und Front National beschied AfD-Chef Bernd Lucke im Fernsehsender „n-tv“: „Beide Parteien kommen weder jetzt noch in Zukunft für uns in Frage.“ Noch schwerer wiegt eine andere Absage. Auch UKIP-Chef Nigel Farage schließt eine gemeinsame

> **Umfrageergebnisse für EU-Kritiker sind hervorragend**

Fraktion mit Geert Wilders und Marine Le Pen aus. Wilders könne nicht einerseits vorgeben, für die Meinungsfreiheit einzutreten, und gleichzeitig den Koran verbieten wollen, so Farage. Vor allem wegen der Front National gehen bisher auch die „Wahren Finnen“ und Pia Kjærsgaards Dänische Volkspartei auf Abstand. Die FPÖ und die FN wiederum wollen weder die ungarische „Jobbik“ noch die „Goldene Morgenröte“ aus Griechenland dabei haben.

Bleibt es bei der Absage von AfD und UKIP, kann dies weitreichende Folgen haben. Reelle Erfolgsaussichten, eine Fraktion zu bilden, hat nämlich nur das maßgeblich von Wilders vorangetriebene Sechser-Bündnis. Die gesetzten Hürden sind hoch. Zusammengebracht werden müssen mindestens 27 Abgeordnete aus einem Viertel der Mitgliedsstaaten – derzeit also sieben Länder. In der Praxis ist der Unterschied zwischen einer Fraktion und einer bloßen parlamentarischen Gruppe gravierend: Die Fraktionslosen können fast als „halbe Abgeordnete“ gelten. Sie erhalten weniger Finanzmittel und weniger Redezeit, haben kaum Einfluss auf die Agenda und keinen Sitz in der einflussreichen „Konferenz der Präsidenten“, in der viele Weichen vorab gestellt werden. Noch setzt Wilders darauf, dass es gelingt, nach der Wahl Differenzen zwischen den Parteien beizulegen und einen schlagkräftigen Block zu bilden. Scheitert der Versuch, dann könnte dies dazu führen, dass die Europäische Volkspartei, Sozialdemokraten, Grüne, Linke und Liberale für ihre Politik einer immer engeren europäischen Integration und Vereinheitlichung von Europas Wählern zwar klar abgestraft werden, in Brüssel aber weitgehend alles beim Alten bleibt.

Hermann Müller

Droht der Zerfall der Ukraine?

Kiew lässt Opposition abblitzen – Gerüchten zufolge hat Janukowitschs Regierung Unruhen selbst angezettelt

Noch kann niemand voraussagen, wie die Ukraine in einigen Wochen aussehen und wer dann dort das Sagen haben wird. Zurzeit protestieren Hunderttausende gegen den Abbruch der Assoziierungsverhandlungen mit der EU seitens Präsident Viktor Janukowitschs.

Nachdem es bei den Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude in Kiew zu Ausschreitungen gekommen war, bei denen die Spezialpolizei „Berkut“ mit aller Härte gegen alle Aktivisten und nicht nur gegen die Provokateure vorging, hatten die drei führenden Oppositionspolitiker Vitalij Klitschko von der Partei „Udar“, Arsenij Jazenok von „Batkwischtschina“ und Oleg Tjagnibok von „Swoboda“ einen Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Regierungschef Nikolaj Asarow gestellt. Dieses lehnte das Parlament am Dienstag jedoch ab, nachdem Asarow sich für das Vorgehen der Polizei entschuldigt hatte.

Bei dem, was zurzeit in der Ukraine vor sich geht, stellt sich nicht nur für westliche Beobachter sondern auch für ukrainische Analysten die Schlüsselfrage, wem die Unruhen nützen. Versucht Janukowitsch, sein vor dem EU-Assoziierungsgipfel begonnenes Spiel mit den „Großen“ EU und Russland fortzusetzen? Oder sind die Proteste vom Westen gesteuert als Antwort auf das geplatzte EU-Assoziierungsabkommen? Fakt ist, dass die einzigen freien Radio- und Fernsehsender sich über US-amerikanische Stipendien finanzieren.



Gescheitert: Kiewer Parlament lehnte Vitalij Klitschkos Misstrauensvotum gegen Regierungschef Asarow ab Bild: action press

Beobachter gehen aber davon aus, dass Janukowitsch in jedem Fall von der Situation profitieren wird: Das über der ukrainischen Wirtschaft schwebende Damoklesschwert der Handelsschranken seitens Russlands ist abgewehrt und nach der Schlappe von Wilna wird der Fall Timoschenko für die EU keine große Rolle mehr spielen. Sie wird zunächst daran interessiert sein, die Ukraine zurück an den Verhandlungstisch zu bekommen. Interessanterweise hat auch niemand der auf dem zentralen Majdan-Platz in Kiew aufgetretenen Oppositionspolitiker die Freilassung Timoschenkos gefordert.

Putin, der durch den geplanten zollfreien Handel mit der EU russische Wirtschaftszweige in Gefahr sah, hält sich mit Kommentaren zur Ukraine bedeckt. Wirtschaftlicher Druck ist das einzige Instrument Moskaus, die Ukraine von einer Allianz mit der EU abzuhalten.

Mit Massendemonstrationen macht das Volk seiner Enttäuschung Luft. Viele sehen sich in Perspektivlosigkeit zurückgelassen. Janukowitsch ist ein Präsident der Oligarchen. Es wird vermutet, dass seine Unterstützer aus der industriell starken Donezk-Region im Osten der Ukraine den Übergang zu europäischen Standards bei einer EU-Anbindung fürchteten und Janukowitsch deshalb im letzten Moment das Ruder herumriss. Janukowitsch-Unterstützer aus dem Donezk-Gebiet beherrschen zurzeit alle Ministerien. Es gibt das Gerücht, dass die Regierung die Unruhen selbst angezettelt habe, um Moskau und Brüssel weiter gegeneinander auszuspielen, indem die gegnerischen Partner mit einem möglichen Zerfall der Ukraine erschreckt werden.

Doch solch ein Vorgehen würde auch Risiken für Janukowitsch bergen. Zwar ringen die EU und Russland wirtschaftlich um Einfluss auf die Ukraine, aber einen Krieg will deswegen niemand vom Zaun brechen. Putin wartet ab, die EU-Vertreter schimpfen auf Janukowitsch und die USA tun so, als ob sie von allem nichts bemerkten.

Das ukrainische Volk ist indessen ernüchtert. Das Ausland wird mit jedem gewählten Präsidenten verhandeln, ganz gleich welche Positionen er vertritt. Im Gegensatz zu 2004 gibt es keinen oppositionellen Politiker, der gut genug vorbereitet wäre, die Regierungsgeschäfte sofort zu übernehmen. Im Augenblick kämpft jeder gegen jeden. Eine klare Linie ist nicht erkennbar.

Vor diesem Hintergrund wäre es in der Tat möglich, dass der Ukraine der Zerfall in einen von der EU dominierten West-Teil und in einen unter russischem Einfluss stehenden Ost-Teil droht. Zumindest deuten Pressestimmen an, dass ihr ein ähnliches Schicksal wie Jugoslawien blühen könnte. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Advent, Advent

Von VERA LENGSFELD

Am ersten Adventssonntag zeigt sich Berlin wieder aufs Festlichste geschmückt. Die Verkaufsgalerien glitzern und blinken, die Hauptstraßen leuchten im Glanz zahlloser Lichterketten, die kleinen Geschäfte wetteifern, welches den schönsten Fensterputz aufbietet. Die Weihnachtsmärkte locken. Ein Duft von Gebratenem und Gebackenem hängt über der Stadt, vermischt mit Glühweinaroma.

Alles scheint gemütlicher zu werden. In der Dunkelheit verschwindet gnädig manche Dreckecke. Die Berliner haben einen neuen Zeitvertreib: Wo ist der schönste, der originellste, der phantasievollste Weihnachtsmarkt?

Mein Favorit ist der Weihnachtsbasar der Schwedischen Gemeinde in Wilmersdorf. Große Laster brachten bereits in der vergangenen Woche jede Menge Köstlichkeiten: gebeizten Lachs, eingelegten Hering, Köttbullar, Elchwürste und Rentierhack. Nicht zu vergessen, das echte schwedische Knäckebrot, Brötchen, Käse, Prinzessinnentorte, Lakritze und natürlich jede Menge Glöck (schwedisches Alkoholgetränk). Aber es gibt auch skandinavische Pullover, Decken, Mützen, Schals, Tücher, Jacken aus Wolle und Filz, Schnitzereien und Stickereien, Weihnachtsschmuck aus Holz, Stroh, Glas, Metall. Für jeden Geschmack und Geldbeutel ist etwas dabei.

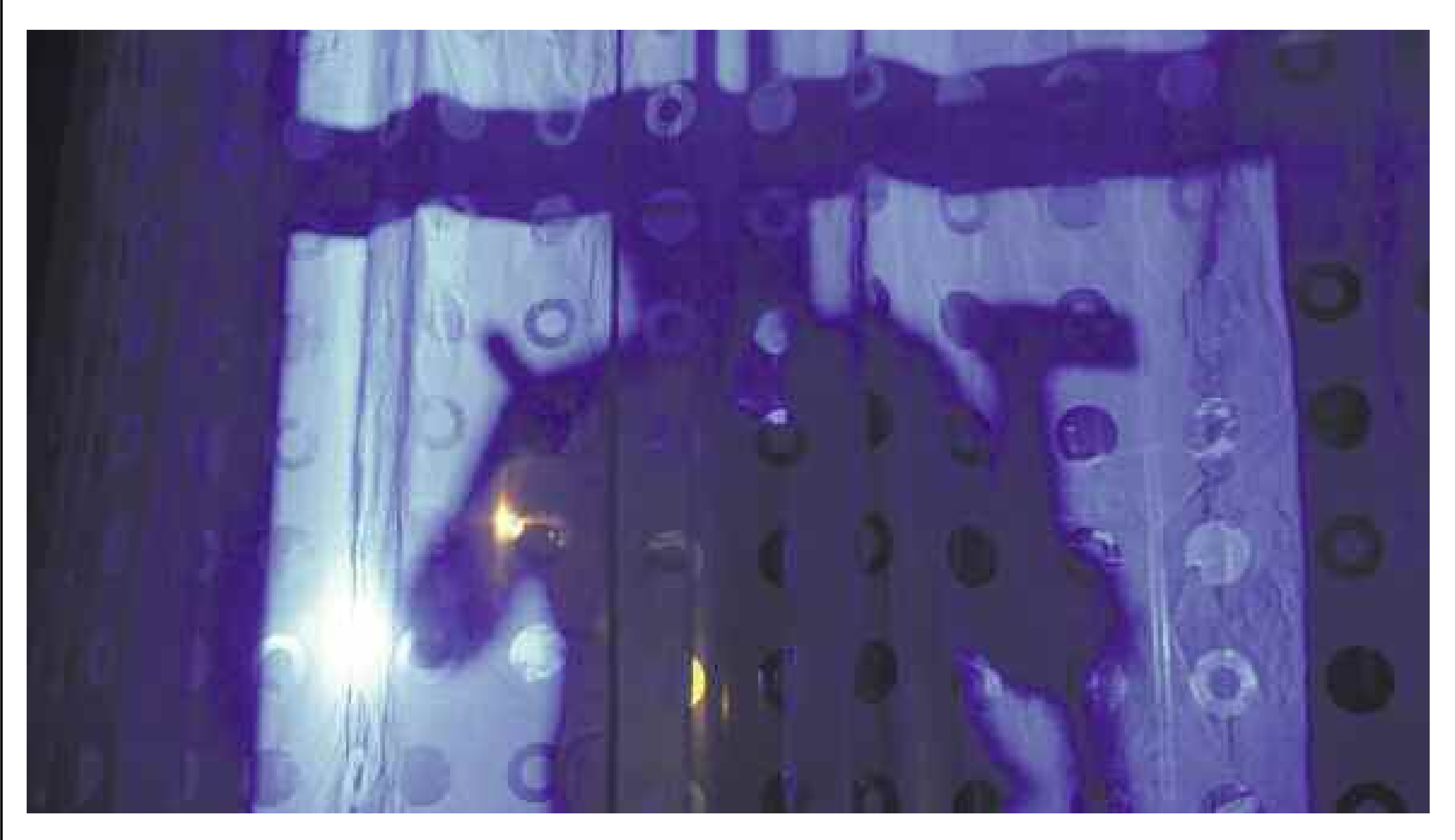
Am längsten ist die Schlange am Grill, wo Elchwurst angeboten wird. Personal ist knapp. Deshalb ist das Ehepaar, das den Stand betreut, vom Beginn des Basars um 12 Uhr bis zu seinem Ende nach 19 Uhr ununterbrochen im Einsatz. Zum Glück ist es nicht kalt und der Regen hält sich in Grenzen, so dass er das Vergnügen nicht stört.

Mit Einbruch der Dunkelheit erscheint die Lichterkönigin Lucia mit ihrem Gefolge. Weiß gewandet, die blonde Königin mit einer Krone aus brennenden Kerzen auf dem Kopf, ihre Knappen mit Kerzen in der Hand, umrundet der Zug Adventslieder singend den Basar. In diesen zauberhaften Minuten kommt alle Geschäftstätigkeit zum Erliegen und nicht nur die Kinder haben glänzende Augen.

Am Alexanderplatz geht es auch weihnachtlich her. Wie jedes Jahr lockt ein großes Riesenrad, von dem man einen herrlichen Blick auf die Überreste von Berlins Altstadt hat. Leider ging es an seinem Fuß wenig friedlich zu. Unweit der Gedenkplatte für den getöteten Jonny gab es schon wieder Gewalt. Eine von zwei Messerstechereien, die es an diesem Adventstag in die Nachrichten geschafft haben. Gruppen von jungen Männern gingen hier und am Gesundbrunnen mit Flaschen, Steinen und schließlich Messern aufeinander los. Es gab Verletzte. Da sich solche Vorfälle häufen, wird nur noch das Alter der Männer angegeben. Neonazis waren es jedenfalls nicht. Das wäre gemeldet worden.

Die Angst geht um in Nikolassee

Berlin: Bürgerforum fordert vergeblich mehr Schutz vor Wohnungseinbrechern



Im Schlaf von Einbrechern überrascht werden: Albtraum vieler Deutscher. Selbst in gutbürgerlichen Vierteln wie Steglitz-Zehlendorf häuft sich die Zahl der Wohnungseinbrüche. Hoffnung auf Schutz seitens der Sicherheitsbehörden oder auf Verbrechensaufklärung gibt es jedoch kaum.

Bild: laif

Auch im Berliner Ortsteil Nikolassee werden Bürger immer häufiger Opfer von Wohnungseinbrüchen. Auf einer Bürgerversammlung vermittelten ihnen die Vertreter der Polizei jedoch nicht den Eindruck, dass sich an ihrer Lage etwas ändern könnte.

Im Jahr 2012 gab es in Berlin ein Rekordhoch von 12291 Wohnungseinbrüchen. Die Einbruchszahlen in New York sind prozentual zur Bevölkerungszahl erheblich geringer. Die Aufklärungsquote in Berlin bei Wohnungseinbruch sank dabei gegenüber 2011 weiter auf 6,5 Prozent. Die Zahl der Einbrüche in Einfamilienhäuser stieg noch einmal um 32 Prozent, diejenige bei Wohnungen um 7,4 Prozent. Pro Tag ereigneten sich rund 33 Einbrüche in der Hauptstadt. Statistisch war 2012 jede 174. Wohnung beziehungsweise jedes 76. Ein- oder Zweifamilienhaus von einem Einbruch oder Einbruchsversuch betroffen.

Für die Zeit von Januar bis September 2013 meldet die Polizei jetzt zwar im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Rückgang um 717 Fälle. Angesichts der weiterhin katastrophal hohen Gesamtzahl kann dies jedoch kaum als großer Erfolg bezeichnet werden. Auch ist die Zahl der Einbrüche in Einfamilienhäuser in Berlin von Januar bis September 2013 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um 43 auf 1572 Fälle gestiegen.

Gestiegen ist die Zahl der Wohnungseinbrüche auch im schönen Ortsteil Nikolassee im bürgerlichen Bezirk Steglitz-Zehlendorf, einer CDU-Hochburg. 16000 Einwohner hat der Ort an Schlachtensee und Wannsee. In Nikolassee und Umgebung gibt es viele Villen und Einfamilienhäuser, und dort gibt es viel zu holen für organisierte reisende Banden aus Ost- und Südosteuropa. Jedenfalls glaubt die Polizei, dass ein Großteil der Einbrüche von solchen professionellen Banden verübt wird. Viel weiß die Polizei nicht, denn sie fasst kaum Täter. Die Angst geht um bei den Bürgern in Nikolassee, zu viel ist passiert in letzter Zeit. In einigen Straßen, so wurde berichtet, erfolgten bis zu 13 Einbrüche.

> »Wie ein Feldzug durch die bürgerliche Mittelschicht«

Die „Bürgerinitiative Nikolassee" hatte deshalb jetzt zu einer Bürgerversammlung in die Dreilinden-Grundschule eingeladen. Im Vorfeld wurde auch die Presse informiert. Gegenüber der „Berliner Morgenpost" erklärte der Unternehmer Christoph Wegener: „Natürlich wird immer mal irgendwo eingebrochen, aber in diesem Jahr hat es Ausmaße erreicht, die nicht mehr hingenommen werden können." Und: „Es fühlt sich so an, als würde hier in der Gegend seit Monaten von irgendwelchen Banden ein Feldzug durch die bürgerliche Mittelschicht gemacht." Der örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann erklärte: „Ich fordere einen Anti-Einbruch-Marathon und Power-Streifen mit Diensthunden."

Bei der Bürgerversammlung saß Wellmann mit auf dem Podium, neben ihm der Berliner Polizeipräsident Klaus Kandt, der Leiter der Polizeidirektion 4, Andreas Pahl, und Justizsenator Thomas Heilmann, der auch CDU-Kreisvorsitzender in Steglitz-Zehlendorf ist. Mehr als 200 besorgte Bürger – darunter viele, die bereits Einbruchsopfer wurden – hatten sich im Atrium der Grundschule eingefunden. Die Plätze reichten nicht aus, es mussten noch Stühle dazugestellt werden.

Polizeipräsident Kandt machte gleich zu Beginn nicht den Eindruck, als würde er die tiefen Sorgen der Menschen, die sich vom Staat alleingelassen fühlen, hinreichend verstehen. „Wir müssen alle sparen. Was sind Sie bereit für die Sicherheit zu bezahlen? Die Polizei ist kein Wachschutz", blaffte er die Leute an.

Man glaubte, sich verhört zu haben. Ein Mann aus dem Publikum gab ihm später zurück: „Wir zahlen alle Steuern, wir erwarten, dass der Staat etwas für die Sicherheit tut!"

Es war beklemmend zu erleben, wie viele Bürger berichteten, dass sie Einbruchsopfer wurden und was sie dabei durchmachen mussten. Ein Mann erklärte, er habe einmal die Schreie einer Frau gehört, die in ihrer Wohnung von einem Einbrecher vergewaltigt worden sei.

Im Publikum saßen einige Prominente, die in der Gegend wohnen, darunter der frühere BND-Präsident und Ex-Staatssekretär im Bundesinnenministerium, August Hanning. Auch bei ihm sei schon eingebrochen worden, gab er zu Protokoll. Einige machten deutlich, dass sie bereits mit beträchtlichem Aufwand ihre Häuser zu sichern suchten, einschließlich Alarmanlagen und Bewegungsmeldern. Ein Mann beklagte, es habe Stunden gedauert, bis sich die Polizei bei ihm nach einem über den Notruf 110 gemeldeten Wohnungseinbruch eingefunden habe.

Polizeidirektor Pahl erwiderte, wenn es sich nicht mehr um einen „gegenwärtigen" Wohnungseinbruch handele, der Einbrecher also nicht mehr da sei, müsse die Polizei ja auch nicht gleich kommen. Pahl, der sich der Pensionsgrenze zu nähern scheint, wirkte abgeklärt. Alles, was er sagte, lief darauf hinaus, dass man nicht mehr tun könne.

Justizsenator Heilmann erklärte, auch bei ihm habe es einen Einbruchsversuch gegeben. Er legte dar, wie er in seinem Justizbereich einige Stellschrauben so verändert habe, dass künftig „reisende Täter" eher in Haft genommen werden könnten. Wie er mitteilte, hatten bei seinem Amtsantritt im Jahr 2011 die Berliner Staatsanwälte noch nicht einmal einen Internetanschluss. *Michael Leh*

Krawall um jeden Preis

Linke missbrauchen Asylbewerber skrupellos für ihre Zwecke

In dem von Asylbewerbern und ihren Sympathisanten errichteten Lager am Berliner Oranienplatz haben die verbliebenen Besetzer jetzt eine Aufräumaktion durchgeführt. Für sie gilt es, der für den 16. Dezember anstehenden Räumung des Lagers auf Geheiß von Innensenator Frank Henkel (CDU) zuvorzukommen. Radikale Linke sind indes an friedlichen Lösungen nicht interessiert.

Eigentlich schien die angespannte Lage am Oranienplatz entschärft. Rund 80 Besetzer sind am 24. November in eine Winterunterkunft der Caritas gezogen – für mehr war in dem Haus kein Platz. Als sich 150 Menschen davor drängten, suchte die Caritas bei Kreuzbergs grüner Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann Hilfe, doch die Fürsprecherin des Lagers meldete sich nicht. Rund 100 Menschen demonstrierten auf dem Oranienplatz für ein „Bleiberecht für alle".

Während die Kundgebung friedlich verlief, riss die Gewalt um das Lager nicht ab. Noch am selben Abend versammelten sich rund 500 Linke in Kreuzberg zu einer „spontanen" Demonstration. Einige sprühten Reizgas auf die eintreffenden Polizisten, warfen Flaschen und Steine. Die Bilanz der Gewalt: 31 verletzte Beamte und 15 Festnahmen.

> Ziel ist der deutsche Rechtsstaat an sich

Henkel stellte daraufhin dem grün regierten Bezirk ein Ultimatum für das Lager, das er wenig später aber wieder einschränkte: Es sei nur eine „freundliche Erinnerung an die Pflichten". In einem Brief aus Henkels Ressort wird Herrmann lediglich gebeten, das Lager bis zum 16. Dezember zu beseitigen. Selbst dem liberalen „Tagesspiegel" entlockten die linken Übergriffe auf die Polizei und die Entschlusslosigkeit der Politik deutliche Kritik am grünen Ex-Bezirksbürgermeister Franz Schulz und seinem bis heute prägenden „Bürgermeister-Schulz-Stil": „Politik ist das Heruntermoderieren von Konflikten. Problemlösung besteht im Abschmelzen der Gegensätze."

Die linke Szene hat diese Politik nun erneut durchkreuzt. Inzwischen tauchen wieder neue Asylbewerber auf dem Platz auf. Sie werden gezielt von Linken unterstützt, die keinen Hehl daraus machen, mit dieser Aktion das gesamte deutsche Asylrecht angreifen zu wollen. Die Auflösung des Lagers soll unmöglich werden. Die Szene will ein Fanal inszenieren: frierende Menschen zur Weihnachtszeit. Die Schuldigen stehen in diesem Kalkül schon fest: das deutsche Asylrecht und die Polizei. *SV*

Skandal-Löhne

Vor Gericht: Nur 1,79 Euro pro Stunde

Das Arbeitsgericht Eberswalde muss sich mit einem besonders krassen Vorfall von sittenwidriger Entlohnung befassen. Ein Pizza-Lieferant in Templin soll dreien seiner Mitarbeiter nur 1,79 Euro pro Stunde gezahlt haben. Der Gütetermin verlief ergebnislos, weil der Arbeitgeber keine Einsicht zeigte. Geklagt hatte das Jobcenter, das für die Arbeitnehmer ergänzende Leistungen nach Hartz IV zahlte, um deren Lebensunterhalt sicherzustellen. Die Zuschüsse summierten sich auf 3500 Euro. Damit subventionierte der Steuerzahler letztlich den Pizza-Lieferanten.

> Pizza-Lieferant ließ Jobcenter aufstocken

Der Beklagte bot eine Vergleichszahlung von 2000 Euro an. Da in ähnlich gelagerten Fällen brandenburgische Sozialgerichte bereits solche „Löhne" für sittenwidrig erklärt hatten, lehnte das Jobcenter den Vorschlag jedoch ab. Für Februar wird ein Urteil erwartet.

Brandenburg zählt 60000 „Aufstocker" – Arbeitnehmer, die zur Sicherung des Existenzminimums vom Jobcenter „ergänzende Leistungen" erhalten. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor ist noch viel höher. Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte in Brandenburg bekommt weniger als 8,50 Euro pro Stunde.

Nun gehen die Jobcenter gegen die Zahlung sittenwidriger Löhne vor. Brandenburgs Arbeitsminister Günter Baaske (SPD): „Wer seinen Beschäftigten nur zwei, drei Euro die Stunde zahlt und darauf spekuliert, dass der Staat den Lohn mit Sozialleistungen aus Steuergeldern aufstockt, muss mit Konsequenzen rechnen." Im kommenden Jahr stehen weitere Prozesse vor den Arbeitsgerichten an. *Theo Maass*

Studenten meiden die Mark

In Brandenburg haben sich 2013 fast 15 Prozent weniger Studenten eingeschrieben als 2012. In anderen Ländern betrug der Rückgang höchstens fünf Prozent. Brandenburgs Wirtschaftsministerium zieht als Erklärungen den wieder eingeführten Numerus Clausus der Juristen in Betracht, aber auch den doppelten Abiturjahrgang, der zuletzt für mehr Studienanfänger sorgte. Die heikle Universitätsfusion in der Lausitz indes sieht Rot-Rot nicht als Grund für die offensichtlich abnehmende Attraktivität Brandenburgs, auch nicht die umstrittene Verteilung der Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 für das Haushaltsjahr 2013. Potsdams Uni-Präsident Oliver Günther trat aus Protest gegen die „extreme strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen insgesamt" vom stellvertretenden Vorsitz der Landesrektorenkonferenz zurück. Mit nur 2,5 Prozent Anteil am Landeshaushalt seien die Hochschulen der Mark bundesweit einsames Schlusslicht, so Günther. *SV*

Zeitzeugen



Horst Pöttker – Der Journalistik-Professor fordert die Streichung einer Richtlinie des Deutschen Presserates, die es Journalisten verbietet, die ethnische Herkunft von Straftätern zu nennen, wenn es keinen „begründbaren Sachzusammenhang“ mit der Tat gebe. Im Jahr 2002 hatte er in der Fachzeitschrift „Publizistik“ in dem Beitrag „Wann dürfen Journalisten Türken Türken nennen?“ hervorgehoben, das „wichtigste Qualitätskriterium“ für die journalistische Arbeit sei die Wahrheit.

Stefan Niggemeier – Der Medienjournalist hat sich auf seinem Blog polemisch mit dem Beitrag von Horst Pöttker „Schluss mit der Selbstzensur“ in der Wochenzeitung „Die Zeit“ auseinandergesetzt. Dabei verstieg sich Niggemeier sogar zu der Behauptung: „Pöttker tut so, als wäre schon die ethnische Herkunft der Täter eine Erklärung für die Tat.“

Stefan Redlich – Der Pressesprecher der Berliner Polizei hat sich auf den Vorhalt, die Berliner Polizeipressestelle verschweige systematisch die Herkunft von Tätern, auch schon auf Ziffer 12.1 der Richtlinien des Deutschen Presserates berufen. Dabei ist die Art und Weise, wie die Berliner Polizeipressestelle die Herkunft von Tätern oder Tatverdächtigen verschweigt, oft skurril. Obwohl die Polizei meist genau die Herkunft der Täter kennt – etwa weil sie sie festgenommen hat –, sind es doch immer nur „Personengruppen“, die sich zum Beispiel Messerstechereien in Neukölln liefern.



Egbert Bülles – Der im März pensionierte Kölner Oberstaatsanwalt leitete die Abteilung Organisierte Kriminalität. In seinem jetzt erschienenen Buch „Deutschland, Verbrecherland?“ schreibt er, dass mehr als 50 Prozent der bandenmäßigen Einbruchsdelikte und Taschendiebstähle in seinem Bereich auf das Konto von Roma und Rumänen gingen. Doch als er darüber in einem Interview mit dem „Focus“ gesprochen habe, hätten seine Vorgesetzten den Abdruck nur mit dem Zusatz erlaubt, dass es sich um seine persönliche Meinung handele.

Wolfgang Bok – Der frühere Chefredakteur der „Heilbronner Stimme“ schrieb im Magazin „Cicero“, während die negativen Folgen einer ungesteuerten Zuwanderung am liebsten ausgeblendet oder den Deutschen selbst angelastet würden, werde jede abfällige Bemerkung zum „rassistischen“ Fanal aufgebauscht. „Der Presserat wacht über die politisch korrekte Wortwahl. Schon der Verdacht der ‚Diskriminierung‘ genügt: Dann setzen die Sprachzensoren der freien Meinungsäußerung schnell ein Ende“, so Bok.

Schluss mit der Bevormundung

Journalistik-Professor fordert: Presse muss die Herkunft von Tätern nennen dürfen

Viele Medien verschweigen die Herkunft von Straftätern. Dabei berufen sie sich auf eine Richtlinie des Deutschen Presserates. Denn laut dieser darf die Zugehörigkeit von Verdächtigen oder Tätern zu einer religiösen, ethnischen oder anderen Minderheit nur dann erwähnt werden, wenn es einen „begründbaren Sachzusammenhang“ mit der Tat gebe. Der Journalistik-Professor Horst Pötter fordert, diese Richtlinie zu streichen.

Horst Pöttker (65) war bis zu seiner Emeritierung in diesem Jahr Inhaber des Lehrstuhls für Theorie und Praxis des Journalismus an der TU Dortmund. Seit diesem Wintersemester unterrichtet er auch noch Journalismus an der Universität Hamburg. Mit Fragen journalistischer Berufsethik und der publizistischen Selbstkontrolle hat er sich intensiv befasst, auch mit der medialen Integration ethnischer Minderheiten. Er gehört dem „Rat für Integration“ an, einem interdisziplinären Zusammenschluss von Wissenschaftlern.

Der renommierte Journalistik-Professor hat jetzt in einem Beitrag „Schluss mit der Selbstzensur“ in der Wochenzeitung „Die Zeit“ gefordert, Ziffer 12.1 der Richtlinien des Deutschen Presserates zu streichen. Die vorangehende Ziffer 12 genüge vollkommen, so Pötter. Diese lautet: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.“

Presserats-Richtlinie bevormundet Leser und Journalisten

Pöttker wendet sich jedoch gegen die anschließende Ziffer 12.1, in der es heißt: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht.“

Medienwissenschaftler Pöttker nennt es ein „konkretes Formulierungsverbot“, dass stets ein „begründbarer Sachbezug“ zwischen Tat und Herkunft eines Täters vorliegen müsse, bevor diese genannt werden dürfe. Er lehnt eine solche „pädagogische und paternalistische Auffassung“ ab. Journalisten sollten die „volle Freiheit, aber auch die volle Verantwortung für ihr Handeln“ haben. Ein „starres Formulierungsverbot“ entlaste Journalisten auch „vom Nachdenken über mögliche Problemursachen, die mit der Gruppenzugehörigkeit eines Täters zu tun haben könnten“. Außerdem halte die Richtlinie das Publikum für dümmer, als es sei. Denn Untersuchungen würden zeigen, dass Leser es merkten, wenn die Nationalität eines Täters gezielt weggelassen werde.

Die Ziffer 12.1 der Presserats-Richtlinien geht nach Angaben des Journalistik-Professors auf eine Anregung des Verbands der Deutsch-Amerikanischen Clubs, die sich für transatlantische Völkerverständigung einsetzen, von 1971 zurück. Die Jahrbücher des Presserates vermerkten als Ziel der Regelung, „bei der Berichterstattung über Zwischenfälle mit US-Soldaten darauf zu verzichten, die Rassenzugehörigkeit der Beteiligten ohne zwingend sachbezogenen Anlass zu erwähnen“.

Die heutige Formulierung gehe auf ein Gutachten des früheren Verfassungsrichters Helmut Simon (SPD) im Auftrag des Zentralrats deutscher Sinti und Roma zurück. Simon habe sich darin fast nur auf Artikel 3 Grundgesetz (Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsverbot) bezogen, jedoch kaum auf Artikel 5 Grundgesetz (Presse- und Meinungsfreiheit). Seither überschütte der Zentralrat der Sinti und Roma den Presserat jedes Jahr mit Serienbeschwerden. *Michael Leh*



Hüter der Pressefreiheit und Befürworter von Selbstzensur: Lutz Tillmanns, Geschäftsführer des Deutschen Presserates Bild: action press

Mutig gegen Selbstkontrolle der Medien

Der Journalistik-Professor Horst Pöttker hat mit seinem Beitrag „Schluss mit der Selbstzensur“ in der Wochenzeitung „Die Zeit“ einen mutigen Vorstoß zugunsten der Pressefreiheit unternommen. Er wendet sich gegen eine Richtlinie des Deutschen Presserates, in der ein „konkretes Formulierungsverbot“ bezüglich der Nennung der Herkunft von Tätern normiert ist.

„Die Zeit“ ließ alsbald einen Gegenartikel der türkischstämmigen Journalistin Canan Topçu folgen, mit dem Pöttker widerlegt werden sollte. Das gelang Topçu jedoch mitnichten. Bezeichnenderweise schrieb sie: „Pöttker geht von einem ‚mündigen Publikum‘ aus, an das sich Journalisten zu richten hätten.

Manipulation durch Weglassen

Ich nicht.“ Dem hielt ein Leserbriefschreiber entgegen: „Ich will als erwachsener Leser behandelt werden, nicht als zu erziehender Unmündiger.“

Die Reaktionen auf den Topçu-Artikel auf „Zeit online“ geben allerdings Pöttker recht. Die Mehrheit der über 570 Leserkommentare im Forum wandte sich gegen die „Manipulation durch Weglassen“. Pöttker hatte auch darauf hingewiesen, dass fast alle Zeitungen bei uns verschwiegen hätten, dass es marokkanischstämmige Jugendliche waren, die im holländischen Almere einen Fußball-Linienrichter tottraten.

Canan Topçu meinte dazu, die Information über die Herkunft der Jugendlichen sei irrelevant. Das sahen die meisten „Zeit“-Leser anders, auch unter Verweis auf die hohe Kriminalitätsrate von Marokkanern in Holland. Viele erklärten, dass sie die ethnische Herkunft von Tätern sehr wohl interessiere und man es ihnen bitte überlassen möge, welche Schlüsse sie daraus zögen. *M.L.*

Die Vorschriftenmacher

Presserat behindert journalistische Wahrheitsvermittlung

Tagtäglich wird in Deutschland in unzähligen Fällen, darunter schwerste Gewalt- und Bluttaten, absichtlich die Wahrheit über die Herkunft von Tätern und Tatverdächtigen verschwiegen. Die bewusste Nachrichtenunterdrückung wird von einem Heer von Journalisten in Zeitungen und Zeitschriften, Nachrichtenagenturen oder Rundfunkanstalten genauso praktiziert wie von den Pressestellen der Polizei und anderer Behörden. Geradezu flächendeckend wird damit der Bevölkerung das wahre Ausmaß der (Gewalt-)Kriminalität durch bestimmte Ausländer- beziehungsweise Zuwanderergruppen vorsätzlich verheimlicht.

Das System dieser Bevormundung und Verschleierung funktioniert deshalb so wirksam, weil es vorgeblich einem edlen Zweck dient: Niemand dürfe wegen seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden. So formuliert es der Deutsche Presserat in Ziffer 12 seiner Richtlinien, und dieses Diskriminierungsverbot ist selbstverständlich richtig und nötig.

Doch inwiefern würden beispielsweise „die“ Türken diskriminiert, wenn wahrheitsgemäß darüber berichtet würde, dass eine Gruppe türkischer oder türkischstämmiger Täter mit oder ohne Messer Angehörige einer anderen ethnischen Gruppe angegriffen hat, oder ein einzelnes Opfer? Inwiefern werden „die“ Roma diskriminiert, wenn darauf hingewiesen wird, dass es so gut wie ausschließlich eine rund 1000-köpfige Roma-Sippe ist, die mit hoher krimineller Energie vorwiegend betagte deutsche Rentnerinnen und Rentner mittels des sogenannten Enkeltricks ausraubt? Mitnichten ist damit doch gesagt, dass dies „alle“ Roma täten oder „alle“ Roma kriminell seien.

Eine Spezialität deutschen Tugendterrors

Der Deutsche Presserat will es jedoch nicht dem Verantwortungsbewusstsein der einzelnen Journalisten überlassen, wie sie mit dem allgemeinen Diskriminierungsverbot umgehen. Vielmehr schreibt er ihnen präzise vor, was sie berichten dürften und was nicht. Nur wenn ein „begründbarer Sachbezug“ bestehe zwischen einer Tat und der Herkunft des Täters, dürfe diese genannt werden. Ein solches Postulat besteht weder im Regelwerk des Österreichischen Presserates noch in dem des Schweizer Presserates. Es ist eine Spezialität deutscher Vorschriftenmacher und deutschen Tugendterrors.

Wie der Journalistik-Professor Horst Pöttker schreibt, handelt es sich bei dieser Vorschrift auch um die „einzige Regel im Pressekodex, die ein Veröffentlichungsverbot konkret formuliert, ohne durch die professionelle Wahrheitspflicht oder die in Grundgesetz Artikel 5 genannten legitimen Einschränkungen der Pressefreiheit (Persönlichkeits- und Jugendschutz, allgemeine Gesetze) gedeckt zu sein“. Sie lasse den Journalisten wenig Ermessensspielraum. Solange diese Vorschrift existiere, habe der deutsche Pressekodex wenig Chancen, von Journalisten mit geschärftem professionellem Selbstverständnis ernst genommen zu werden. *M.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5218**

Jetzt kommt es dicke

Landessozialgericht NRW ermöglicht Einwanderungswelle in deutsches Sozialsystem

EU-Bürger haben nach einem Gerichtsurteil Anspruch auf Sozialhilfe, wenn sie mindestens ein Jahr in Deutschland leben. Städte und Gemeinden fürchten eine Einwanderungswelle vor allem aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Erneut hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen rumänischen Staatsangehörigen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) zugesprochen. Geklagt hatte eine rumänische Familie mit einem Kind, die seit 2009 in Gelsenkirchen wohnt und zunächst vom Verkauf von Obdachlosenzeitschriften und Kindergeld gelebt hatte. Das Jobcenter lehnte den im November 2010 gestellten Hartz-IV-Antrag mit der Begründung ab, Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergebe, könnten keine Grundsicherungsleistungen erhalten. Diesen im Sozialgesetzbuch II enthaltenen Leistungsausschluss sieht das Landessozialgericht als europarechtswidrig an und erkannte den Klägern die beantragte Leistung zu.

Erst kürzlich hatte ein anderer Senat des selben Gerichts in einem ähnlich gelagerten Fall einer rumänischen Roma-Familie Sozialhilfe zugesprochen, da EU-Bürger ein Anrecht darauf hätten, wenn sie seit mehr als einem Jahr erfolglos eine Arbeitsstelle suchten. In diesem Fall seien sie nicht mehr als „nicht arbeitsuchend“ einzustufen, da das Bemühen um eine Arbeitsstelle „objektiv aussichtslos“ sei. Zugleich schoben die Richter der Einwanderung in den deutschen Wohlfahrtsstaat jedoch einen Riegel vor, indem sie deutlich machten, dass die Antragsteller bei Dauerarbeitslosigkeit „EU-Bürger ohne Aufenthaltsgrund“ seien und abgeschoben werden könnten (siehe *PAZ* 42/2013). Mit seinem jüngsten Urteil ist das Landessozialgericht weit über diese und weitere frühere Entscheidungen hinausgegangen. Es vertritt nun die Auffassung, der Leistungsausschluss „in dieser ausnahmslosen Automatik“ widerspreche dem zwischen den EU-Staaten vereinbarten gesetzlich wirksamen Gleichbehandlungsgebot. Soweit die sogenannte Unionsbürgerrichtlinie es den Mitgliedstaaten erlaube, einschränkende Regelungen zur Vermeidung von sogenanntem Sozialtourismus vorzusehen, sei dies „nicht in der im Sozialgesetzbuch II enthaltenen unbedingten und umfassenden Form“ möglich. Die Unionsbürgerrichtlinie verlange „eine bestimmte Solidarität“ des aufnehmenden Staates Deutschland mit den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Durch dieses Urteil bekommen Befürchtungen, die großzügige Gewährung von Sozialhilfe könnte ein Anreiz für den weiteren Zuzug von Zigeunerfamilien nach Deutschland sein oder Ansprüche der rund 130000 bereits in Deutschland lebenden Rumänen und Bulgaren begründen, neue Nahrung. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bekommt schon heute jeder zehnte Rumäne und Bulgare in Deutschland staatliche Leistungen, die weitere Kosten für Unterkunft und Krankenversorgung nach sich ziehen. Mit der Anfang kommenden Jahres in Kraft tretenden uneingeschränkten Freizügigkeit von Rumänen und Bulgaren innerhalb der EU wird dieser den Zuzug nach Deutschland erheblich erleichtert. Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München warnt daher vor einer Einwanderungswelle in die hiesigen Sozialsysteme. Er lehnt zwar eine Einschränkung der Freizügigkeit ab, fordert aber, dass derjenige, der in seinem Heimatland steuerfinanzierte Sozialleistungen erhalten könne, in einem anderen Land darauf keinen Anspruch haben dürfe. Auch die Kommunen, aus deren Kassen die finanziellen Wohltaten kommen, fürchten einen Sozialtourismus nach Deutschland. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, erwartet „wirksame Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger“. Schon jetzt seien viele Kommunen „mit der Finanzierung der Unterbringung und Versorgung dieses Personenkreises“ überfordert, so seine Begründung. Der CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl, der schon früher von der EU-Kommission Maßnahmen „gegen Sozialmissbrauch und Arbeitsmigration“ gefordert hatte, sieht das genauso: „Wer tatsächlich gar keine Chance hat, als Arbeitnehmer oder Selbstständiger erfolgreich tätig zu sein, ist nicht von der Freizügigkeit geschützt. Für diese Gruppe müssen Sozialleistungen ausgeschlossen sein.“

> Städte und Gemeinden sind in großer Sorge

Die designierte Bundesregierung hat den Zündstoff, den die Sache birgt, offensichtlich erkannt. In ihrem Koalitionsvertrag stellen Union und SPD fest: „Die Armutswanderung führt in einzelnen großstädtisch geprägten Kommunen zu erheblichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und Gesundheitsversorgung. Wir erkennen die Belastung der Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an.“ Die „Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU“ wollen sie aber unbedingt erhalten und deshalb „der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken“ sowie „im nationalen Recht und im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben durch Änderungen erreichen, dass Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden“. Dies tun sie indes weniger aus Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahmen als wohl vielmehr weil sie befürchten, „rechtspopulistische“ Kräfte könnten sich das Thema kommendes Jahr im Europawahlkampf zunutze machen.

Jan Heitmann



Faulenzen, während die Einheimischen arbeiten: Der EU-geförderte Sozialtourismus macht es möglich Bild: pa

MELDUNGEN

Bayerns AfD klagt gegen Wahl

München – Der Landesverband Bayern der Alternative für Deutschland (AfD) will die jüngste Bundestagswahl vor dem Bundesverfassungsgericht anfechten. André Wächter vom Landesvorstand der Bayern-AfD begründet den Schritt damit, dass die Fünf-Prozent-Hürde eklatant gegen Artikel 38 des Grundgesetzes verstoße, der eine „gleiche Wahl“ vorschreibe. Als Ergebnis des Urnengangs vom September seien 15,8 der Zweitstimmen nicht berücksichtigt worden. Jede ins Parlament eingezogene Partei habe dagegen fast ein Fünftel mehr Sitze erhalten, als ihr nach dem Wahlausgang zugestanden hätten, ergänzt Steffen Schäfer, AfD-Bezirksvorsitzender von Oberbayern. Damit sei die Ungleichbehandlung ungleich stärker ausgefallen als sonst. *H.H.*

Kinderwunsch »rassistisch«

Mainz – In der Sendung „Nano spezial“ des Fernsehsenders 3sat (ZDF, ORF, SRG) vom 28. November hat die Politikwissenschaftlerin Susanne Schultz vom „Gen-ethischen Netzwerk e.V.“ die künstliche Befruchtung bei deutschen Paaren als im Kern „rassistisch“ bezeichnet. Den Wunsch deutscher Eltern nach eigenen, also deutschen Kindern zu unterstützen, sei ein Rückgriff auf die nationalsozialistische Rassenpolitik, sagte Schultz zum Vorhaben, künstliche Befruchtung steuerlich zu unterstützen. Sie finde, es sei „ein großes Problem, dass da behauptet wird, wir wollen gerade die deutschen Kinder, wir wollen keine Migration, wir wollen keine Öffnung der Grenzen und wir wollen international weiter eine Senkung des Bevölkerungswachstums. Und das ist, finde ich, eine rassistische Konstellation.“ *H.H.*

Armutsfalle Ruhestand

Geringverdiener drohen als Rentner zum Sozialfall zu werden

Stellen deutsche Rentner in einigen Jahrzehnten das Prekariat unter den europäischen Ruheständlern? Daten der Industrieländer-Organisation OECD legen nahe, dass gegen Mitte dieses Jahrhunderts die Rentenbezüge von Geringverdienern in Deutschland so niedrig sein werden wie in kaum einem anderen Industrieland. Den Prognosen zufolge werden die Nettoaltersbezüge derjenigen, die als Geringverdiener gelten – also weniger als die Hälfte des Durchschnittslohns erhalten – in Deutschland im Schnitt nur bei 55 bis 57 Prozent des Einkommens vor dem Renteneintritt liegen. Der OECD-Schnitt aller 34 Industrieländer liegt dagegen bei fast 82 Prozent. Als Grund für das schlechte Abschneiden Deutschlands wird vor allem ein Faktor genannt: Zugunsten von Geringverdienern wird in den meisten anderen Ländern umverteilt. Die deutschen Rentenzahlungen hängen dagegen stark von den eingezahlten Beiträgen ab.

Wie die schwarz-rote Koalitionsvereinbarung nun erneut beweist, muss die Rentenkasse obendrein auch immer wieder für Leistungen herhalten, die eigentlich aus dem regulären Steueraufkommen bezahlt werden müssten. Aktuell ist es die vereinbarte „Mütter-Rente“, deren Gegenfinanzierung von Wirtschaftsforschern kritisiert wird. Da keine entsprechenden Beitragszahlungen geleistet wurden, müsste sie eigentlich über den regulären Bundeshaushalt erfolgen, so der Vorwurf an die Politik. Die Zahlung einfach der Rentenkasse zu entnehmen, ist de facto ein Umgehen der vereinbarten staatlichen Schuldenbremse zu Lasten derjenigen, die in die Rentenkassen einzahlen. Fraglich ist, ob solche Tricksereien langfristig noch ausreichen werden, die Probleme zu kaschieren, vor denen Deutschland steht. Welche Dimensionen die Altersarmut künftig annehmen könnte, macht der „Datenreport 2013“ des Statistischen Bundesamtes deutlich. Demnach sind in Deutschland momentan so viele Menschen erwerbstätig wie noch nie. Zustande gekommen ist dieser Rekord allerdings vor allem durch eine Zunahme sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Jeder fünfte Arbeitnehmer hat mittlerweile keine normale sozialversicherte Stelle mehr, sondern er schlägt sich mit Minijobs, Werk- oder Honorarverträgen und befristeten Jobs durch. Da meist nicht mehr in die Rentenkasse eingezahlt wird, droht als Folge in einigen Jahren eine regelrechte Welle von Altersarmut.

> Situation wird durch neue »Mütter-Rente« sogar noch verschärft

Schlecht sieht es allerdings nicht nur für diese künftige Generation von Ruheständlern aus. Schon heute schneidet Deutschland bei Faktoren, die den Lebensstandard im Alter beeinflussen, im internationalen Vergleich nicht sonderlich gut ab. Nur 50 Prozent der deutschen Rentner haben Wohneigentum. Im OECD-Schnitt liegt der Immobilienbesitz der Ruheständler bei 76 Prozent. Unter dem Durchschnitt liegt Deutschland auch bei Ermäßigungen für Rentner, etwa bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder von Kulturangeboten. Im OECD-Schnitt erhöhen solche Leistungen das Einkommen der Rentner um 40 Prozent – in Deutschland lediglich um 30 Prozent. Eine eher zweifelhafte Vorreiterrolle nimmt Deutschland unter den Industrieländern nur auf einem Gebiet ein: Rund zehn Prozent der 65- bis 69-Jährigen sind noch immer erwerbstätig. Damit hat sich dieser Anteil innerhalb von zehn Jahren verdoppelt. *N.H.*

MELDUNGEN

Kroaten stimmen gegen Homoehe

Zagreb – In Kroatien wird das traditionelle Ehemodell in der Verfassung verankert. Am vergangenen Sonntag stimmten bei einem Referendum 65 Prozent der Kroaten für die verfassungsmäßige Definition der Ehe als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau, knapp 34 Prozent waren dagegen. Laut Gesetz tritt die Verfassungsänderung gleich nach dem Referendum ohne Parlamentsbeschluss in Kraft. Die Volksabstimmung wurde von der privaten, kirchennahen Bürgerinitiative „Im Namen der Familie“ initiiert, die vorsorglich verhindern wollte, dass homosexuelle Lebensgemeinschaften jemals offiziell als Ehe bezeichnet werden dürfen. *J.H.*

Griechenland am korruptesten

Berlin – Griechenland ist das korrupteste Land Europas. Das geht aus dem neuen Jahresbericht der in Berlin ansässigen Nichtregierungsorganisation Transparency International hervor. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Mittelmeerland zwar etwas verbessert liegt aber von 175 untersuchten Staaten immer noch auf Platz 90. Im Kampf um die Schuldenkrise habe das Land aber laut Transparency einen Fortschritt gemacht und sogar einen obersten Korruptionsbekämpfer ernannt. Insgesamt stehen die drei von der Finanzkrise gebeutelten Mittelmeeranrainer aber nicht gut da. Gleich um zehn Plätze deutlich verschlechtert hat sich Spanien, das nach Korruptionsfällen bis in das Königshaus hinein jetzt nur noch den 40. Platz belegt, aber weiterhin vor Italien (Platz 69) platziert ist. Deutschland hat sich um einen Rang auf Platz 12 verbessert. Spitzenreiter in der Liste sind Dänemark, Neuseeland und Finnland. Die Schlusslichter sind Südsudan, Sudan und Somalia. *tws*

Saudi-Arabien wird zum Pulverfass

Aufrüstung, hohe Arbeitslosigkeit und demografische Probleme machen das Land unberechenbar

Die Diskussion um deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien dürfte schon bald eskalieren. Der reiche Wüstenstaat hat Interessen an deutschen U-Booten angemeldet. Das Geschäft könnte weitreichende Folgen haben.

Zunächst der Kauf von fünf deutschen U-Booten der Klasse 209 im Wert von 2,5 Milliarden Euro, langfristig sogar der Kauf von 25 U-Booten, so sehen laut „Bild am Sonntag“ aktuelle Planspiele in Riad aus. Für Deutschland wäre das Geschäft ebenso lukrativ wie brisant. Spätestens seit einem „Spiegel“-Bericht über eine entsprechende Umrüstung durch Israel gilt als sicher, dass sich die deutschen U-Boote als Träger von nuklearbestückten Marschflugkörpern nutzen lassen. Dass Saudi-Arabien mit seinen Kaufwünschen ähnliches im Sinn hat, ist keineswegs unwahrscheinlich. Einem BBC-Bericht zufolge sollen pakistanische Nuklearwaffen bereits zur Lieferung an Saudi-Arabien bereitstehen. Demnach habe der Wüstenstaat mit Milliardenzahlungen Pakistan dabei geholfen, seine „islamische Atombombe“ zu entwickeln. Als Gegenleistung sei vereinbart worden, dass die Saudis von Pakistan Nuklearsprengköpfe beziehen könnten. Dazu passen Satellitenbilder, die unlängst von der Fachzeitschrift „Janes Defense“ präsentiert wurden. Zu sehen waren Abschussanlagen südwestlich von Riad, die auf Iran und Israel ausgerichtet sind. Die gesichteten Startrampen passen zu den in den 80er Jahren von China gekauften Raketen vom Typ CSS-2 „Dongfeng“. Zwar gelten diese Mittelstreckenraketen als nicht besonders treffsicher, bestückt mit Atomsprengköpfen würde dies allerdings kaum ins Gewicht fallen.



Der Schein trügt: Auf internationalen Autoausstellungen beschäftigen Saudis sich mit ihren Lieblingsspielzeugen Bild: pa

Geht es nach der britischen Tageszeitung „Guardian“, dann ist die aktuelle Häufung von Berichten über saudische Rüstungsanstrengungen kein Zufall, sondern das Ergebnis einer saudischen PR-Kampagne. Die den Scheichs unterstellte Motivation: Die USA sollen zu einer härteren Gangart gegenüber Saudi-Arabiens Erzfeind Iran angetrieben werden. Tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, dass das saudische Königshaus nicht nur mit der aktuellen Iran- und Syrien-Politik Obamas unzufrieden ist, sondern dass ein generelles Umdenken stattgefunden hat. Als entscheidender Punkt könnte sich im Rückblick der „arabische Frühling“ in Ägypten entpuppen. Ebenso wie das saudische Königshaus hatte sich der ägyptische Herrscher Hosni Mubarak auf die Absicherung seiner Macht durch die USA verlassen. Sein Sturz kann in Riad durchaus als Warnsignal verstanden worden sein, im Ernstfall lieber nicht auf Washington zu bauen.

Sollte es zu einem vollständigen Bruch kommen, haben die Saudis durchaus Mittel in der Hand, um den USA schweren Schaden zuzufügen. Bisher ist der Wüstenstaat der wichtigste Baustein im System des Petrodollars. Die Praxis, dass weltweit Ölgeschäfte in Dollar abgewickelt werden, sorgt für eine stetige künstliche Nachfrage nach der US-Währung. Während sich die übrige Welt die nötigen Dollars verdienen muss, können sich die USA ihre Ölimporte quasi mit der eigenen Notenpresse finanzieren. Inzwischen verschieben sich die Gewichte allerdings immer mehr. China ist unlängst zum weltgrößten Ölimporteuer aufgerückt, langfristig ist damit eine Entwicklung ein Stück wahrscheinlicher geworden, die für die Wall Street einem Horrorszenario gleichkommt: Erdöl könnte künftig im chinesischen Yuan oder sogar einer eigenen Währung der Golfstaaten abgerechnet werden, aber nicht mehr in US-Dollar.

> Saudis könnten USA bei einem Bruch erheblich schaden

Dass das saudische Herrscherhaus weltweit auf Waffen-Einkaufstour geht, dürfte allerdings nicht nur an aktuellen Zweifeln an der Verlässlichkeit Obamas liegen. Auch die Zukunftsaussichten des wahabitischen Königreichs sind keineswegs so rosig, wie dies die noch sprudelnden Milliardeneinnahmen aus den Ölverkäufen suggerieren. Im Wüstenstaat herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit unter den Einheimischen, während sich Millionen von Gastarbeitern im Land aufhalten. Dabei entpuppen sich die aktuellen Versuche einer „Saudifizierung“ der Wirtschaft durch Entlassung von Ausländern zunehmend als Rohrkrepierer. Die meisten der arbeitslosen Saudis haben keine Berufsbildung, normale Arbeit gilt zudem oftmals als regelrecht verpönt. Dazu kommen demografische Probleme. In der Bevölkerungsgruppe der über 15-Jährigen herrscht ein starker Männerüberschuss. Bis zum Jahr 2050 wird obendrein mit einer Verdreifachung der Bevölkerungszahl gerechnet. Ein chronischer Wassermangel und die Erschöpfung der Ölreserven sind als künftige Herausforderungen abzusehen. Zudem existieren in der Nachbarschaft zwei Problemkandidaten. Jemen und Somalia weisen ein noch schnelleres Bevölkerungswachstum als Saudi-Arabien auf, gleichzeitig gelten beide Länder als „gescheiterte Staaten“ mit hohem Konfliktpotenzial. N. Hanert

Zyperns Dilemma

Nikosia zwischen Russland und den USA

Eine russische Anfrage zur Nutzung der Luftwaffenbasis „Andreas Papandreou“ hat Zyperns Regierung in eine Zwickmühle gebracht. Während ein generelles Interesse Moskaus bereits seit Monaten bekannt ist, liegt der zypriotischen Zeitung „Simerini“ zufolge nun die konkrete Anfrage der russischen Regierung vor, Teile des Flughafens Paphos in Südzypern für eine militärische Nutzung anzumieten. Das Moskauer Angebot hat in Nikosia einiges Kopfzerbrechen ausgelöst, denn Russland wird einerseits aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen dringend von Zypern gebraucht, andererseits droht mit einem ständigen russischen Militärbasis Ärger mit den USA.

> Moskau will Basis, Washington dagegen

Eine Lösung zu finden, die weder Moskau noch Washington verprellt, dürfte einigermaßen schwierig werden. Obendrein steht für Nikosia viel auf dem Spiel. Vor allem im Streit um die türkisch besetzte Nordhälfte der Insel gilt Russland als wichtigster Unterstützer Zyperns im UN-Sicherheitsrat. Zudem sind die Wirtschaftsbeziehungen eng, hat Moskau der finanziell schwer angeschlagenen Mittelmeerinsel bereits mit einem Milliardenkredit aus der Patsche geholfen. Auf der anderen Seite droht dem Nicht-NATO-Mitglied Zypern bei einer Zustimmung zu einer russischen Luftwaffenbasis nicht nur mit den USA Ärger: Seit dem Ende der militärischen Kooperation mit der Türkei sieht Israel Zypern als wichtigen geostrategischen Vorposten. Großbritannien betreibt in seiner ehemaligen Kolonie bis heute zwei Militärstützpunkte, die als Exklaven völkerrechtlich zu ihm gehören. London nutzt den „unsinkbaren Flugzeugträger“ Zypern als Horchposten und Überwachungszentrum für den gesamten Mittleren Osten.

Während Zyperns Verteidigungsminister Fotis Fotiou keinen Kommentar abgeben mag, ob es aktuell Druck der USA gibt, dürften die Bemühungen Washingtons hinter den Kulissen tatsächlich beträchtlich sein. Erhält Moskau wie gewünscht einen Nutzungsvertrag für eine Luftwaffenbasis, würde dies seinen militärischen Handlungsspielraum im östlichen Mittelmeerraum enorm erweitern. Ohnehin herrscht in London und Washington gegen Nikosia Argwohn, da russische Kriegsschiffe im Zuge des Syrien-Konflikts schon mehrfach den zypriotischen Hafen Limassol anlaufen durften. *N.H.*

Jemen statt Guantánamo

Washington will Häftlinge abschieben, doch nicht nur Sanaa hat Sicherheitsbedenken

Steht das umstrittene US-amerikanische Gefangenenlager Guantánamo nun doch endlich vor der Schließung? Kürzlich enthüllte die Zeitung „L.A. Times“ einen bisher streng geheimen Plan, nach dem im Jemen nahe der Hauptstadt Sanaa ein Auffanglager für Gefangene des US-Lagers auf Kuba errichtet werden soll, die aus dem Jemen stammen. 55 der 88 in Guantánamo inhaftierten Jemeniten sind bereits seit vier Jahren für eine Entlassung vorgesehen, genauso wie weitere 35 Inhaftierte anderer Nationen der insgesamt 186 Häftlinge. Doch die Überführung der seit über zehn Jahren ohne Beleg einer Schuld und Prozess inhaftierten Männer scheiterte bisher an republikanischen Protesten im US-Kongress. Diese bezeichnen die Häftlinge als Sicherheitsrisiko, weil sie sich „Al-Kaida auf der arabischen Halbinsel“ anschließen könnten.

Der seit 2006 im Jemen agierende mächtigste Arm von Al-Kaida ist trotz Beschusses durch US-Drohnen in den letzten Monaten gewachsen und verantwortlich für diverse Terroranschläge. „Nachdem wir ja nun wissen, dass Al-Kaida im Jemen sich gegen uns verbündet hat, begreife ich nicht, wie der Präsident auch nur einen einzigen Jemeniten dorthin entlassen könnte“, ereiferte sich Saxby Chambliss, ein führender Republikaner im Sicherheitsausschuss des Senats. Doch im Mai wagte Präsident Barack Obama einen neuen Umsetzungsversuch für eines seiner im ersten Wahlkampf mit höchster Priorität verkündetem Ziele: die Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo. „Es gibt keine Berechtigung für den Kongress zu verhindern, eine Anlage zu schließen, die nie hätte eröffnet werden dürfen“, sagte er in einer Rede vor der „National Defense University“.



Guantánamo: Jemeniten fordern Freilassung Angehöriger Bild: action press

Durch den Bericht der „L.A. Times“ wurde jetzt bekannt, dass im August in Rom Verhandlungen zwischen dem Jemen, der UN, den USA und der EU begannen, die die Errichtung eines Auffanglagers im Jemen zum Inhalt haben. Die US-Amerikaner brachten auch noch die Saudis mit an den Tisch, die selber entlassene Guantánamo-Häftlinge ihres Landes in die Gesellschaft reintegriert haben. Es besteht die Hoffnung, dass der Kongress diesmal zustimmt. Und sei es nur, um die 350 Millionen Dollar, die der Unterhalt des Gitmo-Camps im Jahr kostet, zu sparen.

Doch es gibt noch diverse Schwierigkeiten bezüglich der Finanzierung und der Sicherheit. Jemens Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi versprach bei einem Besuch im Weißen Haus im August, die Kosten zu übernehmen, doch inzwischen hat er aufgrund von Engpässen im eigenen Staatshaushalt die Zusage wieder rückgängig gemacht. Der US-Kongress aber dürfte einer Finanzierung durch die USA nicht zustimmen und ohnehin die Überführungen an scharfe Sicherheitsbedingungen knüpfen. „Die Gefangenen müssten sich psychologischer Beratung, Berufsausbildung und Unterweisung in eine friedliche Form des Islam unterziehen, ehe über ihre Freilassung entschieden würde“, zitiert die „L.A. Times“ US-Offizielle.

Das ist jedoch der Knackpunkt: Rehabilitation oder wieder ein Gefängnis? Der Jemen kann es sich nicht leisten, eine Art neues Guantánamo auf eigenem Boden zu gestatten, wo die Überführten weiterhin unbegrenzt verharren. Auch wären Anschläge der arabischen Al-Kaida zu erwarten. Jemens Außenminister Abubakr Al-Kirbi erklärte im letzten Monat, dass Spezialisten aus Saudi-Arabien, der EU und dem Jemen über die Gestaltung eines „Rehabilitationszentrums für Wiedereingliederung“ verhandeln. Mit religiösem und kulturellem Dialog und Berufsausbildung. „Wir sind zur Zeit dabei, den Bau zu planen und rechtliche Schritte zu ergreifen für eine Rückführung der 55 Häftlinge aus dem Jemen, die für eine Entlassung freigegeben sind und die keine Bedrohung darstellen“, erklärte er. Die US-Regierung ist, wie verlautet, fest entschlossen, mit diesem erneuten Schritt das Ende von Guantánamo einzuleiten. „Der definitive Wille ist da“, erklärt ein US-Offizieller. „Doch es muss richtig gemacht werden. Wenn nicht, kann es äußerst gefährlich werden.“

Liselotte Millauer

Mogelpackung Mindestlohn

Experte: Viele könnten sogar weniger verdienen – Das abschreckende Beispiel Frankreichs

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns findet breite Zustimmung in der Bevölkerung. Doch was bringt die Untergrenze von 8,50 Euro wirklich? Paradox: Ein Experte warnt gar, die Reform könnte für zahlreiche Arbeitnehmer sogar eine Absenkung ihrer Bezüge heraufbeschwören.

Ein Argument warfen die Befürworter des gesetzlichen Mindestlohns immer wieder in die Waagschale: Fast alle anderen EU-Staaten hätten längst eine solche Untergrenze. Warum glaube daher ausgerechnet das „reiche Deutschland“, sich dies nicht leisten zu können?

Beim Blick auf diese Nachbarn zerfällt das Argument jedoch schnell. In Polen etwa beträgt die Lohnuntergrenze derzeit umgerechnet nur rund 2,20 Euro, obwohl viele Produkte dort längst nicht mehr wesentlich günstiger sind als diesseits der Oder. Dies könnte für eine Gruppe von Polen bald bittere Folgen haben.

Es geht um die Saisonarbeiter. Brandenburger Produzenten von Spargel oder Gurken klagen, sie könnten zu 8,50 Euro Stundenlohn nicht mehr profitabel arbeiten, müssten ihren Betrieb einstellen. Damit würden die Anbaugebiete vermutlich nach Polen abwandern. Nicht nur die in Deutschland festangestellten Mitarbeiter der Spargelbauern, die schon jetzt besser verdienen als die Saisonarbeiter, verlören ihre Stellen. Auch die polnischen Saisonkräfte dürften auf der Verliererseite landen: Sie erhielten statt wie bisher um die fünf Euro womöglich nur noch die Hälfte beim neuen Arbeitgeber in ihrer Heimat.

In Frankreich ist die Lage umgekehrt. Dort rangiert der gesetzliche Mindestlohn mit 9,43 Euro bereits heute weit über der für Deutschland angepeilten Marke. Das traurige Resultat entlädt sich seit Jahren bei wiederkehrenden, oft blutigen Unruhen in den Problemvierteln von Paris, Marseilles und anderer Metropolen. Hier ist eine Generation junger Menschen, zum Großteil Nachfahren arabischer und schwarzafrikanischer Einwanderer, herangewachsen, die ohne jede Perspektive auf einen Arbeitsplatz jederzeit zur sozialen Explosion neigt. Das Problem: Die meisten verfügen über keine ausreichende Ausbildung, um einen Stundenlohn von 9,43 Euro zu erwirtschaften. Resultat: Geringqualifizierte sind vom legalen Arbeitsmarkt praktisch ausgesperrt. Die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch wie in Deutschland.

Das trifft vor allem die Jungen, bei denen die Arbeitslosenquote sogar fast dreieinhalb mal so hoch liegt wie in der Bundesrepublik. Die Betroffenen flüchten sich in Schwarzarbeit oder in illegale „Geschäfte“ wie Drogenhandel, Hehlerei oder gleich ganz in Raub und Diebstahl.

Die Schwierigkeiten, welche die französische Gesellschaft mit dieser Bevölkerungsschicht hat, stellen die (ebenfalls schon erheblichen) Integrationsprobleme in Deutschland noch weit in den Schatten. Kritiker räumen ein, dass die dramatische Lage keinesfalls allein auf den hohen Mindestlohn geschoben werden könne. Sie sehen in ihm aber einen wesentlichen Grund dafür, dass Geringqualifizierte, darunter vor allem Jugendliche, keinen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und abgleiten.

Paris: Junge Geringqualifizierte sind ausgesperrt

Auf eine weitere mögliche Folge des gesetzlichen Mindestlohns, die in der öffentlichen Debatte nahezu völlig unter den Tisch fällt, wies Ende November Arnd Diringer, Leiter der Forschungsstelle für Arbeitsrecht an der Hochschule Ludwigsburg, in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine“ hin: Es sei ein Irrtum anzunehmen, dass es bislang keinen Mindestlohn in Deutschland gebe.

Diringer verweist auf den „richterlichen Mindestlohn“: Durch ihn hätten Tariflöhne auch für solche Arbeitgeber eine gewisse Bindekraft, die gar nicht tarifgebunden seien. Denn Löhne, die um mehr als ein Drittel unter der untersten Tarifgrenze der Branche lägen, würden von Richtern als „sittenwidrig“ verboten. So betrage der mindeste tarifliche Stundenlohn der Metallbranche in Nordrhein-Westfalen derzeit 14,17 Euro. Dazu kämen vereinbarte Zulagen von bis zu zehn Prozent.

Auch Arbeitgeber, die nicht im Tarifverbund seien, wären daher richterlich gezwungen, mindestens 9,45 Euro zu zahlen, im Südwesten liege der Tariflohn und damit der davon abgeleitete „richterliche Mindestlohn“ der Metallbranche sogar deutlich höher.

Sobald aber ein Gesetz den Mindestlohn regelt, entfällt laut Diringer die bisherige richterliche Regelung. Im Klartext könnte dies also bedeuten, dass erst der „gesetzliche Mindestlohn“ außertariflichen Arbeitgebern die Möglichkeit eröffnet, ihre Arbeitnehmer weit schlechter zu bezahlen als bisher.

Ohne Belang in der Mindestlohndebatte war die Frage, wie es zum Lohnverfall so breiten Ausmaßes überhaupt kommen konnte, dass die Forderung nach der gesetzlichen Untergrenze aufkam. Fakt ist, dass unter wohlklingenden Vokabeln wie „Arbeitnehmer-Freizügigkeit“, „kulturelle Bereicherung“ und „Willkommenskultur“ seit mindestens zwei Jahrzehnten ein nicht abreißender Strom von Menschen ins Land gelangt, die auch für weitaus weniger Geld zu arbeiten bereit sind, als dies zuvor in Deutschland üblich war.

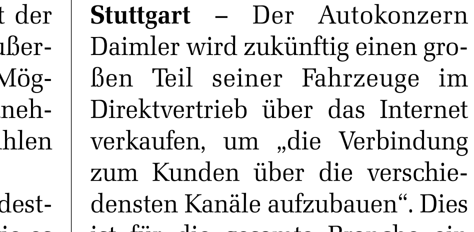
Daraus entwickelte sich ein stetes Überangebot von Arbeitskräften – besonders bei den Geringqualifizierten, deren Entgelte seitdem massiv zurückgegangen sind. Aus weltanschaulichen Gründen aber verweigert sich insbesondere die politische Linke, diesen Aspekt anzusprechen, obschon sie sich als Anwalt der Arbeiterschaft geriert. Auf Arbeitgeberseite besteht dazu kein Anlass, da man von Zustrom und Lohnverfall profitiert. Daraus entstand eine Allianz des Schweigens. Der gesetzliche Mindestlohn erscheint vor dem Hintergrund nur wie der Versuch scheinbarer Sozialpolitiker, die sozialen Folgen ihres ideologisch motivierten Versagens in der Zuwanderungsfrage zu kaschieren.

Hans Heckel



Proteste Jugendlicher in Paris: „Der Mensch ist keine Ware“ Bild: action press

MELDUNGEN



Autokauf per Mausklick

Stuttgart – Der Autokonzern Daimler wird zukünftig einen großen Teil seiner Fahrzeuge im Direktvertrieb über das Internet verkaufen, um „die Verbindung zum Kunden über die verschiedensten Kanäle aufzubauen“. Dies ist für die gesamte Branche ein Novum, denn bislang haben die großen Hersteller aus Rücksicht auf die Händler auf einen eigenen Online-Handel verzichtet. *J.H.*

Inflation wieder leicht gestiegen

Wiesbaden – Waren und Dienstleistungen verteuerten sich laut Statistischem Bundesamt im November im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,3 Prozent. Im Oktober hatte es mit 1,2 Prozent ein Jahrestief der Inflation gegeben. Ein wesentlicher Grund für die Entwicklung sind die Preise für Energie und Kraftstoffe, die 0,3 Prozent niedriger waren als ein Jahr zuvor. Zudem hat sich der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln abgeschwächt. Die Europäische Zentralbank strebt eine Teuerung von knapp unter zwei Prozent an, bei der sie die Preisstabilität gewahrt sieht. *J.H.*

Spanien: Defizit wächst schneller

Madrid – Spaniens diesjährige Neuverschuldung hat bis Oktober bereits 37 Milliarden Euro erreicht. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres nahm der spanische Staat 34,3 Milliarden Euro an Neuschulden auf. Damit wächst der Schuldenberg immer schneller. Die Zahl der Baugenehmigungen ging im September auch gegenüber einem schon sehr schwachen Vorjahresmonat weiter drastisch zurück, um 17,5 Prozent auf kümmerliche 4189. Gegenüber dem Allzeithoch vom September 2006, als 130 630 Neubauten genehmigt wurden, beträgt der Rückgang 96,8 Prozent. *H.H.*

Erfolgreiche Melkkuh

Mittelstand floriert, klagt aber über hohe Steuer- und Abgabenlast

Mit einiger Verzögerung, dafür aber nachhaltig, könnte das Versprechen von den „blühenden Landschaften“ zwischen Elbe und Oder in den kommenden Jahren doch noch Realität werden. Im gesamtdeutschen Vergleich sieht das Bonner Institut für Mittelstandsforschung (IfM) mittelständische Unternehmen aus den sogenannten neuen Bundesländern auf der Überholspur: „Während die Gesamtwirtschaft in Ostdeutschland sich von der Deindustrialisierung und Privatisierung nach der Wende noch nicht erholt hat, sind die mittelgroßen Unternehmen im Osten dabei, den Westen einzuholen – wenn nicht sogar zu überholen“, so die Studienleiterin Friederike Welter gegenüber der „Wirtschaftswoche“. Noch recht unspektakulär nimmt sich der als Beleg angeführte Vorsprung beim Umsatzwachstum aus. Gesamtdeutsch legten mittelständische Unternehmen im vergangenen Jahr um 2,4 Prozent zu, in den neuen Ländern betrug das Umsatzplus im Schnitt 3,2 Prozent. Ein beachtliches Fünftel der dortigen Mittelständler gehört allerdings zur Kategorie der Wachstumschampions, die ein Umsatzplus von mindestens zehn Prozent erwirtschaftet haben. Bundesweit stammten im vergangenen Jahr sogar 44 Prozent dieser „Turbo“-Mittelständler aus den neuen Ländern.

Trotz solcher Erfolgsgeschichten sehen sich viele deutsche Mittelständler von der Politik immer mehr in die Rolle der sprichwörtlichen Melkkuh gedrängt. Während weltweit die Steuer- und Abgabenlast für mittelgroße Firmen sinkt, wachse der Druck auf die entsprechenden deutschen Unternehmen, so das ernüchternde Fazit, das die Wirtschaftsberatung PricewaterhouseCoopers (PwC) in ihrer Untersuchung „Paying Taxes 2014“ zieht. Anhand von Berechnungen für ein fiktives Modellunternehmen mit 60 Mitarbeitern ist in Deutschland die Gesamtbelastung – also der Anteil aller Steuern und Abgaben am Gewinn – von 46,8 Prozent im Jahr 2012 auf aktuell 49,4 Prozent angestiegen. Im Vergleich von 189 Ländern fiel Deutschland damit von Rang 72 auf Platz 89 zurück. Wesentlich bessere Noten erhielten Finnland (Platz 21), die Niederlande (Platz 28) und selbst das oft gescholtene Frankreich (Platz 53).

Vor allem Betriebe in Mitteldeutschland stehen gut da

Ein Grund für das schlechte Abschneiden Deutschlands ist, dass Unternehmen bisher kostenintensive Anschaffungen zum Großteil direkt nach dem Kauf abschreiben konnten, um die Steuerlast zu senken. Das Streichen dieser Möglichkeit hat die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich stark belastet. Hinzu kommen Kosten, die in der üblichen Steuerdiskussion gern unter den Tisch fallen, von PricewaterhouseCoopers allerdings in die Untersuchung einbezogen wurden. Schaut man nämlich nicht nur auf die direkten Steuern, sondern auch auf Abgaben etwa zur Kranken- und Rentenversicherung und versteckte Steuern wie Lkw-Maut oder Energiesteuer, dann ist die Belastung für Mittelständler nur in sieben EU-Ländern höher als in Deutschland. EU-weit am niedrigsten lag die Gesamtquote in Kroatien (19,8 Prozent), Luxemburg (20,7 Prozent) und im mit deutschen Steuermilliarden geretteten Zypern (22,5 Prozent). *N.H.*

Deutschland unattraktiv

Chemische Industrie investiert zunehmend im Ausland

Der Standort Deutschland wird für die chemische Industrie immer unattraktiver. Besonders die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten bereiten den meisten deutschen Chemiemanagern Sorge. Nach einer vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) vorgelegten Studie stiegen 2012 die Investitionen der deutschen Chemie in Sachanlagen im Ausland um rund 25 Prozent auf 7,7 Milliarden Euro, hierzulande lagen die Investitionen der drittgrößten deutschen Branche mit 6,3 Milliarden Euro auf Vorjahresniveau. Damit übertrafen erstmals seit 2001 die Investitionen im Ausland die inländischen Investitionen.

Wachstumsprognosen weisen darauf hin, dass sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Während in Europa die Chemienachfrage stagniert, steigt diese in Schwellenländern besonders stark an. Die Investitionen deutscher Chemieunternehmen in Asien und Lateinamerika stiegen 2012 um 27 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro. Einen Aufschwung der chemischen Industrie erleben auch die USA, die zu einem attraktiven Investitionsziel werden. Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist die Förderung von Schiefergas, die die Energie- und Rohstoffkosten sinken lässt. In Deutschland sind die Energiekosten vor allem wegen der Energiewende kräftig gestiegen und setzen die Unternehmen wirtschaftlich unter Druck. Hierzulande ist der Strom rund zweieinhalbmal so teuer wie in den USA, Gas sogar dreimal so teuer. Eine Umfrage der Fachzeitschrift „CHEManager“ unter mehr als 300 Managern der Chemiebranche ergab, dass fast drei Viertel der Befragten die Energiekostensituation am Standort Deutschland als schlecht bezeichnen und mehr als ein Drittel negative Auswirkungen auf das Betriebsergebnis erwarten.

Hohe Energiekosten setzen Unternehmen unter Druck

Bereits im vergangenen Mai warnte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, vor einem Abwandern der heimischen Industrie, weil die US-Regierung mit ihrer Unterstützung der Gasförderung für sinkende Energiepreise im dortigen Markt gesorgt habe. In den vergangenen drei Jahren investierte die deutsche Chemie rund 6,5 Milliarden Euro in Nordamerika in neue Produktionsanlagen oder in deren Erweiterung. Allein 2012 stiegen die Investitionen in Nordamerika um 54 Prozent auf rund 3,2 Milliarden Euro. Die Attraktivität der USA für die deutsche Chemie zeigt sich auch daran, dass inzwischen über 41 Prozent ihrer Auslandsinvestitionen dorthin gehen. 2005 waren es nur knapp 28 Prozent.

VCI-Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann hob hervor, dass die Unternehmen im Ausland, insbesondere in den USA, bessere Produktionsbedingungen vorfänden und so ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern könnten. Dennoch ist Deutschland weltweit immer noch der größte Chemikalienexporteur und verfügt über eine chemiespezifische Infrastruktur mit hochqualifizierten Arbeitskräften. BDI-Präsident Grillo wies darauf hin, dass dieser Vorteil durch eine schleichende Desinvestition gefährdet sei, wenn sich Chemieunternehmen und Zulieferer schrittweise vom Standort Deutschland verabschiedeten.

Ulrich Blode

Unangemessen

Von Manuel Ruoff

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass die Russen in ihrer ostpreußischen Exklave ihren vermeintlichen Sieg in der Schlacht bei Gumbinnen vom 19./20. August 1914 derart groß herausstellen (siehe S. 13). Im Großen und Ganzen war dieser Feldzug gegen Ostpreußen und das Reich nämlich ein großer Fehlschlag. Der Schlacht bei Gumbinnen folgten die Tannenbergschlacht, bei der die Russen mit der Narew- gleich eine ganze Armee einbüßten, die Schlacht an den Masurischen Seen, welche die Russen ebenfalls verloren, und schließlich die Winterschlacht in Masuren, in der die zaristischen Truppen endgültig aus Ostpreußen herausgedrängt wurden. Der desaströse Feldzug trug das Seine zum Ende des zaristischen Systems bei.

Mal sehen, wie die Russen den weiteren Kriegsverlauf an der ostpreußischen Front nach der Schlacht bei Gumbinnen behandeln. Es ist nur zu hoffen, dass sie der Versuchung widerstehen, nach der Besetzung Ostpreußens im Siebenjährigen Krieg nun auch die Besetzung großer Teile der Provinz zu Beginn des Ersten Weltkriegs zur Legitimierung ihrer Anwesenheit zu missbrauchen.

Die Umfaller

Von Michael Leh

Fällt die CDU wieder um?", so hatten wir bereits im Frühjahr einen Kommentar zum Thema Doppelte Staatsbürgerschaften und Optionspflicht überschrieben. Die CDU ist wieder umgefallen. Die Union hatte das Thema im Wahlkampf feige gemieden. Es reicht nicht, wenn sich nur hin und wieder ein Fachpolitiker äußert und man ansonsten dem politischen Gegner das Feld überlässt.

Nach der Wahl gab ausgerechnet CSU-Chef Seehofer den Takt vor. Schon gegenüber den Grünen hatte er „Gesprächsbereitschaft“ signalisiert. Dabei desavouierte er auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich. Dieser machte wohl aus der Verzweiflung, der SPD nach dem Vorpreschen seines Parteivorsitzenden etwas anbieten zu müssen, den Vorschlag, die Optionspflicht erst ab dem 30. Lebensjahr eintreten zu lassen. Auch andere unpraktikable Vorschläge tauchten plötzlich auf. Die SPD setzte sich durch. SPD-Chef Gabriel hatte den Doppelpass für die Türken zur Bedingung für den Koalitionsvertrag erklärt. „Sieg der Türken“, titelte jetzt auch eine türkische Zeitung. Nur dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat, reicht es wieder nicht. „Tief enttäuscht“ äußerte er sich, weil gemäß Koalitionsvertrag nicht gleich alle Türken den Doppelpass erhalten, sondern nur deren hier geborene Kinder. Die CSU wiederum verkündet dreist, mit der Abschaffung der Optionspflicht „tragen wir der Integration von Menschen Rechnung, die in Deutschland aufgewachsen, zur Schule gegangen und heimisch geworden sind“. Bis zum Wahltag hieß es bei der CSU, die Abschaffung der Pflicht schade der Integration.

Ein Staat gibt sich auf

Von Hans Heckel

Einst lebten die Deutschen in vertrauensvoller Zweisamkeit mit ihrem Staat. Gemeckert über „die da oben“ wurde zwar immer. Doch das meist oberflächliche Unbehagen vermochte es nicht, dieses gewisse Urvertrauen zu zerstören.

Jan Heitmann berichtete unlängst in dieser Zeitung, dass Hamburger Kaufleute vor nicht allzu langer Zeit noch damit prahlten, wie viel Steuern sie zahlten. Damit wollten sie nicht bloß ihren wirtschaftlichen Erfolg zur Schau stellen. Es ging auch darum zu beweisen, welch wertvoller Aktivposten sie seien für die Gemeinschaft, für „den Staat“.

Fast vergessen ist auch dies: Lange bevor die Weimarer Republik im braunen Strudel versank, haben Zigtausende Deutsche ihr Leben riskiert, um extremistische Putschversuche abzuwehren – sei es als Freikorpskämpfer gegen den linken oder als generalstreikender Arbeiter gegen den rechten Rand.

Der Kaufmann von einst würde heute als Idiot verlacht. Und stellen wir uns vor, eine Extremistenhorde hätte die Organe der Staatsmacht überrannt und das Berliner Regierungsviertel besetzt: Würden die Deutschen heute immer noch in die Hauptstadt strömen, um ihren Staat zu schützen und die Putschisten unter Einsatz von Leib und Leben zu verjagen? Kaum.

> Der Schutz der Bürger ist immer weniger gesichert

Aber wir wollen nicht übertreiben, noch gibt es dieses deutsche Vertrauen in den Staat, wenn auch nicht mehr so wie früher. Doch es bröckelt bedenklich. Politiker bemängeln das und werfen den Bürgern vor, die Vorzüge ihres Staates nicht mehr hinlänglich zu würdigen.

Das ist eine faule Ausrede. Das Vertrauen wird nicht vom Volk zersetzt, sondern von der Politik und den Staatsorganen selbst. Kernaufgabe des Staates war seit jeher der Schutz seiner Bürger. Alles andere kommt erst danach. Aber genau hier versagt der Staat immer öfter seinen Dienst, wie einige Beispiele von vielen belegen: Berliner, die sich Schutz vor einer erschreckenden Einbruchswelle erbitten, werden vom Polizeipräsidenten brüskiert (siehe S. 3). Andere Bürger berichten, dass sie auf öffentlichen Kundgebungen von linken Gewalttätern attackiert wurden. Die anwesende Polizei habe erst eingegriffen, als sie sich selbst zu wehren begannen. In der Oderregion sehen sich die Bewohner schutzlos einer massiven Grenzkriminalität gegenüber. Diese Reihe des erstaunlich ungenierten Staatsversagens ließe sich endlos fortsetzen.

Wenn die Vertreter der Staatsmacht schutzsuchende Bürger mit einem „Schützt euch doch selbst!“ abbügeln, dann geben sie nicht bloß die Schutzfunktion des Staates preis. Auf diese Weise gibt sich der Staat selbst auf, er verliert seine Legitimität. Dass die Bürger das bislang atem- wie tatenlos hinnehmen, ist nur darauf zurückzuführen, dass für sie die Loyalität zum Staat noch immer selbstverständlich ist. Aber das kann sich ändern.



Wenn das Land zum rechtsfreien Raum wird, ist der Staat verschwunden: Polizeibeamter vor dem Hamburger Linksradikalen-Treff „Rote Flora“

Bild: action press

Moment mal!



Geistige Verkümmerung wird als Bereicherung verkauft

Von Klaus Rainer Röhl

Große Koalition. Damit wäre die Sozialdemokratisierung der deutschen Politik erfolgreich abgeschlossen. Endlos wurde gepokert, heißt es, und am Ende bei Stampfkartoffeln und Bouletten sogar gesungen. Man möchte gern wissen, was. Die Nationalhymne sicher nicht. Beim Staatsangehörigkeits-Recht musste die SPD nicht lange pokern, da waren die Unionspolitiker großmütig. Kostet ja nichts und war ihnen offenbar nicht viel wert. Die deutsche Staatsbürgerschaft wurde den Einwanderern schon immer angeboten wie sauer Bier.

Bisher war es so, dass sie, wenn sie hier geboren waren, sich mit 23 Jahren entscheiden mussten, was sie nun sein wollten – Türken oder Deutsche. Oder andere. Aber um die wenigen anderen geht es kaum, es geht um die vier Millionen zugezogenen Muslime und deren Kinder, nach ihrer Lesart „in Deutschland lebende“ Türken. Erdogan sehen die meisten als „ihren“ Ministerpräsidenten an. Neu ist, dass die Einwanderer-Kinder jetzt nach Lust und Laune entscheiden können, ob sie Deutsche oder Türken sein wollen – oder auch wieder zurück können – rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln. Praktisch ist das schon die doppelte Staatsbürgerschaft. Das war Erdogan wichtig. Und deshalb forderte es die SPD. Erdogan gab auch gleich seinen Senf zu der Koalitionsvereinbarung. „Gut so“, befand er, „aber noch nicht genug“.

> »Kanaksprak« und »Kiezdeutsch« haben sich durchgesetzt

Die neuen Pass-Deutschen von Merkels und Gabriels Gnaden, die morgen schon wieder abzwitschern können aus der Staatsbürgerschaft, verändern durch ihre Anzahl nicht nur die Mentalität, sondern auch die Sprache. Deutsch sprechen war ja immer die einzige Voraussetzung der von unseren „guten Menschen“ so heiß ersehnten Eingliederung oder „Integration“. Warum sie so gewaltig erpicht auf die Eingliederung eines aus dem Inneren Asiens stammenden Volkes mit muslimischer Religion sind, darüber kann man nur Vermutungen anstellen. „Ausländer, befreit uns von diesen Deutschen!“, schrieb ein Satiriker schon vor Jahren in der „taz“. Gott vergisst – ich nicht. Im Internet wurde dieser Satz damals noch nicht registriert.

Sprache als Eintrittskarte in die schöne neue Welt? Also soll jedes Muttchen aus Anatolien und jeder Opa vom Schwarzen Meer wenigstens ein paar Brocken Deutsch können. Die Kinder, meint man, lernen ja bereits in der Krippe Deutsch. Aber was ist das für ein Deutsch? „Kauderwelsch“ nannte man früher das lieblose Stammeln in deutscher Sprache. Als Pidgin-English bezeichneten die Engländer den halbherzigen Versuch der Eingeborenen, Englisch zu sprechen. Und heute? „Kanaksprak“ und „Kiezdeutsch“ haben sich in deutschen Großstädten durchgesetzt und wurden auch bei deutschen Teenagern der Unterschicht Kult. Warum?

Ab und zu erscheint mal ein Buch auf dem Markt, das einiges Licht auf die Szene wirft und Anlass zum Nachdenken ist. Der Linguist Uwe Hinrichs hat gerade sein „Multi-Kulti-Deutsch“ veröffentlicht, in dem er die zunehmende Zerstörung der deutschen Sprache in gerader Linie auf den Einfluss der Einwanderer zurückführt. Den neuen Trend drückt Hinrichs so aus: „Es gibt Turbowandel von deutsche Sprache und kann jeder beobachten schon in sein Alltag!“ Die Kasusendungen sind abgeschliffen, Präpositionen stehen zur beliebigen Verwendung, das grammatische Geschlecht ist eingedampft, der Konjunktiv geht den Bach runter, die Satzkonstruktionen versimpeln – vom Formenreichtum und den Regeln des heutigen Deutsch wird, jedenfalls in seiner mündlichen Form, bald kaum etwas übrig sein.

Hinrichs gibt die Schuld an dieser Entwicklung den Sprachen der Einwanderer in Deutschland und Österreich, die seit einem halben Jahrhundert die gesprochene Sprache prägen: In erster Linie dem Türkischen, Arabischen, Russischen und den Sprachen des früheren Jugoslawien. Dass diese zunehmende Verwahrlosung in Germanistenkreisen nicht thematisiert wird, dafür hat der Leipziger Linguist eine einfache Erklärung: Man fürchtet, das könnte als ein Angriff auf die Immigranten, also als Rassismus ausgelegt werden. Dabei ist der Tatbestand einfach. Viele Einwandererkinder springen zwischen einem nur bruchstückhaft gelernten Deutsch und ihrer türkischen oder arabischen Muttersprache hin und her. Da sie keine Sprache richtig beherrschen, sprechen sie ihr primitives Multi-Kulti-Deutsch. Die Gefahr besteht jedoch nicht in der Existenz solcher „migrantischer“ Sprachmischungen, sondern darin, dass sich diese verfestigen und das gesellschaftliche und kulturelle Prestige ihrer Sprachunsitten steigt.

> Von unserer Sprache wir bald kaum noch etwas übrig sein

Ende November verkündete der Langenscheidt Verlag, dass „Babo“ zum Jugendwort 2013 gekürt wurde. Damit setzte es sich gegen die anderen Favoriten durch, nämlich „gediegen“ (für cool, lässig) und das englischsprachige „in your face!“ (da hast Du's!). Babo aber war der Sieger. Er kommt angeblich aus dem Türkischen und soll so viel heißen wie Boss! Eine Rappergruppe namens „Haftbefehl“ sang, bzw. rappte kürzlich den Song „Babo“. Und alle Sender brachten ihn. Der neueste Kinohit des Deutsch-Türken Bora Dagtekin heißt „Fuck Ju Göhte!“ Der Sohn eines Türken und einer deutsche Mutter will, nach eigenen Worten im „Stern“, „mal richtig auf die Kacke hauen“. Und unsere Medien jubeln. Wer will uns da Verkümmerung als Bereicherung verkaufen und warum?

Was macht diesen krankhaften, krampfhaften, auf Ausländer wie Masochismus wirkenden Selbsthass einiger unserer Medien auf alles Deutsche bei gleichzeitiger Schwärmerei für alles Exotische – vom türkischen Gemüsehändler bis hin zum salafistischen Hassprediger – erklärbar? Folgen sie einer Traditionslinie, die sie selber kaum noch kennen?

1944. Obwohl der Krieg gegen Deutschland noch nicht gewonnen war, machte man sich in den USA und England schon frühzeitig Gedanken darüber, was danach mit dem besiegten Land zu geschehen habe. Eins war klar: Die ewig „kriegslüsternen“ Deutschen sollten für alle Zeit entmachtet und gezähmt werden. Da hatte der Harvard-Professor E. A. Hooton eine Idee, deren Verwirklichung er allerdings nicht mehr erleben durfte. Am 4. Januar 1944 veröffentlichte das amerikanische „Peabody Magazine“ eine Umfrage, an der immerhin auch Albert Einstein und Thomas Mann teilnahmen. Die Frage lautete: „Should We Kill the Germans – or Save Them?“ („Sollen wir die Deutschen töten – oder retten?“). Hooton, ein angesehener Anthropologe, aber Rassist wie viele seiner Zeitgenossen, schlug nun allen Ernstes vor, die Aggressivität aus dem deutschen Volk einfach „herauszuzüchten“: „Breed War Strain out of the Germans!“ („Züchtet die Kriegs-Lust aus den Deutschen heraus!“), so seine These, die er am 11. Oktober 1944 noch in einem Interview mit der „New York Times“ wiederholte. Dieses Ziel könne erreicht werden, wenn man die deutschen Soldaten 20 Jahre lang in Arbeitslagern festhalte und die Einwanderung nichtdeutscher Männer fördere. Verschwörungstheorie? Klar! Gut, dass Sie das gleich gemerkt haben. Die Ähnlichkeiten mit unserer heutigen Situation sind eben rein zufällig. Aber auffällig.

Halunken unter sich

Querdenker aus Königsberg – DDR-Philosoph Wolfgang Harich wurde vor 90 Jahren geboren

Der Fall Harich erzeugte noch in der Nachwendezeit viel Aufmerksamkeit. Der Philosoph, Marxist und Dissident Wolfgang Harich verkörperte einen Teil deutscher Nachkriegsgeschichte auf eigene tragische Weise.

Im Jahr 1991 gab es einen Verleumdungs-Prozess, bei dem ein kommunistisches Komplott aufgearbeitet wurde, das 35 Jahre zurücklag. Nach Chruschtschows Geheimrede gegen Stalin von 1956 rief der Philosoph Wolfgang Harich zur Reform des Sozialismus auf. Als er von der Stasi wegen Staatsverrats verhaftet wurde, hat er auch seinen Chef, den damaligen Leiter des Aufbau-Verlags Walter Janka, schwer belastet. Beide wurden zu jahrelanger Haft verurteilt. Seitdem war das Verhältnis der ehemaligen Freunde so zerrüttet, dass sich Harich nach der „Wende“ gegen Jankas Behauptung, Agent des sowjetischen Geheimdiensts gewesen zu sein, juristisch zur Wehr setzte.

Janka blieb der Verhandlung fern. „Sie glauben doch nicht, dass ich mich mit so einem Halunken an einen Tisch setze“, ließ er wissen. Es war der unrühmliche Schlussstrich unter einer für marxistische Dialektiker oft so typischen Entwicklung, die stellvertretend für den Untergang des Sozialismus steht: Erst marschiert man solidarisch unter dem roten Banner gegen den Klassenfeind, dann ist man sich selbst spinnefeind und bekämpft sich gegenseitig bis aufs Blut.

Seit der Auseinandersetzung mit Janka in den 50er Jahren galt Harich unter den DDR-Dissidenten als Unperson. Dabei war er nach dem Krieg der Star der Ost-Berliner Intellektuellenszene, der trotz nonkonformer Ansichten die Karriereleiter aufstieg. Geboren am 9. Dezember 1923 in Königsberg als Sohn des aus Mohrungen stammenden Romanautors und Literaturhistorikers Walther Harich sowie der Tochter von Alexander Wyneken, dem Herausgeber der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, galt er als brillanter ostpreußischer Querdenker. Nach seiner Desertation von der Armee tauchte er in Berlin unter und schloss sich einer kommunistischen Widerstandsbewegung an.

Von einem weltanschaulichen Extrem zum nächsten wechselnd, tauschte er seine ursprünglichen buddhistischen Neigungen gegen den Marxismus ein, trat 1945 der KPD bei, wurde Feuilleton-Autor und handelte sich eine öffentliche Ohrfeige der Schauspielerin Käthe Dorsch wegen eines Theaterverrisses in einer sowjetamtlichen Zeitung ein. Die nächste Ohrfeige kam von staatlicher Seite: Der über Herder promovierte Dozent verlor seinen Lehrposten an der Humboldt-Universität, da er für Studenten die Abschaffung des Russischen zugunsten einer westlichen Fremdsprache forderte.

Fortan gab er mit Ernst Bloch die „Zeitschrift für Philosophie“ heraus, erhielt auf Bestreben von Bert Brecht den Heinrich-Mann-Preis und wurde unter der Leitung des Spanienkämpfers Janka Cheflektor beim Aufbau-Verlag. Doch nach der Chrustschow-Rede nahm das Verhängnis seinen Lauf. Es bildete sich ein „Kreis der Gleichgesinnten“, der von den DDR-Staatsorgangen auch „Harich-Gruppe“ genannt wurde. Dieser forderte die Ablösung Ulbrichts als Partei- und Staatschef, freie Wahlen und ein Bündnis der Kommunisten mit der SPD. Das Forderungspapier überreichte Harich dem Sowjet-Botschafter Puschkin, der umgehend die Stasi informierte. Als Harich eine Kopie auch dem „Spiegel“ übergab, wurde er verhaftet. Es kam zu einem Schauprozess, in dem er den reumütigen Sünder mimte und Janka als Mitwisser dieser „konterrevolutionären Verschwörung“ bezeichnete. In einem getrennten Prozess wurde Janka zu fünf Jahren Haft verurteilt.



Ost-Intellektuelle: Wolfgang Harich (rechts) traf 1955 den DDR-Kulturminister Johannes R. Becher Bild: pa

Harich sollte zehn Jahre absitzen, wurde aber nach acht Jahren amnestiert. Er arrangierte sich mit den Machthabern und publizierte politisch Unverdächtiges, so eine geschätzte Studie über Jean Pauls Revolutionsdichtung. 1975 aber forderte er eine „Öko-Diktatur“ lange bevor es die Partei der Grünen gab. 1979 reiste er in den Westen aus, kehrte aber nach nur zwei Jahren in die DDR zurück. Anders als Wolf Biermann oder der Dissident Rudolf Bahro fühlte er sich im Westen nicht willkommen. Er war auch hier umstritten, da er weder als Dissident noch als systemtreuer DDR-Bürger galt.

„Ich hatte alle gegen mich“, resümierte Harich, „die Altstalinisten, weil sie mir immer noch die Geschichte von 1956 nachtragen, und die Dissis, die mir nicht verziehen, dass ich 1975 geschrieben habe, nur eine Diktatur könne die Zukunftsprobleme der Menschheit lösen.“ Wie viele andere sah er sich gescheitert, den real existierenden Sozialismus von innen her auszuhöhlen, wie auch von außen, also vom Westen aus, vom Stalinismus zu befreien.

Träumte er nach 1989 von der Wiederkehr des Sozialismus? Nach dem teilweise erfolgreichen Nach-Wende-Prozess gegen Janka wurde er PDS-Mitglied, starb aber nur ein Jahr später am 15. März 1995 in Berlin. *Harald Tews*

Musiktipp

Brandenburg à la München

Bayern und Brandenburg – wie passt das zusammen? Sehr gut sogar, vor allem dann, wenn die Hofkapelle München die sechs „Brandenburgischen Konzerte“ von Bach spielt. Da wird barocke Musik in solch schnörkelloser Reinkultur aufgetragen, dass man fast schon von preußischer Akkuratesse sprechen kann.

Seit seiner Neuformierung im Jahr 2009 unter der Leitung des renommierten Barockgeigers und Dirigenten Rüdiger Lotter gilt das Ensemble als Geheimtipp unter den europäischen Barockorchestern und wird nach jeder CD-Einspielung mit Kritikerlob überschüttet. Von „absolut hinreißend“ bis „Wirbelwind im Sturm“ reichen die Lobeshymnen, denen man sich im Falle dieser Bach-Einspielung, mit der die Hofkapelle bei Sony Music debütiert, nur anschließen kann. Mit der Aufnahme aus der Münchener Himmelfahrtskirche nähert man sich den „Brandenburgischen Konzerten“ mit frischem Spiel und ungewohnt schwungvoll auf stimmigste Weise. Ein Hörgenuss nicht nur zur Weihnachtszeit. *tws*



CD-Cover der Hofkapelle München von Sony Music

Singulärer Schrei

Wird Jubilar Edvard Munch überschätzt?

Bis Mitte November, als ein Bild von Francis Bacon für 142 Millionen Dollar verkauft wurde, hielt ein Werk Edvard Munchs den Rekord als teuerstes Gemälde aller Zeiten, das auf einer öffentlichen Auktion versteigert wurde. Ein New Yorker Investmenthändler erwarb im Mai letzten Jahres bei Sotheby's eine von vier Versionen des berühmten Munch-Bildes „Der Schrei“ für knapp 120 Millionen Dollar. Damit war ein Maler in der Kunstwelt ganz oben angekommen, der in seiner Heimat Norwegen nicht immer einen leichten Stand hatte. Seine häufig nackten Figuren mit den oft verzerrten Gesichtsausdrücken, die an Verbrecherfratzen erinnern, trafen nur selten den Geschmack seiner Landsleute.



Munch: Selbstbildnis mit Weinflasche (1906) Bild: mauritius

So war bis zum Jubiläumsjahr des am 12. Dezember 1863 geborenen Künstlers nicht entschieden, wo in Oslo das neue Munch-Museum entstehen soll. Das 50 Jahre alte Munch-Museum im schmucklosen Einwanderer-Viertel Tøyen gilt nicht erst seit dem spektakulären Einbruch von 2004 als ungeeignet. Damals machte es weltweit Schlagzeilen, als Kunsträuber tagsüber bewaffnet in das Museum eindrangen und mit Versionen der Munch-Hauptwerke „Der Schrei“ und „Madonna“ nahezu ungehindert fliehen konnten. Die Bilder konnten zwei Jahre später schwer beschädigt sichergestellt werden. Seitdem tobt ein auch politischer Streit um einen Museumsneubau an einem attraktiven Standort.

Trotzdem wird zum 150. Geburtstag des Künstlers in Norwegen mit allen musealen Mitteln gefeiert. Verteilt auf das Munch-Museum und die Norwegische Nationalgalerie findet die von König Harald eröffnete größte Munch-Ausstellung aller Zeit mit fast 300 Arbeiten des Künstlers statt. Damit ist immerhin rund jedes fünfte Bild zu sehen, das Munch gemalt hat. Bei der Masse der Werke ist es aber nur ein einziges, das kunstgeschichtliche Berühmtheit erlangte: „Der Schrei“. Von der Frau auf einer Brücke, die mit weit aufgerissenen Mund einen Schmerzens- oder Hilfsschrei auszustoßen scheint, malte Munch vier Versionen zwischen 1893 und 1910, als er selbst wegen Liebes- und Alkoholproblemen in einer Lebenskrise steckte (siehe Seite 22).

So singulär wie der „Schrei“ im Werk Munchs, ist auch dessen Stellung als Künstler in Norwegens Landschaft. Anders als der Komponist Grieg oder der Dramatiker Ibsen, die eine ähnliche Sonderstellung als weltbekannte norwegische Kulturträger besitzen, wird sich erst noch zeigen, ob Munch auf Auktionen nicht doch überschätzt wird. *Harald Tews*

Opas alternatives Leben

Ausstellung in Nürnberg über den »Aufbruch der Jugend«

Vor 100 Jahren fand auf dem Hohen Meißner bei Kassel das erste Fest der Freideutschen Jugend statt. Es gilt als bedeutendes Ereignis der deutschen Jugendbewegung und ist Anlass für eine Schau im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg. Rund 400 Kunstwerke, Gebrauchsobjekte vom Zehenkammerschuh bis zur (Zelt-)Kohte, Erinnerungsgegenstände wie Fotoalben und Fahrtenbücher sowie Dokumente zeichnen den Weg der Jugendbewegung von ihren Anfängen um 1900 bis in die 1960er Jahre nach. Es war ein Weg zwischen Selbstbestimmung und Verführung. Die jungen Naturfreunde zogen 1914 als Freiwillige in den Ersten Weltkrieg und reihten sich mit ihren unzähligen Bünden nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 mehrheitlich bereitwillig in die Hitlerjugend ein.

Die erste Welle der Jugendbewegung bildeten „Wandervögel“: Jugendgruppen, die auf Wanderungen das Naturerlebnis und die Gemeinschaftserfahrung suchten. Das Singen hatte einen hohen Stellenwert. Zum Kultbuch der Jugendbewegung wurde Hans Breuers Volksliedersammlung „Der Zupfgeigenhansl“. Chorgesang, Ringelreigen und sportliche Wettkämpfe gehörten auch zum Programm des für den 11. und 12. Oktober 1913 anberaumten „Ersten Freideutschen Jugendtags“, wie ein Stummfilm zeigt. Der Festeinladung der Freideutschen Jugend, einem lockeren Bündnis von Wandervogelvereinen, Lebensreformern, Schüler- und Studentenverbindungen, folgten 2000 bis 3000 Teilnehmer beiderlei Geschlechts. Aus der Einladungsschrift geht hervor, dass das Fest Beitrag zu den im ganzen Kaiserreich begangenen Feierlichkeiten zum 100. Jubiläum der Völkerschlacht bei Leipzig war. Deren Hurra-Patriotismus verurteilte die Jugendbewegung und beteuerte zugleich: Die Jugend, „die im Notfall jederzeit bereit ist, für die Rechte ihres Volkes mit dem Leben einzutreten, möchte auch in Kampf und Frieden des Werktags ihr frisches reines Blut dem Vaterlande weihen“.



„Lichtgebet“ von Hugo Höppener, genannt Fidus (1868–1948) Bild: Germanisches Nationalmuseum

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, meldeten sich zahlreiche Jugendbewegte freiwillig zu den Waffen. „Der Zupfgeigenhansl“ zog mit in den Krieg. Seine Aufschrift lautete: „Feldzugexemplar. Gestiftet vom Verleger und den Wandervögeln.“ Der Herausgeber Hans Breuer und zahlreiche andere Feld-Wandervögel fielen im Krieg. Das hatte in der Jugendbewegung eine ausgeprägte Erinnerungskultur zur Folge. Ein prominentes Beispiel dafür ist Burg Ludwigstein an der Werra östlich von Kassel, die 1920 von Mitgliedern der Jugendbewegung ausdrücklich als „Ehrenmal zum Gedächtnis der im Ersten Weltkrieg gefallenen Wandervögel“ erworben wurde. Das dortige Archiv der deutschen Jugendbewegung ist Hauptleihgeber der Nürnberger Ausstellung. *Veit-Mario Thiede*

Bis 19. Januar 2014 im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg. Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 21 Uhr. Internet: www.gnm.de. Eintritt: 8 Euro. Der Katalog kostet im Museum 25 Euro, im Buchhandel 33 Euro.

Brückenbauer aus Königsberg

Als 1898 die Rheinbrücke bei Bonn eröffnet wurde, war sie mit einer Länge von 432 Metern nicht nur die größte Bogenbrücke der Welt, sondern mit ihren burgähnlichen Türmen auch eine der schönsten. Entworfen hatte dieses kühne Konstrukt aus Stahl und Stein ein bis dahin unbekannter Architekt aus Königsberg. Bruno Möhring, der am 11. Dezember 1863 in der Pregel-Stadt geboren wurde, hatte mit seinem Entwurf einen Ausschreibungs-Wettbewerb um die Rheinbrücke gewonnen, was ihn sofort zu einem der gefragtesten Jugendstil-Architekten werden ließ.

In einer Zeit der Baugeschichte, als der Historismus noch den Ton angab, suchte Möhring architektonische Lösungen in grazileren, verspielteren Formen. Anregungen dafür holte er sich auf einer Italienreise. Als er seine Anstellung in einem Berliner Baubüro aufgab, konnte er im eigenen Architekturbüro seine Vorstellungen in die Tat umsetzen. Die Moselbrücke bei Traben-Trarbach oder die Swinemünder Brücke in Berlin sind Zeugnisse dieser Zeit.

Nachdem die kurze Jugendstilphase abgeschlossen war, verlegte sich Möhring auf die Stadtplanung. Als Mitherausgeber der Zeitschrift „Berliner Architekturwelt“ und der „Stadtbaukunst“ gab er entscheidende theoretische Impulse zur Stadtentwicklung. Die Zerstörungen durch den Krieg konnte der am 25. März 1929 in Berlin gestorbene Architekt nicht vorhersehen. Seine Bonner Rheinbrücke wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Auf den Fundamenten der alten Möhring-Brücke verläuft heute die schlichte Kennedy-Brücke. *tws*

AEG-Gründer und Außenministervater

Emil Rathenau gilt als der erste Unternehmensmanager – Vor 175 wurde der Kaufmannssohn in Berlin geboren

Mit der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft (AEG) gründete Emil Rathenau den neben Siemens zweiten großen deutschen Elektrokonzern. Ein Vergleich mit Werner von Siemens bietet sich da förmlich an.

„Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“ Diese Worte des Kommunisten Wladimir Iljitsch Lenin verdeutlichen sehr schön, welche Bedeutung neben dem russischen Revolutionär auch viele seiner Zeitgenossen dem elektrischen Strom beimaßen. Tatsächlich gab dieser nach der Einführung der Dampfmaschine nicht nur als Antriebsquelle der Industrialisierung neuen Schub. Und das deutsche Kaiserreich schwamm ganz vorne mit auf der Welle des Fortschritts. Neben der chemischen gehörte auch die Elektroindustrie zu den Paradedisziplinen der deutschen Wirtschaft. Zu nennen sind hier insbesondere Siemens und AEG. Beide wurden durch die Weltkriege ausgebremst und zurückgeworfen, aber ausgeschaltet wurden sie nicht, waren vielmehr auch noch in der Nachkriegszeit sehr erfolgreich. AEG ging dann 1996 in Daimler-Benz auf, Siemens existiert noch heute.

Siemens wurde von Werner von Siemens gegründet, AEG von Emil Rathenau, dem Vater des Reichsaußenministers Walther Rathenau, der 1922 den Vertrag von Rapallo abschloss und noch im selben Jahr einem Attentat zum Opfer fiel. Während Siemens noch die hergebrachte Kombination aus Erfinder und Unternehmer verkörperte, die ihre Erfindungen produzierte und verkaufte, gilt Rathenau als erster Unternehmensmanager. Im Gegensatz zu Siemens machte er mit fremder Leute Erfindungen Geld. Wie sehr Rathenau seiner Zeit voraus war, zeigt der Blick auf die Vorstände heutiger Dax-Unternehmen. Dabei zeigt sich – was manche beklagen –, dass die Vorstände zunehmend Juristen oder Betriebswirte sind, die mit den Produkten ihres Unternehmens nur noch sehr wenig zu tun haben und deshalb auch zwischen Gesellschaften der unterschiedlichsten Branchen problemlos wechseln können. Hauptsache die Kennzahlen stimmen.

Ein Pionier war Rathenau auch mit seiner Überzeugung, dass Unternehmen nicht den Zweck haben, vorhandene Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern Bedürfnisse nach den eigenen Produkten herzustellen: „Das Unternehmen muss den Markt selbst machen, um einkaufen und um verkaufen zu können.“

Diese Ansicht setzte eine offensive Werbung und eine aggressive Marketingstrategie voraus, welche die Menschen von ihren neuen Bedürfnissen überzeugte beziehungsweise sie weckte. Das Ziel war weniger der Kopf als der Bauch des potenziellen Kunden. „Glauben Sie nicht, dass selbst ein Ingenieur, wenn er einen Motor kauft, ihn, um ihn zu untersuchen, auseinandernimmt. Auch er als Fachmann kauft nach dem äußeren Eindruck. Ein Motor muss aussehen wie ein Geburtstagsgeschenk.“ Dieses griffige Zitat stammt zwar nicht von Rathenau selber, aber mit dem AEG-Baurat Paul Jorden doch von einem der führenden Mitarbeiter seines Unternehmens.

Auch ein anderer führender Mitarbeiter von AEG ist typisch für dessen Gründer: Peter Behrens. Behrens gilt als Schöpfer der „Corporate Identity“ und des „Corporate Design“. Emil Rathenau engagierte Behrens als künstlerischen Berater und übertrug ihm die komplexe Aufgabe, für ein einheitliches Erscheinungsbild von AEG in allen Bereichen zu sorgen. Das bezog sich von der Werbegrafik über Produktdesign bis hin zur Firmenarchitektur. Auf Behrens geht auch das heute noch verwendete Logo zurück.



An seinem Schreibtisch um 1900: Emil Rathenau Bild: Ullstein

Wie bei einem erfolgreichen Manager unserer Tage gehörte also auch zu Rathenaus Qualifikationen weniger die Entwicklung fortschrittlicher Produkte als die Fähigkeit zu delegieren. Im Gegensatz zum heutigen typischen Unternehmensführer hatte Rathenau allerdings – in diesem Punkte nicht von Siemens abweichend – eine technische Ausbildung. Im Gegensatz zu Siemens, dessen Vater ein wenig erfolgreicher Gutspächter war, wurde Rathenau jedoch in eine wohlhabende Kaufmanns- und Unternehmerfamilie hineingeboren. Sein Vater war der Kaufmann Moritz Rathenau, der eigentlich mit Vornamen Moses hieß. Seine Mutter war dessen Ehefrau Pauline Liebermann, deren Vater Josef Liebermann als erster in Preußen Baumwollstoffe mechanisch herstellte, die Wilhelmshütte im niederschlesischen Sprottau besaß und Landmaschinen nach englischem Muster baute. In der Wilhelmshütte konnte Rathenau dann nach dem Besuch des Gymnasiums volontieren. Der vierjährigen praktischen Ausbildung folgte ein Maschinenbaustudium in Hannover und Zürich.

Nur kurz war der Jungakademiker Rathenau mit der Lokomotivfabrik August Borsig und Arbeitgebern im englischen Mutterland der Industrialisierung bei anderen Unternehmen tätig. Bereits 1865 kaufte er mit einem Schulfreund eine eigene Firma. Da traf es sich günstig, dass die im darauffolgenden Jahr geheiratete Mathilde Nachmann die Tochter eines wohlhabenden Frankfurter Bankiers war und eine schöne Mitgift in die Ehe einbrachte. Trotz dieser Kapitalspritze ging das Unternehmen, das transportable sogenannte Einheitsdampfmaschinen herstellte, infolge der Gründerkrise 1873 in Liquidation. Rathenau hatte jedoch rechtzeitig sein Kapital aus dem Unternehmen herausgezogen und am Ende nur noch als dessen leitender Angestellter gearbeitet, so dass dessen trauriges Ende ihn nur seinen Arbeitsplatz kostete – und etwas Renommee.

> Im Gegensatz zum Siemens-Gründer war er kein Erfinder

Rathenau machte sich nun ohne erkennbare Hast auf die Suche nach einem neuen Betätigungsfeld. Nachdem er zuvor in den USA moderne Fertigungstechniken kennengelernt hatte, fand er es schließlich in der Elektrotechnik. Auf der Internationalen Elektrizitätsausstellung in Paris lernte er 1881 die von Thomas Alva Edison erfundene Glühbirne kennen. Rathenau erkannte das Potenzial der Erfindung und erwarb im darauffolgenden Jahr die Rechte zur wirtschaftlichen Nutzung von Edisons Patenten in Deutschland. Zu deren Verwertung wurde 1883 eine Aktiengesellschaft gegründet: die „Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektricität“.

1887 wurde das Grundkapital von fünf auf zwölf Millionen Mark aufgestockt, die – wie der Name bereits vermuten lässt – ursprünglich vorhandenen engen Bindungen an die US-amerikanische Edison-Gesellschaft wurden gelöst und Edison wurde aus dem Namen der Aktiengesellschaft eliminiert. Aus der Deutschen Edison-Gesellschaft wurde die „Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft“ (AEG). Außer der Deutschen Bank konnte auch Siemens für eine Beteiligung an der AEG gewonnen werden. Mit Siemens gründete die AEG dann auch 1903 die „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m.b.H., System Telefunken“, ein weiteres Aushängeschild der deutschen Elektroindustrie. Überhaupt gehört zu den diversen Stärken Rathenaus auch seine gezielte Fusions-, Kooperations- und Beteiligungspolitik, die das ihre dazu beitrug, dass die AEG aus der Krise der Elektroindustrie um die Jahrhundertwende gestärkt hervorging und zu dem nationalen Konkurrenten des Platzhirschen Siemens aufstieg.

Wenn Rathenau auch nur Generaldirektor und nicht Besitzer der AEG war, so bemühte er sich doch um eine familieninterne Lösung seiner Nachfolge. Krankheitsbedingt begann er 1912 seinen Rückzug aus der Unternehmensführung und ließ sich zusehends von dem ihm einzig verbliebenen Sohn Walther vertreten. Während des Ersten Weltkrieges, in dem AEG nach Krupp, aber noch vor Siemens zweitgrößter Rüstungsproduzent des Kaiserreiches war, am 20. Juni 1915, starb Emil Rathenau in Berlin. *Manuel Ruoff*

Ostpreußischer Lyriker der Befreiungskriege

Max von Schenkendorf verfasste die Lieder »Freiheit, die ich meine« und »Wenn alle untreu werden«

Vor 230 Jahren, am 11. Dezember 1783, wurde Gottlob Ferdinand Maximilian Gottfried von Schenkendorf in Tilsit im Hause Hohe Straße 39 geboren. Zwölf Tage später erfolgte die Taufe in der Deutschordenskirche zu Tilsit. Seine Kindheit ist mit Lenkonischken verbunden. Sein Vater, Georg von Schenkendorf, hatte dieses bei Tilsit gelegene Gut wiederum von dessen Vater übernommen. Max' Mutter war Charlotte von Schenkendorf, die Tochter eines Predigers in Tilsit.

Erstmals an die Öffentlichkeit trat Max von Schenkendorf mit einem Aufsatz in der "Berlinischen Zeitung", in dem er die preußischen Behörden zur Restaurierung von verwahrlosten Teilen der Marienburg als herausragende Stätte gotischer Baukunst in Preußen gemahnte. Er schloss diese Mahnung mit den Zeilen: „Auf der Nogat grüner Wiesen steht ein Schloss im Preußenland, das die frommen deutschen Riesen einst Marienburg genannt. Ach, die Ritter sind gefallen, ihre Tempel sind entweiht, abgebrochen ihre Hallen ...“

In den Tagen des Niedergangs von Preußen vor Beginn der Befreiungskriege gehörte von Schenkendorf als Freund zum Hause des Landhofmeisters Hans Jakob von Auerswald im Königsberger Schloss, wo zu dieser Zeit auch die königliche Familie wohnte. Der Umgang mit Geistlichen, wie dem Erzpriester Johann Christoph Wedeke, der freundschaftliche Verkehr mit den Familien der Burggrafen Dohna, Kanitz und von der Groeben erweckte in ihm neben seinem dichterischen Schaffen den wahren christlichen Glauben. Sein Osterlied „Ostern, Ostern, Frühlingswehn, Ostern, Ostern, Auferstehn“ sowie das geistliche Wanderlied „In die Ferne möcht' ich ziehn“ haben die Zeiten überdauert.

> Am 11. Dezember 1783 kam Max von Schenkendorf in Tilsit zur Welt

Im Jahre 1812 heiratete von Schenkendorf eine Witwe aus Königsberg in Karlsruhe. Trotz der Lähmung seines rechten Armes infolge eines Pistolenduells 1809 nahm von Schenkendorf in einem Kürassier-Regiment in vorderster Linie an den Kämpfen in den Befreiungskriegen einschließlich der Völkerschlacht bei Leipzig teil. Für ihn galt das Wort Schillers: "Nichtswürdig ist der Mann, der nicht sein Alles setzt an seines Landes Ehre."

Seine Vaterlandslieder und Gedichte, die von einem Hauch inniger Frömmigkeit durchzogen sind, gaben der preußischen Bevölkerung und ihren Soldaten moralischen Rückhalt für den Kampf. Von Schenkendorfs Lieder der Befreiungskriege sind patriotische Gesänge, die unvergesslich geblieben sind. Seine Hymne „Freiheit, die ich meine" ist bezeichnend für das Ideal seines Jahrhunderts.

Von Schenkendorf fühlte nicht nur als Preuße, sondern darüber hinaus als Deutscher. Er war von der Gedankenwelt seiner Zeit beseelt, von der Idee, ein geeintes deutsches Kaiserreich zu schaffen, und hoffte mit der zum Befreiungskampf aufgestandenen Jugend, dass sich die Ziele der freiheitlichen Reformen des Reichsfreiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein und der anderen fortschrittlichen Männer des preußischen Staates erfüllen würden. Um dieser Sache zu dienen, trat er auch auf religiöser Basis für eine Vereinigung zwischen Protestantismus und Katholizismus ein. Seine Liebe zur deutschen Sprache bringt er in seinem Gedicht „Muttersprache, Mutterlaut, wie so wonnesam, so traut" (1814) zum Ausdruck.

Durch den Freiherrn vom Stein erhielt von Schenkendorf nach der Völkerschlacht bei Leipzig die Stellung eines Regierungsrats in einem Verwaltungsamt in Frankfurt am Main, später in Koblenz.

Am 11. Dezember 1817 starb Max von Schenkendorf im Alter von nur 34 Jahren in Koblenz. In den Anlagen am Rheinufer oberhalb der Stadt Koblenz wurde ihm an seinem Geburts- und Sterbetag im Jahre 1861 ein Denkmal in Form einer Bronzebüste gesetzt. Am 21. September 1890 wurde ein Denkmal gegenüber dem Tilsiter Rathaus enthüllt und der Marktplatz auf den Namen



Max von Schenkendorf Bild: pa

„Schenkendorfplatz“ zu Ehren dieses großen Sohnes der Stadt umgetauft.

Das Schenkendorfdenkmal befindet sich heute nicht mehr auf seinem Platz. Es wurde infolge der allgemeinen Evakuierung der Stadt Tilsit in der Endphase des Zweiten Weltkrieges abgebaut und soll in Pamletten bei Tilsit und zuletzt in Braunsberg gesehen worden sein. Wo es sich heute befindet – ob es überhaupt noch vorhanden ist – kann leider nicht gesagt werden.

Mit den großen Männern dieser Zeit wie Ludwig Yorck von Wartenburg, Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein, Gerhard von Scharnhorst, August Neidhardt von Gneisenau, Friedrich Wilhelm Bülow von Dennewitz und Gebhard Leberecht von Blücher sowie anderen aufrechten Bürgern war von Schenkendorf im Zeichen der Erhebung europäischer Völker gegen eine nicht mehr zu akzeptierende Unterdrückung ein Mann der ersten Stunde. Von Schenkendorf dachte in seinen Handlungen an sich selbst zuletzt und trat aufopfernd für die Sache unseres Vaterlandes in schwerer Zeit ein. In seinen Gedichten und Liedern pflegte er Gottesglaube, Liebe zum Vaterland, menschliche Würde und auch ehrenvolle Achtung gegenüber dem unterlegenen Gegner auszusprechen. *PAZ*

Antitypus des »hässlichen Deutschen«

Vor 60 Jahren starb Deutschlands erster Bundespräsident »Papa Heuss«

Wohl kein anderes deutsches Staatsoberhaupt entsprach so wenig dem Klischee des Staatsrepräsentanten mit Pomp und Glorie wie „Papa Heuss“. Damit war er wohl der rechte Mann zur rechten Zeit, denn jedes gegenteilige Verhalten hätte angesichts der Machtlosigkeit Deutschlands und der Bundesrepublik nur allzu leicht unfreiwillig komisch gewirkt.

Zu Theodor Heuss' Erfolgsrezept gehört sicherlich, dass er derart weitgehend dem von den Alliierten in zwei Weltkriegen gezeichneten Bild des hässlichen Deutschen widersprach und es damit zu konterkarieren half. Er war nicht militaristisch; er war kein Junker, noch nicht einmal preußisch oder adelig; er war kein Vertreter des „deutschen Sonderweges“; er stand nicht für die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage unter preußischer Führung; er war nicht zackig. Vielmehr wirkte er extrem gemütlich, „unverkrampft“, um es mit dem Lieblingswort seines späteren Nachfolgers Roman Herzog zu sagen. Heuss hat – wie Konrad Adenauer – nie in seinem Leben gedient und verkörperte den schwarz-rot-goldenen, stark vom Westen geprägten, großdeutschen, südwestdeutschen Liberalismus. Er war kein Vertreter des kleindeutschen angeblich semifeudalen Reiches, das der den Alliierten verhasste Preuße Otto von Bismarck in den Einigungskriegen mit Blut und Eisen geschaffen hatte. Stattdessen verkörperte er die Tradition der demokratischen, bürgerlichen, statt von Soldaten eher von Intellektuellen getragenen deutschen 48er Revolution, die ihre Wurzeln in der Französischen Revolution desselben Jahres hatte und die Wahl einer Trikolore als Erkennungszeichen ebenfalls vom Nachbarn im Westen übernommen hatte.

Statt wie ein Soldat wirkte Heuss eher wie ein Bohemien. Und das kam nicht von ungefähr. In Heuss steckte ein Künstler und wäre der Begriff nicht schon durch Vaclav Havel besetzt, könnte man von ihm als Dichterpräsidenten sprechen. Tatsächlich hat Heuss gedichtet, aber auch andere Künste betrieben. Noch bis in die Studienzeit herein war unklar, ob er nicht gar die Kunst zu seinem Beruf macht.

Aber da war noch der andere Theodor Heuss, der homo politicus und der begeisterte Anhänger von Friedrich Naumann. Schon als Kind faszinierten ihn dessen liberale und soziale Gedanken. Den ersten seiner wahrlich sehr vielen Artikel schrieb Heuss für Naumanns Wochenzeitschrift „Die Hilfe“. Zum Doktorvater wählte er sich einen Nationalökonom und Sozialreformer, der ebenfalls in der „Hilfe“ publizierte und auch ansonsten Naumann nahestand: Lujo Brentano. Dessen „Verbindung von entschiedener Sozialpolitik und liberaler Weltanschauung“ beeinflusste Heuss aufs stärkste. Brentano war es denn auch, der den unentschlossenen Heuss schließlich dazu bewegte, die Kunst als Hobby zu betreiben und in Volkswirtschaftslehre abzuschließen.

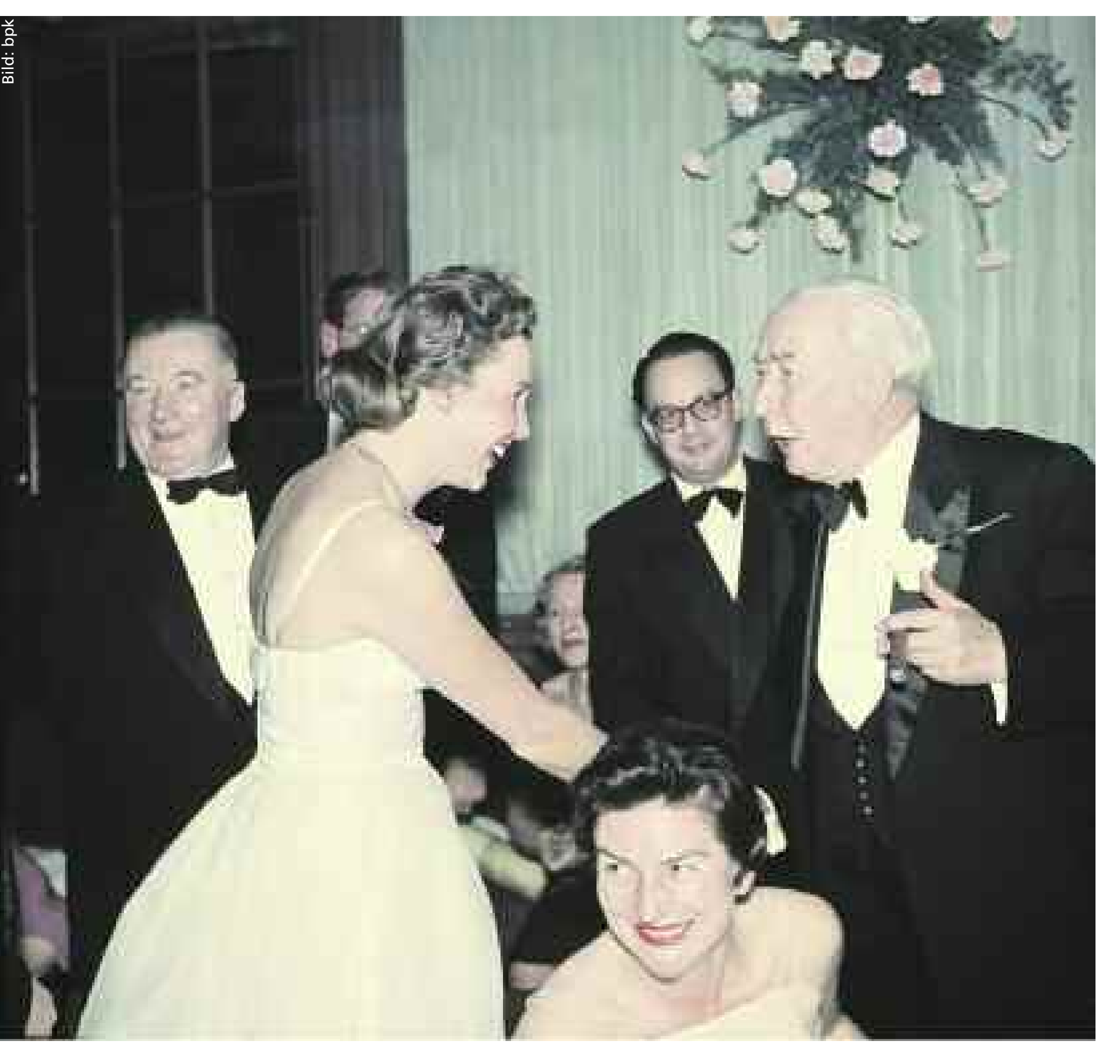


Bild: bpk

Auch bei offiziellen Anlässen mit Zigarre: Heuss begrüßt 1957 in Bonn Marianne Strauß

Heuss' Abschlussarbeit, eine Dissertation über den Weinbau und den Weingärtnerstand in Heilbronn, zeugt allerdings weniger von der linksliberalen Gesinnung, die ihn mit Brentano und Naumann verband, als von seinem Lebensstil. Der am 31. Januar 1884 in Brackenheim geborene Schwabe aus bildungsbürgerlichem Hause genoss es erklärtermaßen, bei abendlicher Arbeit am Schreibtisch eine Brasil-Zigarre und einen guten Rotwein zu konsumieren. Heuss kultivierte sein Image. Dazu passt seine Erzählung, dass er einmal zu Adenauer gesagt habe: „Sie haben Anlagen, aus denen man einen Renaissance-Menschen entwickeln könnte; bei mir würde es nur zu einem Menschen des späten Biedermeier langen.“

Diese Gemütlichkeit kam auch im Ausland gut an. Denn was man insbesondere bei den Siegermächten nicht wollte, war der Deutsche, der sich notfalls mit Gewalt seinen Platz an der Sonne erkämpft. Beliebter war da schon der Michel, der die politische Macht anderen überlässt und sich mit Fleiß und Genügsamkeit auf den Auf- und Ausbau seines privaten kleinen Glücks konzentriert.

Dass Heuss so gar nicht dem Klischee des hässlichen Deutschen entsprach, hat ihm sicherlich die Ausübung des Präsidentenamtes und die Wiederwahl 1954 erleichtert. Aber dass er dieses Amt überhaupt 1949 erhielt, hat er eher einem anderen zu verdanken: dem des FDP-Bundesvorsitzenden. Nicht nur einmal in der Geschichte der Bundesrepublik ging der Bildung einer Regierungskoalition eine entsprechende Bundespräsidentenwahl voraus. Bei Heuss war es auch so. Die erste Bundestagswahl hatte eine bürgerliche Mehrheit erbracht. Das Ergebnis war eine Koalition aus Union, FDP und Deutscher Partei. Noch bevor mit Konrad Adenauer der Parteivorsitzende des Wahlsiegers und Koalitionsführers zum Kanzler gewählt wurde, erhielt der Vorsitzende des zweitwichtigsten Koalitionspartners das protokollarisch zwar höher stehende, aber politisch einflussärmere Amt des Bundespräsidenten. Nach der zweiten Bundestagswahl wechselte die FDP zwar in die Opposition, aber Heuss wurde im darauffolgenden Jahr mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt.

Ähnlich wie später beim US-Präsidenten Ronald Reagan wurde

Parteienarithmetik ließ ihn zum Präsidenten werden

auch bei Heuss überlegt, ob man die Verfassung beziehungsweise das Grundgesetz ändert, um eine dritte Amtszeit zu ermöglichen. Heuss hat mit dem ihm eigenen Humor verfassungspolitisch dagegen argumentiert: „Man dürfe das Grundgesetz nicht ändern, weil gerade ein netter Mann auf dem Markt sei.“ Zur vollen Wahrheit gehört allerdings auch, dass er die Idee einer dritten Amtszeit durchaus erwägenswert fand, dass für die dafür nötige Grundgesetzänderung aber die SPD hätte mitspielen müssen und von der blieben entsprechende Signale aus. So verließ Heuss 1959 mit dem Ende der zweiten Amtszeit die Villa Hammerschmidt. Vier Jahre später, am 12. Dezember 1963, starb der Schwabe in der Hauptstadt seines Heimatlandes Baden-Württemberg, in die er sich nach seiner politischen Laufbahn zurückgezogen hatte. *Manuel Ruoff*

Er begründete das Kolpingwerk

Vor 200 Jahren wurde der Namensgeber des katholischen Sozialverbandes mit Sitz in Köln geboren

Adolph Kolping wäre gebürtiger Preuße gewesen, wenn er denn nur zwei Jahre früher zur Welt gekommen wäre. Als er am 8. Dezember 1813 in Kerpen, seit 2012 offiziell „Kolpingstadt“, an der Obermühle 21 geboren wurde, gehörte die nur wenige Kilometer westlich von Köln gelegene Stadt wie das gesamte linke Rheinufer jedoch zum französischen Kaiserreich. Erst auf dem Wiener Kongress von 1814/15 wurde die vormalige Hauptstadt des „Roer-Départements“ Preußen zugeschlagen.

Zum Kolpingjahr hat Kerpens Stadtarchivarin Susanne Harke-Schmidt einen schönen Sammelband herausgebracht und darin belegt, dass dieser einschneidende Wechsel neben vielem anderen auch zu einer Besserung der Bau-, Schul- und Gesundheitsbedingungen führte. Die Gemeinde zahlte Schulgeld für bedürftige Kinder wie Kolping, der 1826 die Schule verließ und bis 1837 als Schusterlehrling und Geselle fronte. Die Werkstatt in der Mähnstraße 5 steht längst nicht mehr. Auch Kolpings Geburtshaus wurde noch zu seinen Lebzeiten abgerissen. Später wurde es als „Kolping-Museum“ wieder aufgebaut. Die Eröffnung fand 1963 zu Kolpings 150. Geburtstag statt.

Die raue Gesellenwelt war jedoch nichts für den kränklichen, empfindsamen Kolping. Nachhilfeunterricht durch örtliche Priester ermöglichte ihm 1837 den Eintritt in das Kölner Marzellen-Gymnasium. Ein Überflieger war er nicht, wie das Abiturzeugnis verrät: „Im Französischen fehlt es ihm noch viel“ und „die Gesetze der Physik“ habe er bestenfalls „teilweise“ mitbekommen. Egal, Hauptsache bestanden und dadurch zumindest formal qualifiziert für ein Studium. Von 1841 bis 1844 studierte Kolping Theologie in München und Bonn. Die Finanzierung übernahm Maria Helene Meller, eine Tochter des Kerpener Gutsbesitzers Gottfried Meller, der wiederum der Arbeitgeber von Kolpings Vater war.

Die Bekämpfung des Elends zog er der Wissenschaft vor

Am 13. April 1845 wurde Kolping in der Kölner Minoritenkirche zum Priester geweiht. Zwei Tage später las er in der Kerpener Martinus-Kirche seine „Primizmesse“. Ursprünglich plante er eine wissenschaftliche Karriere, doch das Erleben sozialen Elends stimmte ihn um. In Köln und mehr noch in Wuppertal-Elberfeld, wo er als Kaplan und Religionslehrer wirkte, sah er Armut und Ausbeutung von jungen Männern, die der Verwahrlosung und Apathie anheimfielen. Dagegen hatte Kaplan Johann Breuer 1846 einen „Katholischen Gesellenverein“ gegründet, den Kolping nach Breuers Weggang übernahm. Sein Ziel war es, insbesondere wandernden Gesellen Unterstützung, fachliche und politische Bildung, Geselligkeit und religiösen Rat zu geben. Nicht zu Unrecht hat man Kolping mit modernen „Street workern“ verglichen.

Die Idee des Gesellenvereins über Elberfeld hinauszutragen, war nach Kolpings Überzeugung nur von einer größeren Stadt aus möglich und so bat er den Kölner Erzbischof um eine Stelle in der Domstadt. Dieser kam seinem Versetzungsgesuch nach. 1849 wechselte Kolping von Elberfeld nach Köln. Noch im selben Jahr gründete er dort den Kölner Gesellenverein. Im darauffolgenden Jahr führte er die regionalen Vereine zum „Rheinischen Gesellenbund“ zusammen. Die von ihnen unterhaltenen „Gesellenhospize“ sollten den Mitgliedern des Bundes nach Kolpings Worten „ein Familienhaus sein, in dem sie ihre Familie, gleichgesinnte Freunde wiederfinden“. Dazu gehörte auch Krankenpflege, zu der Kolping seine Gesellen verpflichtete, wobei er ihnen mit furchtlosem Beispiel voranging.



Adolph Kolping Bild: pa

Diese Ideen lagen im 19. Jahrhundert gewissermaßen „in der Luft“, wie Johann Hinrich Wichern, Baron Hans v. Kottwitz, Clemens Th. Perthes und andere Sozialreformer bezeugen, die negative Begleiterscheinungen der industriellen Revolution durch karitative Initiativen mildern wollten. Kolping unterschied sich kaum von ihnen. Allerdings wurde er berühmter und sein Ruhm hielt auch länger an, als es bei anderen der Fall war. Seine flotte Feder befähigte ihn zum Publizisten und erfolgreichen Verleger.

Nur ein gutes halbes Jahrhundert Leben war Kolping beschieden. Als es am 4. Dezember 1865 in Köln endete, gab es allerdings bereits 418 „seiner“ Gesellenvereine mit 24 000 Mitgliedern und das sowohl im In- als auch im Ausland. Heute zählt das Internationale Kolpingwerk in 60 Ländern 450 000 Mitglieder, so der Generalpräses Ottmar Dillenburg, als er Ende April zum Kolping-Wandertag in Kerpen war. Es ist nicht zuletzt sein Werk, sein Vermächtnis, weshalb heute neueren Umfragen zufolge drei Viertel der Deutschen Kolping kennen, von denen wiederum drei Viertel mit dem Namen positive Assoziationen verbinden. *Wolf Oschlies*

Nähere Informationen über die Veranstaltungen zum Kolpingjahr 2013 in der Kolpingstadt Kerpen erteilt die Stadtarchivarin Susanne Harke-Schmidt, Telefon (02237) 922170.

Unvollendetes »Traumschiff«

Gern wird der deutschen Marine nachgesagt, sie habe bis heute einen unerfüllten Traum, den Traum vom eigenen Flugzeugträger. Einmal wäre er fast in Erfüllung gegangen, mit der vor 75 Jahren vom Stapel gelaufenen „Graf Zeppelin“.

Der Erste Weltkrieg hatte gezeigt, wie verwundbar Schiffe aus der Luft waren. In dem Ende 1932 vorgelegten Aufbauplan für die Reichsmarine war daher auch ein Flugzeugträger vorgesehen. Die konkreten Planungen für dessen Bau begannen zwei Jahre später und im November 1935 erhielt die Werft Deutsche Werke Kiel AG den Auftrag für den Bau des „Trägers A“. Da dort zugleich weitere Kriegsschiffe gebaut wurden, erfolgte die Kiellegung erst Ende 1936. Danach ging der Bau zügig voran, so dass das gut 260 Meter lange und 36 Meter breite Schiff schon zwei Jahre später vom Stapel laufen konnte. Dem Stapellauf am 8. Dezember 1938 wohnten neben der versammelten Prominenz des Reiches mehrere hunderttausend Schaulustige bei. Namensgeber für den bis heute einzigen deutschen Flugzeugträger wurde der Luftschiffpionier Ferdinand Graf von Zeppelin.

Auf der „Graf Zeppelin“ sollten 43 Flugzeuge verschiedener Typen Platz finden, was im Vergleich zu den Trägern anderer Nationen wenig war. Dafür war eine ungewöhnlich schwere artilleristische Bewaffnung vorgesehen, die allerdings als nicht mehr zeitgemäß galt. Andere Einrichtungen wie die pressluftgetriebenen, mit Startwagen versehenen Flugzeugkatapulte, durch die die Maschinen mit eingezogenem Fahrwerk hätten starten können, waren dagegen zukunftweisend. Als Besatzung waren über 1700 Mann



Bild: pa

„Graf Zeppelin“-Stapellauf

vorgesehen, davon 155 Flugzeugführer. Am 29. April 1940 verfügte Adolf Hitler zugunsten der U-Boot-Fertigung einen Baustopp. Daraufhin wurde die „Graf Zeppelin“ über Stettin nach Gotenhafen geschleppt und als Depotschiff verwendet. Von den Erfolgen der britischen Flugzeugträger ermuntert, nahm die Kriegsmarine den Trägerbau Ende 1942 wieder auf. Die „Graf Zeppelin“ wurde zurück nach Kiel geschleppt und die Ausrüstungsarbeiten gingen weiter, bis Hitler am 2. Februar 1943 das endgültige Aus für das Trägerprojekt befahl. Das zu 90 Prozent fertiggestellte Schiff wurde nach Stettin geschleppt und dort aufgelegt. Um sie nicht der vorrückenden Roten Armee unversehrt in die Hände fallen zu lassen, wurde die „Graf Zeppelin“ am 25. April 1945 durch ein Sprengkommando auf Grund gesetzt.

Im März 1947 hob die russische Marine das auf ebenen Kiel liegende Schiff und schleppte es erst nach Leningrad und dann nach Swinemünde. Über sein weiteres Schicksal kursierten jahrzehntelang die wildesten Spekulationen. Tatsächlich hat die „Graf Zeppelin“ ein unspektakuläres Ende als Zielschiff genommen. Am 14. August 1947 wurde sie auf die Ostsee geschleppt und nach Sprengversuchen mit Artilleriegeschossen und Bomben durch Torpedos versenkt. Über den Untergangsort herrschte 59 Jahre lang Unklarheit, bis eine polnische Ölfirma das Wrack im Sommer 2006 bei der Suche nach Öl- und Gasvorkommen zufällig entdeckte. Die „Graf Zeppelin“ ruht 55 Kilometer vor dem westpreußischen Großendorf [Wladyslawowo] in 80 Metern Tiefe auf dem Meeresgrund. *J.H.*

Ein Helotenvolk

Zu: Retter in Not (Nr. 46)

Wenn Lehrer, statt Bildung zu vermitteln, in den heutigen Schulen genötigt sind, eher als Dompteure aufzutreten, um Zuwanderern die rudimentären Mindestanforderungen der Sozialisation nahezubringen, dann ist es auch kein Wunder, wenn aus dem ehemaligen Volk der Dichter und Denker eine völlige Helotenmasse erwächst, also ein erobertes Volk.

Aber genau dies ist das, was unsere Nachbarn schon lange vor 1914 beschlossen hatten. Der „30-jährige Krieg" von 1914 bis 1945 wird heute einfach mit anderen Mitteln weitergeführt.

Heinrich Käbberich, Lohfelden

Dreist und dumm

Zu: Retter in Not (Nr. 46)

Es ist nicht nur bei der Feuerwehr katastrophal. Die Handwerksbetriebe leiden genauso unter der „Unterbelichtung" und über die Motivation, etwas zu lernen. Von 45 angekündigten „Lernwilligen" vom Amt für Arbeit kamen in unseren Betrieb sage und schreibe fünf „Freiwillige". Davon sind drei mündlich durchgefallen, der Rest war dreist und dumm.

Wer in der sozialen Hängematte hängt, der wird morgens auch nicht aufstehen wollen und sein Dasein lieber als Drogendealer versuchen wollen – und das oft mit guten Erfolg, dem Autor nach zu urteilen.

Rüdiger Röthke, Biesenthal

Autos anpassen

Zu: Retter in Not (Nr. 46)

Wenn Unternehmer beklagen, dass Lehrlinge körperlich nicht in der Lage sind, eine Stunde lang zu stehen, dann wird ihnen von den Kammern geraten, ganz dringend die Arbeitsbedingungen zu ändern. Insofern sollte die Berliner Feuerwehr für zu dicke Berliner ganz dringend neue Feuerwehrautos kaufen. Was die bei der Berliner Feuerwehr festgestellten mangelnden Deutsch- und Rechenkenntnisse angeht, so kann man doch erwarten, dass jedem Analphabeten, den man zukünftig einstellt, ein Hilfsfeuerwehrmann zugeteilt wird, der für Schreibkram zuständig ist!

Gerald Franz, Bonn

Am Ast gesägt, auf dem man sitzt

Zu: Kulturelle Sensibilität (Nr. 47)

Nicht nur in Berlin, Frau Lengsfeld! In ganz Deutschland fehlt die Trennung von Staat und Kirche. Und seit wir mit der „Religion des Friedens" begeistert werden, noch mehr. Teilweise herrscht vorauseilender Gehorsam, teilweise widerwärtige Unterwürfigkeit.

Es wundert in Berlin allerdings umso mehr, als doch gerade der Regierende Bürgermeister Wowereit wissen sollte, was das für ihn und seine sexuelle Orientierung bedeuten würde, käme der Islam nur in Ansätzen ans Ruder. Es ist schon merkwürdig, dass all die angeblich gebildeten Menschen mit einer solchen Inbrunst an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. Man könnte meinen, die Abschaffung von Demokratie, Freiheit und Modernität sei das oberste Ziel in diesem Land.

Einzige Freude: All diese zugewanderten Bereicherungen, die wir inzwischen hier haben, tun alles – aber sicher nicht einen Cent in die Sozialkassen abführen. Von daher wird es nach und nach schlecht aussehen mit der Rundum-Versorgung unserer trägen politischen Trogbesetzer. Man kann dieses Übel also praktisch aussitzen. Irgendwann sitzen wir wie im Mittelalter, dafür als Frauen züchtig verhüllt, hinter verschlossenen Türen. Danke, Deutschland!

Sandra Baumann, München

Alle gegen einen

Zu: Es stinkt und bröckelt (Nr. 46)

Brüssel und der IWF machen unserem Land Vorwürfe, weil Deutschland zu viel exportiert und mithin zu viel verdient und von anderen EU-Ländern zu wenig importiert. Dafür soll es sogar von der EU eine saftige Strafe geben. Was kann jetzt getan werden? Die Exportfähigkeit kann beseitigt werden! Aber von wem? Von der Regierung und von den Gewerkschaften könnte noch was kommen. Es ist aber bereits viel und erfolgreich gegen die deutsche Wirtschaftskraft und Exportfähigkeit unternommen worden.

Die SPD hat das bisherige erfolgreiche dreistufige deutsche Bildungswesen schon weitgehend zerstört. Es gibt in einigen Ländern sozialistische Einheitsschulen (mit Namen wie zum Beispiel Gesamtschule oder Oberschule oder Stadtteilschule), deren Schüler am Ende ihrer Schulzeit den Realschulen und den Gymnasien um etwa zwei Lernjahre hinterherhinken. Im Vergleich zwischen den Gymnasien in Hamburg und Bayern gibt es zum Teil gleichfalls für Hamburger Abiturienten einen Leistungsrückstand von etwa zwei Schuljahren.

Die Einheitsschulen produzieren mit Hilfe linker Lehrer „politisch korrekt" etlichen Schülerschrott, den die deutsche Wirtschaft nicht gebrauchen kann. Langfristig bedeutet dies, dass die Wirtschaftskraft Deutschlands zerstört wird. Dies darf von uns Bürgern nicht mehr hingenommen werden. Vermeide es zukünftig jeder Wähler, linke Parteien zu wählen! Das früher so erfolgreiche dreigliedrige Schulsystem muss wieder in ganz Deutschland installiert werden, um die heimische Wirtschaftskraft zu erhalten. Dazu sollten wir außerdem die EU verlassen, um ihrer Knechtschaft zu entgehen und um weiteren Schaden von unserem Land fernzuhalten.

Benno Koch, Harsefeld

Wir verblöden

Zu: Retter in Not (Nr. 46)

Der Artikel-Satz, „es mangele nicht nur an Bildung, sondern regelrecht an Intelligenz", ist mutig und leider auch wahr. Genauso wie es von der Wissenschaft seit Langem bewiesen ist, vom deutschen Gutmenschen aber nicht geglaubt werden darf, dass Intelligenz zu 70 bis 80 Prozent vererbt wird. Wie Sarrazin berechnete, vermindert sich die durchschnittliche Intelligenz der Bevölkerung eines Landes, das Unterschichten fremder Länder aufnimmt und diese mit finanziellen Anreizen zu überdurchschnittlichen Geburtenraten animiert.

In Berlin können wir jetzt schon sehen, was im Rest des Landes in naher Zukunft geschehen wird: Feuerwehr und Polizei können ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen. Es wird womöglich bald Zeit für Bürgerwehren und bewachte Wohnsiedlungen nach US-Vorbild!

Maria-Anna Konietzko, 61350 Bad Homburg



Personalsorgen bei der Berliner Feuerwehr? Dieser Löschzug hat noch genügend Einsatzkräfte. Doch Nachwuchs, der die körperlichen und geistigen Anforderungen erfüllt, ist rar. Bild: action press

Buntes Berlin

Zu: Retter in Not (Nr. 46)

Richtig, Berlin ist doch so schön bunt – und vor allem rotgrün. Mangelnde Bildung hängt am Schulsystem, hier schneiden SPD/Grün-geführte Länder schlechter ab als der Rest. Außerdem leben doch in Berlin Zigtausende der vielgepriesenen zugewanderten „Fachkräfte". Vielleicht sollte man die rekrutieren.

Stefan Roth, Linsengericht

Kaputt machen

Zu: Hand in Hand (Nr. 47)

Ich verstehe diese ganze Aufregung um das Bildungsdefizit nicht. Es gab einmal einen Kanzler, der die geistig-moralische Wende eingeführt hat. Diese Politik wird schon seit 30 Jahren fortgeführt. Es muss doch möglich sein, Deutschland langsam kaputtzukriegen.

Fredi Volkmann, Dortmund

Dem Zeitgeist angepasste Volkstrauer

Zu: Volkspädagogik statt Kriegsgräberfürsorge? (Nr. 46)

Als langjähriges Mitglied des Volksbundes wundere ich mich schon seit etlicher Zeit über gewisse Tendenzen des Gedenkens. So wird am Volkstrauertag zwar auch noch der Gefallenen gedacht. Mehr und mehr werden aber andere Personengruppen in den Mittelpunkt gerückt, vor allem die Opfer der NS-Gewaltherrschaft. Wie im Artikel auch richtig erwähnt, werden im Rahmen der Jugendarbeit sogar „Aktionen gegen Rechts" organisiert, bei denen man sich fragt, was diese mit der Arbeit einer Kriegsgräberfürsorge zu tun haben.

Wie sehr man sich dem sogenannten Zeitgeist anpasst, möchte ich an einem kürzlich erlebten Beispiel darstellen: In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Frieden" des Volksbundes findet sich auch ein Interview mit dem Bundeswehr-Generalmajor a. D. Jürgen von Falkenhayn, Großneffe des berühmten Generalstabschefs im Ersten Weltkrieg, der jetzt ein Buch über sein Leben und den Verlust seines Vaters schrieb, welcher als Hauptmann der Reserve und Kompaniechef im August 1941 in der Ukraine fiel. Der Abteilungsleiter Kommunikation und Marketing des Volksbundes stellte im Interview mit Generalmajor von Falkenhayn diesem doch tatsächlich die Frage: „Ihr Vater war Offizier im Zweiten Weltkrieg. Kommt da nicht oft die Frage nach einer eventuellen Verwicklung in Kriegsverbrechen?"

In seiner Antwort wurde der Interviewte zum Glück sehr deutlich, als er ausführte: „Heute werden Menschen wie er oft undifferenziert als ‚Nazi-Offiziere' abgestempelt. Hier ein ausgewogenes Urteil zu finden und damit ein Zeichen gegen die Pauschalverurteilung der Kriegsgeneration zu setzen, war mir wichtig."

Da ich mich über die Fragestellung sehr geärgert hatte, schrieb ich einen Leserbrief, in dem ich meinerseits fragte, ob wir denn wirklich schon so weit seien, dass jeder Angehörige der deutschen Wehrmacht danach „durchleuchtet" werde, ob er an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen sei. Ich wies dann auch darauf hin, dass solche Gedanken heute allein in Deutschland geäußert und thematisiert würden, dass dies jedoch bis in die 1980er Jahre hinein noch unmöglich war und auch in anderen Staaten wie den USA, Großbritannien, Frankreich oder Italien undenkbar sei.

In seiner Antwort teilte mir der oben erwähnte Abteilungsleiter dann mit, dass er lediglich das aufgegriffen habe, „was in unserer Gesellschaft passiert, einschließlich der Erforschung der (nachweisbaren) Beteiligung von Soldaten der Wehrmacht an Kriegsverbrechen". Und weiter: „Ich habe das aufgegriffen, was Mitglieder und Spender des Volksbundes bewegt, die als Kinder von Kriegstoten nicht wissen, was ihre Väter im Krieg eigentlich alles getan haben ... und ob es etwas gibt, das ihr Bild vom Vater erschüttern könnte!" Der Brief schließt dann mit der Frage: „Wäre es nicht gut, wenn das tatsächlich in all den genannten Ländern geschähe?"

Mir fiel dazu nur eine Begebenheit ein, die ich vor einiger Zeit erlebte: Ich wurde von einem Jugendlichen gefragt, was mein Vater im Zweiten Weltkrieg getan habe. Ich erwiderte, er sei Chef einer Flak-Batterie gewesen, woraufhin der Jugendliche meinte: „Dann hat Ihr Vater ja Flugzeuge abgeschossen, also war er ein Mörder." Als ich einwand, es seien ja auch unzählige deutsche Piloten durch die feindliche Flugabwehr ums Leben gekommen, und das sei nun einmal so in einem Krieg, da antwortete er, das müsse man allerdings unterschiedlich bewerten, denn die deutschen Soldaten seien ja Verbrecher gewesen, während die alliierten schließlich für die Freiheit getötet hätten, was man nicht miteinander vergleichen könne.

Eine sachliche Diskussion war danach leider nicht mehr möglich, denn ich erkannte, dass dieser Jugendliche das Produkt eines Geschichtsunterrichtes war, wie er leider schon seit vielen Jahren an unseren Schulen praktiziert wird.

Wolfgang Reith, Neuss

Recht gemäß USA

Zu: Souveränität muss man wollen (Nr. 45)

Als ehemaligem DDR-Bürger kommt einem das Vasallen-Verhältnis bekannt vor, allerdings mit der anderen damaligen Supermacht. Es wäre schön gewesen, nach der Wiedervereinigung tatsächlich in Deutschland anzukommen und nicht in einem Land, in dem die weiter verweilenden Siegermächte – pardon: Verbündeten – schalten und walten können. Die Definition von Völkerrecht durch die USA ist simpel: Völkerrecht ist, was ihren Interessen entspricht.

Lorenz M. Spiewok, Berlin

ETA ist alles andere als eine Partei

Zu: Vereint gegen den Euro (Nr. 46)

Nach mehreren Forschungsaufenthalten in Navarra und im Baskenland ist eines gewiss: ETA (Euskadi ta Askatasuna: Baskenland und seine Freiheit) ist keine Partei. Die ETA ist eine Terrororganisation mit Verbindungen zur ehemaligen IRA und zu arabischen Terrorzellen. Auch wird die ETA im Artikel im selben Atemzug mit den regional agierenden Parteien in Europa genannt.

Die ETA ist nie eine Partei gewesen, sondern verantwortlich für 900 Todesopfer seit ihrer Gründung 1959. Sie wollte mit Gewalt ein freies Groß-Baskenland „Euskal Herria" durchsetzen. Im Oktober 2011 hat sie ihre Waffen niedergelegt, aber immer noch nicht den spanischen Sicherheitskräften übergeben. Das ehemalige politische Sprachrohr ist die 2003 verbotene Partei Batasuna (baskisch: Einheit). Die heutigen politischen Ableger von Batasuna sind Bildu (baskisch: versammeln) und Sortu (baskisch: neu geboren). Bildu sowie Sortu sind als Wählerbündnis in den Regionalparlamenten von Navarra und dem Baskenland sowie den beiden nationalen Kammern in Madrid vertreten. Ihre politische Ausrichtung ist links – baskisch nationalistisch.

Über eine weitere baskische Partei (EA: Baskische Solidarität) ist Bildu Mitglied einer interessanten Fraktion im EU-Parlament: Die Grünen/Freie Europäische Allianz.

Gorm Julian Gerdes, Berlin

Lehren von 1923

Zu: Ein Trauma der Deutschen wird begründet (Nr. 45)

Das gleiche Schicksal der Geldvermehrung von 1923 wird den Euro und Dollar treffen. Nur nicht über Jahre verteilt, sondern in einer Eruption über Nacht. So wiegt sich die Masse mit ihren Ersparnissen in Sicherheit und wird daher auch fast alles verlieren.

Am Ende hilft uns nur eine an Gold und Silber orientierte Währung, so dass diese Schuldenexzesse nicht mehr möglich sind. Nach einer harten „postinflationären" Depression sollte sich Deutschland dann erholen. Nötig ist hierzu, die Steuern auf das Niveau des einstigen Preußen zu senken. Also zwischen fünf und zehn Prozent.

Jörn Gebert, Frankfurt am Main

Eliten herrschen mit System

Zu: Hand in Hand (Nr. 47)

Die beschriebenen Eliten sind nichts anderes als ein winziger Ausschnitt dessen, was man als das „System" bezeichnet. Dieses ist eine komplexe Herrschaftsstruktur, welche aus der Vielzahl seiner Teilkomponenten besteht. Unerlässlich für das Verständnis der Wirkungsweise und Entscheidungsfindung innerhalb dieser Herrschaftsstruktur ist die Erkenntnis, dass keine der einzelnen Systemteilkomponenten isoliert und unabhängig existiert. Jede Einzelkomponente steht in Verbindung und Wechselwirkung mit den anderen Systembauteilen.

Dominierend in diesem System ist jedoch ohne Frage die Komponente Großkapital, welche heute die Rahmenbedingungen unter anderem für politisches Handeln vorgibt. Freilich geschieht dies informell über ungezählte Verflechtungen und Netzwerke, die das ganze System typischerweise unentwirrbar durchziehen. Wer sich heute beispielsweise die von den Parlamenten exekutierte sogenannte EU-Rettungspolitik anschaut, muss erkennen, dass die vom Wahlvolk gewählten Politiker allesamt lediglich die Interessen der Finanzoligarchie ausführen.

Der vom System gern bemühte „mündige Bürger" ist längst zu einer Geisel der Hochfinanz degradiert und muss heute über Bürgschaften in ungeahnter Höhe das Geschäftsrisiko einer kleinen Geldelite schultern. Böse Zungen bezeichnen dieses dann als Demokratie.

Thomas Wagner, São Paulo/Brasilien

Der Teuer-Experte

Zu: Am BER wird weiter getrickst (Nr. 44)

Wie kommt der Autor darauf, Horst Amann zum Flughafenexperten zu ernennen? Amann war auf dem Flughafen Frankfurt am Main für die Bauausführung der Nur-Landebahn Nordwest verantwortlich. Der Bau dieser 2800 Meter langen Betonpiste mit Brücken zum Flughafengelände hat mehr als drei Milliarden Euro gekostet (inklusive Verlegung eines Industriewerks). Damit ist diese Piste die teuerste Landebahn der Welt.

Reinhard A. Bölts, Schwalbach am Taunus

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Mit Gewinnspiel Seite 18

Das Ostpreußenblatt



Nr. 49 – 7. Dezember 2013

MELDUNGEN

Gedenktafeln enthüllt

Wormditt – In Wormditt [Orneta] wurden die restaurierten Gedenktafeln zu Ehren der im Ersten Weltkrieg gefallenen Söhne der Kleinstadt enthüllt. Die deutschen Gedenktafeln mit 200 Namen befinden sich rechts und links neben der Eingangstür zum Rathaus. Diese Tafeln waren nach dem Krieg mit Zement überspachtelt und somit unleserlich gemacht worden. Ihre Restaurierung war nur dank der Zusammenarbeit zwischen der Kreisgemeinschaft Braunsberg und der Stadt Wormditt möglich. Die ersten Gespräche zwischen dem Kreisvertreter Manfred Ruhnau und dem Bürgermeister Ireneusz Popiel fanden im Herbst vergangenen Jahres statt. Die ganze Restaurierung samt Dokumentation kostete 20 000 Zloty (knapp 5000 Euro). Die Kosten



Bild: Gladkowska

Gedenktafeleinweihung

wurden geteilt, die Kreisgemeinschaft Braunsberg zahlte 2000 Euro, den Rest übernahm die Stadt. Der Bürgermeister hatte vorgeschlagen, die Tafeln anlässlich der 700-Jahr-Feier einzuweihen und so geschah es dann auch. Die offizielle Einweihungszeremonie nahmen der Weihbischof im Erzbistum Ermland, Jacek Jezierski, und der Seelsorger der deutschen Volksgruppe, Domherr André Schmeier, vor. Anwesend waren unter anderem Vertreter der Kreisgemeinschaft Braunsberg sowie der Bürgermeister und weitere Repräsentanten der Wormditter Kommunalverwaltung. Der anschließende informelle Teil der Feier fand in den Räumlichkeiten des wunderschönen gotischen Rathauses statt. *E.G.*

Kapellenrohbau fertiggestellt

Lyck – Die Kapelle des seligen Johannes Paul II. neben der Lycker Kathedrale an der Yorckstraße ist im Rohbau fertiggestellt. Bereits in Kürze sollen die bis zum Dach reichenden bunten Kirchenfenster eingesetzt und die Inneneinrichtung eingebaut werden. Die feierliche Eröffnung des Gebäudes ist für den 24. Mai nächsten Jahres vorgesehen. Dann sollen auch die sterblichen Überreste des Bischofs Edward Samsel in die Krypta der Kapelle überführt werden. Die Lycker Kathedrale hat nämlich als einzige in der Republik Polen keine Begräbnisstätte für die Diözesanbischöfe. Der Bau der Kapelle, die neben einer Krypta auch eine Sakristei haben wird, war im Juli 2011 begonnen worden. *PAZ*

Russen feiern zweifelhaften Sieg

Königsberg: Stele vor der Stadthalle erinnert an die Schlacht bei Gumbinnen im Ersten Weltkrieg

Im kommenden Jahr sollen im Königsberger Gebiet zahlreiche Veranstaltungen zur Erinnerung an den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs stattfinden. Weil die russische Armee bei der Schlacht von Gumbinnen siegte, werden die Feiern sich auf die Kreisstadt konzentrieren. In Königsberg wurde eine Stele vor der Stadthalle aufgestellt, welche die Tage bis zum Jahrestag herunter zählt.

Auf dem Territorium des heutigen Königsberger Gebiets wurden viele deutsche und russische Soldaten begraben, die in den beiden Weltkriegen ihr Leben verloren. Einige Grabstätten sind in gutem Zustand erhalten, doch die Mehrzahl der Grabstätten ist inzwischen überwuchert oder in Vergessenheit geraten.

Im Vorfeld großer historischer Daten wird häufig darüber nachgedacht, sich um das Erbe der Vergangenheit zu kümmern und Denkmäler und Friedhöfe in einen dem Jahrestag angemessenen Zustand zu bringen. So geschieht es derzeit im Königsberger Gebiet.

Zu den Kriegshandlungen zwischen Russen und Deutschen in Ostpreußen gehört auch die Schlacht von Gumbinnen, die am 20. August 1914 stattfand. Um an das Ereignis zu erinnern und an die geplanten Feierlichkeiten, wurde vor der ehemaligen Stadthalle in Königsberg, dem heutigen kunsthistorischen Gebietsmuseum, eine Stele aufgestellt. Mit dieser Aktion beginnt das Programm zum Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs. In der Stele ist ein elektronischer Zähler mit der Aufschrift „Bis zum 100. Jahrestag des Siegs in der Schlacht von Gumbinnen im Ersten Weltkrieg verbleiben noch ... Tage“. Der Bildschirm zeigt die Zahl der Tage bis zu diesem Datum an. Das Unternehmen „Technopolis GS“, einer der größten Investoren im Gebiet mit Sitz Gumbinnen, unterstützt Freiwillige bei der Pflege von Kriegsgräbern.

Anlässlich des 100. Jahrestags ist auch die Eröffnung einer Gedenkstätte am Ort der Schlacht bei Gumbinnen geplant. Insgesamt soll es im Königsberger Gebiet acht Feiern im Rahmen eines allrussischen Festprogramms geben. Vorbereitend sollen umfangreiche Restaurierungs- und Umbauarbeiten an den Grabstätten erfolgen, ein interaktives Museum in einer der Befestigungsanlagen eingerichtet sowie eine Wanderausstellung zusammengestellt werden. Außerdem soll in Gumbinnen eine Gedenkstätte an dem Ort errichtet werden, an dem die Gefallenen der Schlacht von Gumbinnen beerdigt sind. Ebenso ist eine internationale wissenschaftliche Konferenz geplant. Die bei Russen beliebte historische Rekonstruktion der militärischen Schlacht darf nicht fehlen.

Zuvor hatte Gouverneur Nikolaj Zukanow betont, dass es keinen Unterschied zwischen russischen und deutschen Gräbern geben dürfe: „Seinerzeit haben die Deutschen die russischen Soldaten neben ihren eigenen begraben. Es waren Soldaten, sie haben für ihr Vaterland gekämpft. Ich glaube, dass es richtig ist, die Gräber unabhängig von der Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Land alle in Ordnung zu bringen.“

Zwischen Stadtvertretern und der Öffentlichkeit wird über die Herangehensweise an die Feiern im Gebiet diskutiert. So kam die Idee auf, Kriegsgräberstätten in touristische Reiserouten einzuschließen. Der Gouverneur hält davon jedoch nichts. Er erhielt Dutzende Briefe von Bürgern, die sich dagegen aussprachen. Ein anderer Plan sieht vor, ein zentrales Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs in Königsberg aufzustellen und kleinere an den Orten, an denen Kriegshandlungen stattgefunden haben.

Während man über den Bau neuer Denkmäler nachdenkt, bleiben die bereits vorhandenen wenig berücksichtigt. Die meisten von ihnen gehören offiziell nicht zum Kulturerbe und stehen somit nicht auf der Denkmalschutzliste. Im Kreis Angerapp könnte wegen der Erweiterung der Dorffriedhöfe bald ein ungewöhnliches Bild entstehen: 100 Jahre alte Kriegsgräber russischer Soldaten liegen neben modernen Grabeinfassungen. Der Status Kulturerbe rettet die Kriegsgräber in der Provinz nicht immer davor, in Vergessenheit zu geraten. Wenngleich einige Objekte in einem befriedigenden Zustand sind wie das Denkmal bei Kowarren [Saosjornoje] in der Nähe von Klein Beynuhnen, wo sich das Schloss der Familie von Fahrenheid befand.

Vor den geplanten Feiern wurde ein Verzeichnis der Kriegsgräber angelegt, die auf Staatskosten restauriert werden sollen. Darunter befinden sich die Gedenkstätten in Grünwalden [Nowostrojewka], Kreis Gumbinnen, und Großwaltersdorf [Olchowatka]. Einen großen Anteil an der Pflege der Gräber hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, dessen Freiwillige schon zahlreiche Kriegsgräberstätten im Königsberger Gebiet gesäubert und instandgesetzt haben.

Laut staatlicher Zählung gibt es im Königsberger Gebiet 62 Gedenkstätten aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, tatsächlich sind es aber wesentlich mehr. Der größte Teil von ihnen befindet sich in den Kreisen Gumbinnen, Ragnit und Angerapp. *Jurij Tschernyschew*

Countdown bis zum 100. Jahrestag: Stele von der Königsberger Stadthalle



Bild: Tschernyschew

Die Schlacht bei Gumbinnen

Die Schlacht bei Gumbinnen war eine Folge des Schlieffen-Plans. Gemäß diesem vom preußischen Generalstabschef Alfred von Schlieffen 1905 entwickelten Plan sollten die Deutschen im Kriegsfall versuchen, möglichst schnell Frankreich niederzuwerfen, um sich dann mit allen Kräften der Verteidigung der Ostgrenze gegenüber der „russischen Dampfwalze“ widmen zu können. Um entsprechend diesem Plan Frankreich schnell niederzuwerfen, befand sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges von den acht deutschen Armeen nur eine, die 8., in Ostpreußen.

Die Franzosen ahnten, was ihnen blühte, und hatten deshalb den Russen die Zusage abgenommen, bereits kurz nach Kriegsbeginn mit einer Entlastungsoffensive gegen Ostpreußen deutsche Kräfte zu binden. Für diese Offensive hielt das Zarenreich gleich zwei Armeen bereit: die 1. Njemen-Armee unter Paul von Rennenkampff und die 2. Narew-Armee unter Alexander Samsonow. Da die Russen die Masurische Seenplatte für undurchdringlich hielten, sollte die Njemen-Armee von den Russen aus gesehen rechts und die Narew-Armee links der Seenplatte nach Ostpreußen vorstoßen. Dabei sollte die Njemen-Armee die Offensive beginnen in der Hoffnung, dass die deutsche 8. Armee gen Osten den russischen Eindringlingen entgegeneilt und dann die Narew-Armee mit einem westlich der Seenplatte angesetzten Stoß gen Norden die Deutschen im Rücken packen und von ihren Verbindungswegen zum Reich abschneiden kann.

Eine solche Einkesselung wollte der sehr defensiv und pessimistisch eingestellte Oberbefehlshaber der 8. Armee, Maximilian von Prittwitz und Gaffron, partout verhindern. Deshalb wollte er sich nicht von der Njemen-Armee an die ostpreußische Ostgrenze locken lassen, als diese am 17. August 1914 als erste der beiden russischen Armeen die deutsche Grenze überschritt. Der Befehlshaber des zur 8. Armee gehörenden I. Armee-Korps, Hermann von François, war jedoch ungleich offensiver eingestellt als sein Chef und von einem unerhörten Selbstbewusstsein. Wider den Befehl seines Vorgesetzten von Prittwitz und Gaffron lieferte er der Njemen-Armee bereits am ersten Tag kurz hinter der deutsch-russischen Grenze bei Stallupönen ein Gefecht. Trotz Anfangserfolgen musste von François das Gefecht jedoch abbrechen, da die Unterstützung seitens des Restes der 8. Armee fehlte, die von seinem befehlswidrigen Alleingang gar nichts wusste.

Ähnlich war es bei der zweitägigen Schlacht bei Gumbinnen, die zwei Tage nach dem abgebrochenen Gefecht bei Stallupönen begann. Abermals gelangen den Deutschen beachtliche Anfangserfolge. Als jedoch von Prittwitz und Gaffron die Nachricht erreichte, dass die Narew-Armee die ostpreußische Südgrenze überschritten hatte, ließ er die Schlacht abbrechen und befahl den Rückzug hinter die Weichsel in der geradezu panischen Angst, von der Njemen-Armee im Osten und der Narew-Armee im Süden in die Zange genommen zu werden.

Von Rennenkampff zog aus der Schlacht bei Gumbinnen und dem vorangegangenen Gefecht bei Stallupönen seine ganz eigenen Schlüsse. Statt ob der Anfangserfolge der Deutschen bei den beiden Zusammentreffen gewarnt zu sein, interpretierte er die beiden Auseinandersetzungen als russische Siege, was nur insofern gerechtfertigt war, als die Deutschen tatsächlich das Feld geräumt hatten. Statt sich jedoch geschlagen an die Weichsel zurückzuziehen, wie es von Rennenkampff für selbstverständlich hielt, ohne es durch Aufklärung zu verifizieren, stürzten sich die Deutschen wagemutig auf die Narew-Armee und bereiteten dieser eine Schlacht, welche jene bei Gumbinnen bei weitem in den Schatten stellte, die Tannenbergschlacht.

Von Rennenkampff hatte das Gefecht bei Stallupönen und vor allem die Schlacht bei Gumbinnen in geradezu sträflicher Weise als glänzende, symptomatische russische Siege falsch interpretiert. Geschichte wiederholt sich zwar nicht, aber es scheint so, als wollten die Russen diese Fehlinterpretation von Rennenkampffs aus dem Jahre 1914 in der Gegenwart wiederholen. *Manuel Ruoff*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt Briefe, die erzählen in wenigen Zeilen mehr von tragischen Schicksalen als mancher umfangreiche Roman und wirken damit umso eindringlicher. So erging es mir, als ich das Schreiben von Herrn **Heinz Link** aus Wittenförden las, das zuerst wie ein handgeschriebener Steckbrief wirkt, denn über dem Text steht groß das Wort „Gesucht“. Die folgenden Zeilen will ich wortgetreu wiedergeben, dann werden vor allem unsere Landsleute meine Betroffenheit verstehen. Heinz Link schreibt:

„Hiermit möchte ich es noch einmal versuchen, unsere Schwester zu finden. Es geht um **Erika** Link, geboren im August 1944 in Moithienen, Kreis Ortelsburg. Von mir Heinz Link: Ich bin der Bruder, geboren am 15. März 1932, ich lebe in Wittenförden bei Schwerin, wir sind noch vier Geschwister, ich bin der Älteste. Im Januar 1945 waren wir auf der Flucht, Ende Januar wurde unsere liebe Mutter **Johanna** Linck in Bischofstein von den Russen ermordet. Unser Vater war zu der Zeit in Dänemark bei der Wehrmacht. Wir waren in der Nähe von Bischofstein in einem Dorf, den Ortsnamen habe ich vergessen. Es war eine schwere Zeit und wir konnten unsere kleine Schwester nicht versorgen. Sie wurde von einer fremden Frau mitgenommen, sie selbst hatte keine Kinder, den Namen und die Anschrift hatten wir nicht.“



Bild: privat

In Insterburg entdeckt: Spuren deutscher Vergangenheit

Es folgt noch ein Satz, mit dem ich nicht ganz klar komme – Herr Link meint wohl, dass seine Schwester nun einen anderen Name tragen würde – und er beschließt seinen kurzen Suchwunsch mit den Worten „Aber vielleicht haben wir ja Glück.“

Also ich glaube: Das Wort „Glück“ ist zu kurz gegriffen. Wo und wie sollte man suchen? Es müsste schon ein Wunder geschehen, wenn sich Spuren zu der Frau finden, die als Erika Link geboren wurde und dann im Nirgendwo verschwand. Sie muss, wenn sie Krieg und Vertreibung überlebt hat, heute 69 Jahre alt sein. Aber schon da gibt es jede Menge Fragezeichen: Ist die Frau, die Erika mitgenommen hat, überhaupt aus dem Inferno, das sich im Februar 1945 bei Bischofstein abspielte, lebend herausgekommen? Wer jene Fluchttage in dem von der Russenwalze überrollten Ostpreußen miterlebt hat, weiß, wie schwer es war, Kinder im Säuglingsalter ohne Muttermilch durchzubringen. Ist es der Frau überhaupt gelungen, sich und das Kind zu retten, oder blieben sie nach dem Russendurchbruch zurück? Wo fanden sie eine Bleibe, wer nahm sie auf, wie verlief ihr weiteres Leben? Es ist fast unmöglich, auch nur den geringsten Ansatz zu finden, wenn man nicht weiß, ob Erika, wenn sie überlebte, jemals von ihrer Herkunft und ihrer leiblichen Familie erfahren hat, ja, ob überhaupt nach dieser gesucht wurde? Die wenigen Möglichkeiten, durch die sich Hinweise ergeben könnten, dürften von Landsleuten kommen, die sich im Februar 1945 in der Gegend von Bischofstein, Landkreis Rößel aufgehalten haben und die Frau kannten, die sich des mutterlosen Kindes annahm. Die besten Informationen könnten Angehörige oder enge Bekannte der Frau geben, denn sie war ja mit Sicherheit nicht allein. Entweder stammte sie aus dem Ort bei Bischofstein oder sie war gemeinsam mit Schicksalsgefährten auf der Flucht. Sicher hätte in den ersten Nachkriegsjahren die Suche mehr Aussicht auf Erfolg gehabt und sie wurde wohl auch gestartet, denn Heinz Link schreibt ja, dass er es „noch mal“ versuchen würde, aber da hat auch der Eiserne Vorhang eine Rolle gespielt. Bleibt also nur die Hoffnung auf ein Wunder! (Heinz Link, Rabenhorn Straße 7 in 19073 Wittenförden, Telefon 0385/6630217.)

Die Suche geht weiter, und sie wird sogar noch schwieriger, denn die dürftigen Angaben erwiesen sich zum Teil als fehlerhaft. Frau **Rita Jadischke-Kremer** aus Köln sucht Informationen über ein Mitglied der eigenen Familie. Es handelt sich um **Pauline** Jadischke, *1889 in Popowken/Neusobrost, Kirchspiel Assauen – so die übermittelten Angaben. Pauline verstarb 1951 als Witwe in Lingen/Ems und hinterließ eine Tochter, **Erna Hörth** geborene Jadischke, *1920 in Lienen, Kreis Tecklenburg. Das ist alles, was die Suchende über dieses Familienmitglied weiß. Deshalb ist sie an allen weitergehenden Informationen über den Lebenslauf von Pauline Jadischke interessiert, so an Angaben über den Geburtsort, über ihren Ehemann, über Ort und Datum der Eheschließung. Da wir alle Ortsangaben durch eigenes Nachfassen so gut wie möglich absichern, was bei den mehrmals umbenannten Orten manchmal sehr schwierig ist, mussten wir nun feststellen, dass ein Kirchdorf Assauen in Ostpreußen nicht aufzufinden war. Auch nicht in Westpreußen, wie ich zuerst vermutet hatte. Dafür entdeckten wir im Kreis Gerdauen ein Kirchdorf Assaunen und siehe da: Es fand sich auch ein Popowken, das 1938 in Neusobrosk umbenannt worden war. Nun können wir diese abgesicherten Angaben an unsere Ostpreußische Familie weitergeben, die der sehr interessierten Schreiberin, die sich über jede Nachricht freuen würde, mehr über den kleinen Ort aussagen. (Rita Jadischke-Kremer, Marienstraße 47 in 50825 Köln-Ehrenfeld.)

Da schließt sich der Suchwunsch von Herrn **Heiko Sperling** nahtlos an, denn er sucht ebenfalls Zeitzeugen, die seine Familiengeschichte transparenter machen könnten. Und auch in seinem Fall mussten zuerst einmal die angegebenen Ortsnamen richtiggestellt werden. Es geht um das im Kreis Angerburg gelegene Eszerischken, das 1938 in Schönfels umbenannt wurde. Herr Sperling schreibt: „Mein Vater **Walter** Sperling, *31. Mai 1922, hatte vier Geschwister: **Magdalene**, **Anni**, **Rudi** und **Fritz**. Meine Großmutter war eine geborene **Urban**. Kann mir jemand einen Kontakt zu noch lebenden Familienmitgliedern vermitteln oder mir etwas über diese und den Heimatort meiner Vorfahren berichten?“ Das dürfte schwer sein, denn der zum Kirchspiel Trempen gehörende Ort Schönfels hatte knapp 170 Einwohner, die meisten werden auf dem Gut tätig gewesen sein. Vermutlich zog die Familie Sperling um 1938 in das nahegelegene Abscherningken, das in jenem Jahr in Dachshausen umbenannt wurde, so dass man auch die ehemaligen Bewohner dieses Ortes in den möglichen Informantenkreis mit einbeziehen muss. Leider hat Herr Sperling trotz unserer Nachfragen keine nähere Anschrift angegeben, so dass wir nur seine E-Mail-Adresse angeben können: KOMTUREI59@gmx.de

Noch knapper sind die Angaben, die Diakonisse **Anneliese Schulz** aus Lemförde zu einer Suche nach einer Familie aus dem Heimatkreis ihrer Mutter macht. Dafür konnte sie uns die Kopie eines leider nicht zur Veröffentlichung geeigneten Fotos übermitteln, auf dem die gesuchte Familie **Franz Löwske** aus Pannwitz, Kreis Heiligenbeil abgebildet ist. Es zeigt ein junges Ehepaar mit einem etwa vierjährigen Jungen und einem sechs bis acht Monate alten Baby, das die Mutter auf dem Schoß hält. Weiter ist auf dem Foto eine ältere Dame zu sehen, die wahrscheinlich die Großmutter der Kinder ist. Franz Löwske war Melker, das Gut, auf dem er tätig war, lag östlich des Frischen Haffes und gehörte zur Gemeinde Grünwiese im Kirchspiel Bladiau. Da der Kreis der möglichen Informanten aus Pannwitz ja auf das Gut beschränkt und dadurch sehr klein ist, könnten vielleicht ehemalige Bewohner von Grünwiese oder Bladiau Auskunft über die Familie Löwske geben. Falls diese sich nicht selber meldet, was natürlich besonders die Mutter von Anneliese Schulz erfreuen würde. (Diakonisse Anneliese Schulz, Hauptstraße 167 in 49448 Lemförde, E-Mail: Sr.Anneliese@gmx.de)

Zuerst beginnt das Schreiben von Herrn **Paul Wernitz** aus Tschernitz wie ein Reisebericht über das nördliche Ostpreußen – und das ist er eigentlich auch, denn der nicht in unserer Heimat Geborene ist durch seine Fahrrad-Touren so mit dem Land vertraut geworden, dass er versteht, warum man dieses Land einfach lieben muss. Wie seine Frau, die in Insterburg geboren wurde und für die er die in dem Brief enthaltene Frage stellt. Diese bezieht sich auf Insterburg, das der fast 72-Jährige im vergangenen Jahr leider ohne seine Frau besuchte. Paul Wernitz schreibt:

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

„Meine Frau, eine geborene **Freyer**, wohnte in der Immelmannstraße 21, heute wohl aus dem Russischen übersetzt ‚Straße des Sieges‘. Ein Freund hatte Vorarbeit geleistet, damit ich das richtige Haus finden konnte. Die Bebauung schien an dieser Straße sehr lückenhaft zu sein, nach der Meinung meines Freundes ist aus der Nr. 21 eine 44 geworden. Leider existiert von dem Haus kein Foto mehr, und meine Frau war damals noch zu klein, um sich erinnern zu können. Einen ausführlichen Bericht über diese Reise verfasste ich für den ‚Insterburger Brief‘, die Resonanz war erstaunlich. Eine über 90 Jahre alte Leserin, eine entfernte Verwandte meiner Frau, hatte bereits erfolgreich Ahnenforschung betrieben. So erfuhren wir, dass eine Familienseite von den Salzburger Glaubensflüchtlingen abstammt. Die Großeltern meiner Frau väterlicherseits wollten nicht flüchten, über ihr Schicksal ist nichts bekannt. Ein Ostpreuße, der heute in Hamburg lebt, glaubt zu wissen, dass die Großeltern auf einer Kolchose in einem Schweinestall leben mussten und verhungert sind. Nun hoffen wir, dass es *PAZ*-Leser gibt, die alte Fotos von der Immelmannstraße besitzen und uns Kopien schicken könnten.“

Neue Fotos mit Schnappschüssen aus dem heutigen Insterburg, das er aufgrund der vielen Mütter mit kleinen Kindern als „junge Stadt“ empfindet, fügte Herr Wernitz seinem Schreiben bei. Sie zeigen sichtbar Spuren der deutschen Vergangenheit wie der alte Mülleimer, den die Stadt Insterburg 1935 anfertigen ließ und der anscheinend noch heute im Gebrauch ist. Und an einer bröckelnden Hausmauer entdeckte er auf weißer Pappe den plakativ geschriebenen Satz „Preußen lebt für immer und ewig!“ Für die außergewöhnlichen Fotos und für die Hommage an Ostpreußen, die aus seinem Schreiben spürbar ist, sagen wir Herrn Wernitz unseren herzlichen Dank. (Paul Wernitz, Cottbusser Straße 2a in 03130 Tschernitz.)

Ein Angebot für unsere schlesischen Freunde: Herr **Frank Schneidewind** aus Olpe hat uns eine Wanderkarte überlassen, die nicht nur Naturfreunde, sondern vor allem die ehemaligen Bewohner des Glatzer Berglandes interessieren wird. Es handelt sich um eine Originalkarte, die von der Preußischen Landesaufnahme 1921 herausgegeben wurde, erschienen im Verlag des Reichsamts für Landesaufnahme Berlin NW, Kronprinzenufer 15–16. Die große Karte zeigt im Maßstab 1:100 000 das Glatzer Bergland von Peilau bis Senftenberg, von Nachod bis Weißwasser, um nur einige Eckpunkte zu nennen. Interessant ist der Vermerk auf dem Deckblatt: Alleinige amtliche Vertriebsstelle für Ostpreußen, Buchhandlung Gräfe & Unzer, Königsberg i.Pr. Paradeplatz 6. Vielleicht ist die Wanderkarte ja dort erstanden worden. Wer Interesse hat: Bitte melden!

Und dann noch eine ganz spezielle Frage, die Frau **Irene Schellstede** stellt: „Ist jede wurzelechte ostpreußische Sauerkirsche eine Bierkirsche oder sind nur ganz bestimmte wurzelechte ostpreußische Sauerkirschen Bierkirschen? Bis jetzt ist es mir nicht gelungen, in der Obstliteratur oder Befragung einiger Ostpreußen herauszufinden, woran man eine Bierkirsche erkennt!“ Na, da wird unsere Familie schon auf den (Kirsch)-Kern der Sache kommen! (Irene Schellstede, Lindenallee 7 in 06449 Schackenthal.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Suche nach einem frühen Ölbild von Käthe Kollwitz

Gerettet aus dem Rautenberg-Haus in Rauschen – Wo blieb es?

Die deutsche Kunstszene hat mit dem spektakulären Bilderfund in München ihre Sensation, die sie noch lange Zeit aufgrund der ungeklärten Besitzverhältnisse beschäftigen wird. Aber auch das bewahrte ostpreußische Kunstschaffen ist immer für Überraschungen gut, und so können wir uns heute mit einem Werk beschäftigen, das nur wenigen Kunstexperten bekannt sein dürfte – wenn überhaupt. Es handelt sich um das wahrscheinlich einzige Ölbild der Malerin, Graphikerin und Bildhauerin **Käthe Kollwitz**. Und deshalb kann man schon von einem außergewöhnlichen Werk sprechen, dessen Entdeckung für manchen Kunstfreund eine kleine Sensation bedeutet. Wie für mich, als ich das Schreiben von Herrn **Alfred Wegewitz** aus Fürstenwalde erhielt, der bewirkt hatte, dass das vor der Vernichtung oder Plünderung gerettete Ölbild wieder in die richtigen Hände gelangte, und nun nach einer Kopie des wohl einmaligen Jugendwerkes der großen Königsbergerin sucht.

In ihre Heimatstadt führen auch die Spuren zurück, die Herr Wegewitz bis zu den künstlerischen Anfängen der 1867 in Königsberg geborenen Tochter des jur. Referendars **Carl Schmidt** verfolgen kann. Die Familie Schmidt besaß ein Sommerhaus im Ostseebad Rauschen und Käthe, die eine geradezu schwärmerische Liebe zur „samländischen See“ hatte, teilte diese mit der gleichaltrigen Tochter des benachbarten Ehepaares **Rautenberg**. Die Freundin stand 1886 der damals 19-jährigen Künstlerin Modell zu einem Ölbild, das in dem Wohnzimmer des Rautenbergschen Hauses in Rauschen seinen Platz fand. Dort hing es bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und galt nach dem Russeneinfall als vernichtet oder geraubt. Es fragte auch niemand danach, denn die Angehörigen der Familie Rautenberg waren nach der Flucht über ganz Deutschland verstreut, einige waren nach Südamerika ausgewandert. Alle Rautenbergs waren sich damals einig, dass der Besitz in Rauschen unwiederbringlich verloren gegangen sei.

Es geschah an einem grauen Nebeltag im Jahr 1956, als ein Enkel der von Käthe Kollwitz abgebildeten jungen Frau die Galerie Moritzburg besuchte. Dr. Rautenberg, damals Chirurg am Kreiskrankenhaus Beeskow, hatte einen Fortbildungskurs in Halle genutzt, um sich die Arbeiten der im April 1945 in Moritzburg verstorbenen Käthe Kollwitz anzusehen. Zu seiner Überraschung entdeckte er darunter das verschwunden geglaubte Porträt seiner Großmutter. Bei seiner Nachfrage erfuhr er, dass es sich um die Leihgabe eines in einem Quedlinburger Altersheim lebenden Künstlers handelte, der das Bild unbefristet gegen eine monatliche Zahlung übergeben hatte. Was nun begann, war ein Tauziehen um das Bild, denn jede Seite beanspruchte es für sich. Der alternde Künstler behauptete, das Bild noch vor dem Russeneinfall aus dem verlassenen Haus in Rauschen gerettet zu haben, da er von früheren Besuchen den ideellen Wert des Werkes einzuschätzen wusste. Er hätte es als herrenloses Gut aus dem Rahmen geschnitten und nach Quedlinburg mitgenommen. Nach Kriegsende hätte er es, um seine Altersversorgung aufzubessern, der Galerie Moritzburg mit dem bereits erwähnten Leihvertrag überlassen.

Nun kommt Rechtsanwalt Alfred Wegewitz ins Spiel, der von der Erbengemeinschaft Rautenberg beauftragt wurde, die Herausgabe des Bildes zu erreichen, was ihm auch letztendlich gelang. Es war für den Anwalt sehr schwierig, die juristisch klare Rechtsposition durchzusetzen, weil von dem alten Herrn argumentiert wurde, dass ohne sein Handeln das Bild wahrscheinlich so oder so verloren gegangen wäre. Man einigte sich schließlich auf einen Vergleich: Dem alten Herrn sollten die Zahlungsrechte aus dem Leihvertrag lebenslang erhalten bleiben, während der Herausgabeanspruch gegen die Galerie ab sofort an die Erbengemeinschaft übergehen sollte. Man schied ohne Groll voneinander. Als der alte Herr verstarb, kündigte Dr. Rautenberg den Leihvertrag mit der Galerie Moritzburg und holte das Bild ab. Der Chirurg ging um das Jahr 1960 in die Bundesrepublik. Das Ölgemälde der Käthe Kollwitz ist seitdem aus dem Blickwinkel von Herrn Wegewitz verschwunden. Der Jurist, der sich heute mit regionalgeschichtlichen Themen befasst, sucht nun dringend eine Kopie des Bildes, fand aber bisher keinen ehemaligen Miterben. Deshalb wendet sich Herr Wegewitz aufgrund eines Hinweises, den ihm der derzeitige Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, **E. C. Rautenberg**, gab, an uns mit der Frage: Wo befindet sich jetzt dieses vermutlich einzige Kollwitz-Ölbild, und wäre es möglich, eine Kopie zu bekommen? Wenn unsere Ostpreußische Familie fündig werden sollte, hätten auch wir einen Wunsch: eine Kopie von der Kopie! (Alfred Wegewitz, Weinbergsgrund 8 in 15517 Fürstenwalde/Spree, Telefon 03361/32557, E-Mail: alfred.wegewitz@gmx.de) *R.G.*



ZUM 100. GEBURTSTAG

Papies, Eva, geb. **Radtke**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Makarowski, Klaus, aus Lyck, am 12. Dezember
Rieck, Hildegard, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 8. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kempf, Ruth, geb. **Lukas**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 12. Dezember
Welz, Elise, aus Pillau, Kreis Samland, am 11. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gerigk, Else, aus Santoppen, Kreis Rössel, am 27. Oktober
Reimann, Gertrud, geb. **Joppin**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 10. Dezember
Rohrberg, Wilhelm, aus Kreis Preußisch Eylau, am 8. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Engling, Luzia, am 13. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kohnert, Eva, geb. **Beutler**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brozio, Gertrud, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Fritz, Marta, geb. **Klimmek**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 10. Dezember
Kosubek, Ruth, geb. **Reimann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 7. Dezember
Radke, Ilse, geb. **Knischewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Denicke, Frieda, geb. **Bogdahn**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 8. Dezember
Gruhn, Gerda, geb. **Keiluweit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Heidrich, Margarete, geb. **Hofer**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Hentschel, Annemarie, aus Lyck, Hindenburgstraße 48, am 13. Dezember
Martin, Emilie, geb. **Rudel**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Meinhold, Hildegard, geb. **Schröder**, aus Treuburg, am 11. Dezember
Niggenaber-Jansen, Erna, geb. **Gutsch**, aus Mandtkeim, Kreis Samland, am 12. Dezember
Walden, Lothar aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 10. Dezember
Wilhelm, Liesbeth, geb. **Schellong**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Zech, Betty, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 9. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dlugokinski, Käte, aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember
Goetzmann, Hedwig, geb. **Stephan**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Herrmann, Helmuth, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Krause, Anna, geb. **Gusek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Lyß, Elfriede, geb. **Schwedt**, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Schmidt, Gerda, geb. **Gerwien**, aus Peyse, Kreis Samland, am 9. Dezember
Suhr, Paul, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 9. Dezember
Tulowitzki, Fritz, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 11. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boehm, Ilsegret, geb. **Neumann**, aus Insterburg, und Lötzen, am 7. Dezember
Both, Anneliese, geb. **Jordan**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 12. Dezember
Chilla, Christel, geb. **Will**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 9. Dezember
Grau, Elsa, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Jung, Katharina, geb. **Hillbrunner**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Knorr, Helene, geb. **Szesny**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Maier, Emma, geb. **Blasko**, verwitwete **Szczesny**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 12. Dezember
Nieber, Werner, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Pauleit, Erika, geb. **Tomoschat**, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Podehl, Elisabeth, geb. **Bandilla**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Pudlas, Reinhard, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Reihs, Ewald, aus Neidenburg, am 7. Dezember
Seifert, Elisabeth, geb. **Birnbacher**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 10. Dezember
Stumpf, Charlotte, geb. **Conrad**, aus Mandtkeim, Kreis Samland, am 7. Dezember
Tennert, Herta, geb. **Kullack**, aus Mertenheim, Kreis Lötzen, am 10. Dezember
Zarbock, Charlotte, geb. **Wengel**, aus Grunau, Abbau Behlenhof, Kreis Heiligenbeil, am 9. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borbe, Erne, geb. **Neumann**, aus Tykrehnen, Kreis Samland, am 10. Dezember
Ebert, Christel, geb. **Koriat**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 7. Dezember
Gollnow, Helwig, geb. **Stach**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 11. Dezember
Gruber, Edeltraud, geb. **Klipp**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 7. Dezember
Koch, Erna, geb. **Warias**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Lipke, Willi, aus Rauschen, Kreis Samland, am 7. Dezember
Lohmann, Ruth, geb. **Matschuk**, aus Wehlau, Pfleger Kolonie 8, am 7. Dezember
Maifeld, Else, geb. **Malinowski**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 11. Dezember
Nissen, Ingrid, geb. **Liedtke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Pietrass, Frieda, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Roeder, Hellmuth, aus Neidenburg, am 11. Dezember
Sundermann, Emmy, geb. **Mosdzen**, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Voigt, Helmut, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Werner, Erika, geb. **Böhm**, aus Jürkendorf/Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 11. Dezember
Westermann, Gertrud, geb. **Walendy**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 10. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baumgardt, Walter, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Böttcher, Helmut, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Dzykonski, Bruno, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 13. Dezember
Fürstner, Elfriede, geb. **Demant**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Haubold, Frieda, geb. **Czernitzki**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Klocke, Gertrud, geb. **Blaedtke**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 11. Dezember
Krupinski, Hildegard, geb. **Sambill**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Laddach, Egon, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Lipke, Gerhard, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 10. Dezember
Ludwig, Irmgard, geb. **Krüger**, aus Auer, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Lüders, Erna, aus Gudden, Kreis Pogegen, am 13. Dezember
Mankau, Günther, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember
Moll, Heiner, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 12. Dezember
Neumann, Siegfried, aus Neuhausen, Kreis Samland, am 12. Dezember
Pörschke, Ernst, aus Schönballen, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Scharmacher, Christine, geb. **Brügge**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 11. Dezember
Schönicke, Hanna, geb. **Meier**, aus Tapiau, Schleusenstraße 1, Kreis Wehlau, am 11. Dezember
Steinbrücker, Klaus, aus Allenburg, Herrenstraße 138, Kreis Wehlau, am 8. Dezember
Tietz, Wolfgang, aus Wehlau, Kleine Vorstadt 11, am 7. Dezember
Tobien, Karl-Heinz, aus Neuendorf, Lieblacken Waldarbeitergehöft, Kreis Wehlau, am 10. Dezember
Ulrich, Luise, geb. **Poewe**, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Weber, Alfred, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Wischollek, Erich, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Wiwianka, Kurt, aus Ortelsburg, am 7. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Borowski, Elfriede, geb. **Schulz**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Borowy, Manfred, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Cymek, Emma, geb. **Stoppa**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Daudert, Kurt, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Derendorf, Walter, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Diedrich, Marga, geb. **Kutzorra**, aus Groß Allendorf, Carlswalde, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Genee, Elisabeth, geb. **Genee**, aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 7. Dezember
Giese, Christel, geb. **Moritz**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Gudat, Hildegard, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 7. Dezember
Hamann, Klaus, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Jedamzik, Helmut, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 8. Dezember
Kalusche, Christel, geb. **Liss**, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Keuter, Gerda, geb. **Frischmuth**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kiesewetter, Inge, geb. **Langanke**, aus Paterswalde, Paterswalde Mitte, Kreis Wehlau, am 10. Dezember
Kledtke, Ingeborg, geb. **Spiewak**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember
Knoberg, Martin, aus Walden, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Knoke, Waltraud, geb. **Reich**, aus Schwengels, OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 8. Dezember
Knost, Renate, geb. **Schmiegel**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Kuhn, Anna-Luise, geb. **Marschang**, aus Schalben, Kreis Samland, am 9. Dezember
Laddach, Egon, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Legat, Prof. Wilfried, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Lindemann, Manfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Meyer, Loni, geb. **Petrick** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Riehl, Dora, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Roese, Fritz, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 10. Dezember
Schrader, Heinz, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Stannehl, Horst, aus Nickelsdorf, Waldsiedlung, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Steinbacher, Fritz, aus Walddorf, Kreis Schloßberg, am 28. November
Turowski, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bähr, Christel, geb. **Niederstrasser**, aus Treuburg, am 12. Dezember
Ellwanger, Brigitte, geb. **Ellwanger**, aus Tapiau, Memellandstraße 43, Kreis Wehlau, am 8. Dezember
Godlinski, Heinz, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember
Grube, Rosa, geb. **Walzner**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 11. Dezember
Hofmann, Günter, aus Buchholz, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Dezember
Holzäpfel, Christel, geb. **Belusa**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Hudaff, Margarete, geb. **Bosk**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Hundrieser, Dietmar, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 10. Dezember
Jonischkeit, Rudi, aus Kalk-Kumehnen, Kreis Samland, am 10. Dezember



Lattemann, Ute, geb. **Lüdtke**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Nowak, Inge, geb. **Lamprecht**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 7. Dezember
Ohlberg, Ingrid, geb. **Loewner**, aus Klein Drebnau, Kreis Samland, am 8. Dezember

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 7. Dezember, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Gesichter Europas. Vergessen im Land der Steine. Armenien, ein Vierteljahrhundert nach dem großen Erdbeben.
SONNABEND, 7. Dezember, 17.15 Uhr, Phoenix: Als der Osten noch Heimat war.
SONNABEND, 7. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Luftbrücke. TV-Doku, D 2005.
SONNTAG, 8. Dezember, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 8. Dezember, 12.45 Uhr, NDR: Winterreise durch Ostpreußen.
SONNTAG, 8. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Versailles – Der Traum eines Königs. TV-Doku, F 2009.
SONNTAG, 8. Dezember, 23.05 Uhr, MDR: Inside Weißrussland – Die letzte Diktatur Europas. Doku.
MONTAG, 9. Dezember, 15.15 Uhr, NDR: **Winter in Ostpreußens Zauberwald.**
MONTAG, 9. Dezember, 22.50 Uhr, MDR: **Die Flucht** (1/2). TV-Historiendrama mit Maria Furtwängler. D 2007.
MONTAG, 9. Dezember, 23.25 Uhr, 3sat: Wir Kriegskinder. Wie die Angst in uns weiterlebt. Doku, D 2013.
MONTAG, 9. Dezember, 23.35 Uhr, ARD: Auschwitz vor Gericht. Doku (2013) über das größte Gerichtsverfahren der deutschen Rechtsgeschichte 1963.
DIENSTAG, 10. Dezember, 13.15 Uhr, 3sat: Die Deutschen II. Geschichtsdoku.
DIENSTAG, 10. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Willy Brandt – Erinnerungen an ein Politikerleben. Doku.
DIENSTAG, 10. Dezember, 20.15 Uhr, ZDF: Frauen, die Geschichte machten: Katharina die Große.
DIENSTAG, 10. Dezember, 21.50 Uhr, Arte: Schmidt und Giscard d'Estaing – Eine Männerfreundschaft. Doku.
DIENSTAG, 10. Dezember, 23.15 Uhr, RBB: Berlin wie es war. „Spree-Athen" in den Jahren 1938/1939. Doku.
MITTWOCH, 11. Dezember, 14.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen II (8–10). Doku.
MITTWOCH, 11. Dezember, 21.45 Uhr, Arte: Kiekegaard – Gefährliche Gedanken. Doku über den Wegbereiter der Existenzphilosophie.
MITTWOCH, 11. Dezember, 21.45 Uhr, Phoenix: Was ist los mit der Türkei?
DONNERSTAG, 12. Dezember, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 150 Jahren: Der norwegische Maler und Grafiker Edvard Munch wurde geboren.
DONNERSTAG, 12. Dezember, 15.15 Uhr, NDR: Weihnachten im Böhmerwald.
DONNERSTAG, 12. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Dostojewskij (4+5/7). Dramaserie.
DONNERSTAG, 12. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Geheimnis der Hindenburg.
DONNERSTAG, 12. Dezember, 22.40 Uhr, MDR: Weihnachten in Siebenbürgen.
FREITAG, 13. Dezember, 21 Uhr, WDR: Der Vorkoster. Spekulatius, Stollen und Printen – wie gut ist unser Weihnachtsgebäck?
FREITAG, 13. Dezember, 23.15 Uhr, WDR: Die lange Willy Brandt Nacht. Porträt.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel. (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 5. bis Sonntag, 8. Dezember: Adventstreffen der ostpreußischen Jugend in Osterode/Ostpreußen. Das vollständige Einladungsschreiben mit weiteren Informationen ist unter www.junge-ostpreussen.de zu finden. Auskünfte und Anmeldung bei BJO-Geschäftsführer Raphael Schmelter unter kontakt@junge-ostpreussen.de oder Telefon/Fax: 0049 (2451) 912926. – Sonntag, 29. Dezember 2013 bis Donnerstag, 2. Januar 2014: BJO-Silvesterfeier in Danzig. Das vollständige Einladungsschreiben mit weiteren Informationen ist unter www.junge-ostpreussen.de einzusehen.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Zarko: Adventsfeier. Kuchen kann mitgebracht werden.

Ludwigsburg – Donnerstag, 19. Dezember, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Vorweihnachtsfeier.

Reutlingen – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Weihnachtsfeier. Der Posaunenchor Wannweil unter der Leitung von Rudi Reiser wird die Teilnehmer mit weihnachtlichen Weisen festlich einstimmen. Die Landesvorsitzende Uta Lüttich hat ihr Kommen zugesagt. Peter Jermann bereitet einen Bildervortrag vor unter dem Motto: „Winterlandschaft und Weihnachten in der verlorenen, unvergessenen Heimat Ostpreußen vom Ostseestrand bis Masuren“. Weitere Vorträge von Hildegard Zeiss werden zur Unterhaltung beitragen. Der Weihnachtsmann wird hoffentlich auch den Weg zur Veranstaltung finden. Der Vorstand lädt alle Landsleute und Gäste aus nah und fern ein.

Stuttgart – Dienstag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal, Schloßstraße 92: Die Frauengruppe trifft sich zu einer ostpreußischen Vorweihnachtsfeier mit Grabbelsack, Lesungen, Gedichten und Gesang. Gäste sind herzlich willkommen. – Freitag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Adventsfeier der Landsmannschaft Westpreußen mit dem Trio Peter Jurèwitz und festlichem Programm. Gäste sind herzlich willkommen



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 15. Dezember, 16 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Gunzenhausen: Weihnachtsfeier mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 14. Dezember, 17 Uhr, Orangerie: Weihnachtsfeier. Mit Musik. Liedern und Geschichten aus der Heimat möchte sich die Gruppe auf das kommende Weihnachtsfest einstimmen. Bücher, Kalender, CDs und Marzipan werden angeboten.

Bamberg – Mittwoch, 18. Dezember, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße 7 (Nebenzimmer): Vorweihnachtliche Feier. Texte und Erinnerungen an ostpreußische Weihnachten.

Hof – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr: Adventsnachmittag. Gäste sind herzlich willkommen.

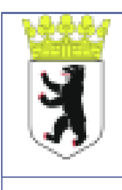
Ingolstadt – Sonntag, 15. Dezember, 13 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Adventsfeier.

Kitzingen – Freitag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Gaststätte Deutscher Kaiser: Vorweihnachtliche Feier mit Beiträgen der Mitglieder. Besinnliche Stunden mit musikalischer Umrahmung durch Lm. Günter Schmidt.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Starnberg – Sonnabend, 8. Dezember: Adventsfeier.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. – 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst. – Sonntag, 8. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Adventsfeier der Sudentendeutschen Landsmannschaft. Gäste sind herzlich willkommen. – 15. Dezember, Ulmer Stuben, 14 Uhr, Weihnachtsfest der Ost- und Westpreußen. Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen und der Chor Alexander Diehl tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Leckerei. Über zahlreiches Erscheinen von Mitgliedern und Gästen würden sich die Organisatoren freuen. Zu Weihnachten werden Königsberger Marzipan und Lebkuchen in kleineren Mengen vorbereitet. Bestellungen nimmt Frau Jahnke entgegen.

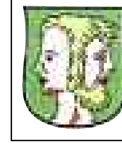


BERLIN

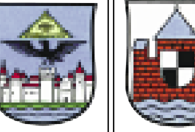
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



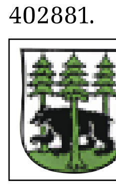
Bartenstein – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



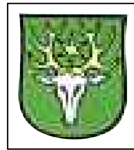
Lyck – Sonnabend, 7. Dezember, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, am Rathaus 9, 10825 Berlin: Adventsfeier. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.




Tilsit-Ragnit/ Tilsit-Stadt – Sonnabend, 7. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 402881.



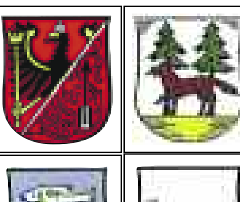
Rastenburg – Sonntag, 8. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



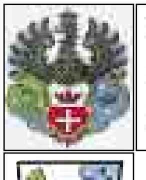
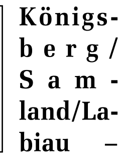
Wehlau – Sonntag, 8. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Frauengruppe – Mittwoch, 11. Dezember, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen/ Johannisburg/ Lötzen/ Sensburg – Dienstag, 17. Dezember, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Adventsfeier. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andras Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.


Königsberg/ Samland/Labiau – Mittwoch, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Die *PAZ* wünscht allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Vorweihnachtszeit sowie einen friedlichen und gesegneten zweiten Advent!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim Bad Pyrmont

Vom 19. Dezember 2013 bis 2. Januar 2014 bietet das Ostheim eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen, der Gymnastik oder Diameditationen nach dem Frühstück, über kleine Spaziergänge, einem ostpreußischen Filmabend, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel findet wohl jeder Gast bei echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und genießen ein.

Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen – diese bitte nur schriftlich – richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Popp, Christel, geb. **Czekay**, aus Tapiau, Bussweg 12, Kreis Wehlau, am 12. Dezember

Roeder, Vera, geb. **Stobbe**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember

Schirmacher, Käte, geb. **Schirmacher**, aus Warnien, Klein Warnien, Kreis Wehlau, am 13. Dezember

Schlosser, Rudi, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember

Suhr, Erich, aus Kompehnen, Kreis Samland, am 11. Dezember



Kochanski, Dieter, und Frau Ellen, geb. **Pfaff**, aus Johannisburg, am 11. Dezember



Streit, Arno, aus Franzrode, Kreis Labiau, und Ehefrau Irmgard, geb. **Pick**, aus Schonsee, Kreis Briesen, am 12. Dezember



Lenz, Eugen, und Ehefrau Irmgard, geb. **Wengel**, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 16. November



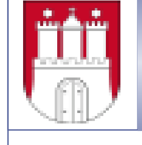
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Bremen –Sonntag, 8. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen: West-, Ostpreußische Adventsfeier. Die Adventsandacht hält Pfarrer i. R. Peter Schramm, früher Lilienthal. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt durch den „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt“. Die Gruppe möchte mit allen Teilnehmern harmonisch und besinnlich zusammenkommen, Lieder singen und sich an eigenen Darbietungen erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Um Anmeldung in der Geschäftsstelle wird ab sofort gebeten.

Bremen-Nord – 13. Dezember, 14.30 Uhr, Waldschmiede in Bekkedorf: Die LOW veranstaltet ihre diesjährige Weihnachtsfeier. Es wird ein Chor auftreten sowie die ostpreußische Mundart gepflegt. Weiterhin ist auch für das leibliche Wohl gesorgt. Der Kostenbeitrag für Nichtmitglieder beträgt 10 Euro, Mitglieder zahlen nichts. Anmeldungen ab sofort, jedoch spätestens bis zum 8. Dezember, unter folgenden Telefonnummern: (0421) 483424 oder (04296) 747701.

Bremerhaven – Freitag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Adventsfeier.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 14. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Einlass 13 Uhr, Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (Wandsbek). Parkplatz Quarree, Parkhaus P2: Adventsfeier der Landesgruppe. Durch die Feier führt Siegfried Grawitter vom Kulturreferat. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Landesgruppe Hamburg, Hartmut Klingbeutel. Der Ostpreußenchor unter der Leitung von Hanna Guzinski stimmt mit vorweihnachtlichen Liedern auf die Adventszeit ein. Im Programm gibt es einen Gumbinner: „Der Junge mit der Mundharmonika“ erfreut die Teilnehmer mit Weihnachtsliedern zum Mitsingen. Von 15 bis 15.45 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen. Lesungen von Weihnachtsgeschichten und kleinen Gedichten verzaubern und stimmen die Teilnehmer in Erwartung auf die schöne Adventszeit ein. (Mit U1 und Bussen sehr gut zu erreichen: Von U1 und Busbahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wenn Sie von der Wandsbeker Marktstraße den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal durchgehen, sehen Sie das Restaurant Lackemann. Die Gruppe freut sich auf Ihr Kommen: Siegried Grawitter, Evastraße 3 b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

KREISGRUPPE



Frauengruppe – Montag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Bergedorfer Schloss, Café la note: Adventsfeier „Wiehnachte is bald“ mit besinnlichen Geschichten, Gedichten und Liedern.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



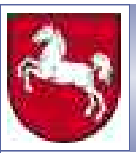
HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel findet die vorweihnachtliche Feier mit Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten mit musikalischer Umrahmung des Schuljahrgangs-Chors von Christian Keller aus Rödermark statt.

Kassel – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr: „Die Brieger Christnacht 1944“. Advents- und Vorweihnachtsfeier mit dem Singkreis Dorothea Deyß und Pfarrer i. R. Alfred Scherlies.

Wiesbaden – Dienstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier. Zu der Veranstaltung sind auch Gäste herzlich willkommen. – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Vorweihnachtliche Feier. Die Teilnehmer erwartet Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und Flötenspiel sowie einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal will die Gruppe auf das Weihnachtsfest einstimmen. Zur Kostendeckung der Weihnachtsfeier sind Spenden willkommen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 11. Dezember, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Vorweihnachtliches Beisammensein der Gruppe.

Helmstedt – Donnerstag, 12. Dezember, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Adventsfeier.

Hildesheim – Donnerstag, 12. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller: Adventsfeier. Wie in den Jahren zuvor wird Herr Markert mit dem Posaunenchor diese Adventsfeier in gewohnter feierliche Weise mitgestalten.

Oldenburg – Mittwoch, 11. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Adventsfeier mit einem Basartisch mitgebrachter Weihnachtsbäckereien und -basteleien. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 17. Dezember, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 12. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Adventliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat: (05751) 5386 oder rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 8. Dezember, 15 bis 16 Uhr, Stadthalle: Advents- und Vorweihnachtsfeier. Zu Beginn gemeinsames Kaffeetrinken. Ab 16 Uhr hat die Gruppe ein festliches Programm vorbereitet und würde sich freuen, Kinder und Enkelkinder begrüßen zu dürfen, um auch ihnen heimatliches Brauchtum zu vergegenwärtigen. Gäste sind stets willkommen. Der Eintritt ist frei.

Bielefeld – Donnerstag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt und Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 16. Dezember, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Weihnachtsfeier.

Düren – Mittwoch, 11. Dezember, 15 Uhr, HDO, Holz-Straße 7 A: Weihnachtliches Beisammensein.

Düsseldorf – Sonntag, 8. Dezember, 10 bis 16 Uhr, GHH/Raum 412, „Ostpreußen“, 4. Etage (Aufzug vorhanden): Ost- und mitteldeutscher Weihnachtsmarkt mit Ostpreußenstand. – Mittwoch, 11. Dezember, GHH/Raum 311 „Siebenbürger Sachsen“: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: „Weihnachten auf Hohen-Vietz“. Dr. Hajo Buch liest aus Theodor Fontanes Roman „Vor dem Sturm“ aus dem Winter 1812/13. Ein Abend mit Literatur und anderen adventlichen Genüssen. – Donnerstag, 12. Dezember, 19 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Konzert mit dem Malinconia-Ensemble Stuttgart, „Richard Wagner zum 200. Geburtstag“. – Freitag, 13. Dezember, 15 Uhr, (Einlass ab 14 Uhr): Weihnachtsfeier der Ostpreußen. – Sonnabend, 14. Dezember, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße, Dehrendorf: Gottesdienst für alle Landsmannschaften.

Ennepetal – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, Rosine: Weihnachtsfeier der Ostpreußen. – Donnerstag, 19. Dezember, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung. Letzte Veranstaltung der Ostpreußen in diesem Jahr mit belegten Broten, Kaffee und Kuchen. – **Gedenkstein der ostdeutschen Provinzen in Ennepetal** – Jährlich, zum Totensonntag trifft sich der BdV Ennepetal, mehrheitlich vertreten durch die Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Ennepetal, zu einer Gedenk- und Erinnerungsveranstaltung an ihrem Gedenkstein. Die Planungen für diesen Gedenkstein reichen bis in die fünfziger Jahre zurück. Seit Sonnabend, 23. September 1978, stand er in einer kleinen Grünanlage neben dem „Haus Ennepetal“ in der Gasstraße. Die Pflege der Grünanlage um den Gedenkstein wurde von der Stadt Ennepetal übernommen. Aufgrund bevorstehender Bauarbeiten wurde der BdV vom Bürgermeister der Stadt Ennepetal, Wilhelm Wiggenhagen, gebeten, den Gedenkstein zu versetzen. Er schlug einen schönen, zentral gelegenen Platz im Ortsteil Altenvoerde vor, der sofort die Zustimmung der Mandatsträger des BdV fand. Die Umsetzung des Gedenksteins, einschließlich seiner Reinigung, weiterer Nebenarbeiten und die Übernahme der Kosten, erfolgte durch die Stadt Ennepetal. Pünktlich zum Totensonntag, am 24. November konnte die Gruppe ihre Gedenkveranstaltung, vor großem Publikum, an der auch viele nicht-heimatvertriebene Ennepetaler Bürger teilnahmen, begehen. Zur Begrüßung sprach der Vorsitzende des BdV und der Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Ennepetal, Gerhard Sadlowski. Zur Historie des Gedenksteins sprach der Schriftführer Lothar Gräf. Bürgermeister Wilhelm Wiggenhagen sprach Grußworte der Stadt Ennepetal. Die Gedenkrede wurde von dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Pommern, Alfred Spruth, gehalten. Zum Abschluss wurde das Lied „Ich hatt‘ einen Kameraden“ von einem Tuba -und Trompetenspieler gespielt. Die Veranstaltung wurde allgemein als gut empfunden, vor allem auch das gute Einvernehmen mit der Verwaltungsspitze der Stadt Ennepetal. Die Gruppe hofft sehr, dass es so bleibt.

Essen – Freitag, 13. Dezember, 15 Uhr, Marienheim der katholischen Kirchengemeinde St. Maria Himmelfahrt: Advents- und Weihnachtsfeier. Gäste sind willkommen! Die Anschrift lautet: Marienheim, Schmitzstraße 8, 45143 Essen. Die Schmitzstraße ist in der Nähe der Kreuzung Altendorfer Straße/Helenenstraße und mit den Straßenbahnen 101, 103, 105, 106 und 109 gut zu erreichen.

Hemer – Sonnabend, 14. Dezember: Advent- und Vorweihnachtsveranstaltung der LOW.

Köln – Dienstag, 10. Dezember, 14 Uhr, Bürgerzentrum, Tempelstraße 41–43, Köln-Deutz: Die Ostpreußenrunde trifft sich zur Adventsfeier. Gebäck, Süßigkeiten und kleine Tischdekorationen können mitgebracht werden. Besonders aber wird um gute Laune und Gesangsbereitschaft gebeten.

Leverkusen – Sonnabend, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Herz-Jesu-Kirche, Wiesdorf, Marktplatz 1: Die LO feiert ihr traditionelles, heimatbezogenes Weihnachtsfest und lädt alle Mitglieder mit Familien, Freunden und Gästen herzlich ein. Kaffeetafel um 14.30 Uhr, Programmbeginn mit Krippenspiel, Chor und anderen Darbietungen um 15 Uhr. Kinder sind herzlich willkommen. Anmeldung erforderlich bei Anna Pelka, Telefon (0214) 95763. – Mittwoch, 11. Dezember, 14 Uhr, Haus Ratibor: Die Frauengruppe begeht ihr Weihnachtsfest mit einer festlichen Tafel und einem herzlichen Dankeschön der Leiterin Anna Pelka für das schöne und erfolg-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

reiche Jahr und die Treue der Mitglieder. Eingeladen wurde auch der Weihnachtsmann, der sehr gut vorbereitet ist und beim Danken helfen wird.

Lippe – Mittwoch, 11. Dezember, 15 Uhr, Detmold, Kleiner Festsaal: Adventsveranstaltung. Programm: Erklingen der Heimatglocken, Ansprache zum Advent von Pfarrer i.R. Gerhard Mörchel, Weihnachtliche Geschichten mit Christel Schrei und Dietlinde Silz sowie musikalische Vorträge des Ehepaars Schlingmann. Alle Ostpreußen und Freunde sind herzlich eingeladen.

Lüdenscheid – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, Haus der Landsmannschaften und Vereine, Sauerfelderstraße 27: Weihnachtsfeier der LO, zum ersten Mal im zuvor genannten Veranstaltungsraum. Anmeldungen bis zum 8. Dezember bei Jutta Scholz, Telefon (02351) 14548 und Rosemarie Biallas, Telefon (02351) 40720. Es wird ein festliches Programm geboten. Das geistliche Wort spricht Laienpredigerin Gesine Trester.

Mülheim – Dienstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Handelshof: Vorweihnachtliches Beisammensein.

Siegen – Die Kreisgruppe plant eine Teilnahme/Fahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen im Mai 2014 in Kassel und bittet um Voranmeldungen für die Omnibusfahrt. Bei genügend Interessenten findet eine Tagesfahrt statt, mit Zusteigemöglichkeiten im Raum Siegen-Olpe. Telefonische Auskunft erteilt der Vorsitzende unter Telefon (02738) 8847. Für das Jahr 2014 sind gemeinsame Veranstaltungen mit dem Bund der Vertriebenen, wie Wandertag, Tag der Heimat und andere geplant. Im Oktober dieses Jahres verstarb nach schwerer Krankheit die Schatzmeisterin der Kreisgruppe, Giesela Kölsch, (früher Friedland/Ostpreußen). Sie führte rund 20 Jahre die Gruppenkasse sehr sorgfältig. Die Gruppe ist ihr zu Dank verpflichtet. Ihre Nachfolge übernahm Gerlind Roth. Die Gruppe freut sich über ihre Aufgaben-Übernahme. Weiterhin können noch Wappenschilder (Fotokopien) der Heimatwappen vieler west- und ostpreußischer Städte bei Herrn Schwittay, Telefon (02359) 6001 gegen geringen Betrag bestellt werden. Für die Weihnachtszeit werden einige Paketsendungen an alte und kranke Landsleute in die Heimatgebiete verschickt. Die Kreisgruppe dankt der Königsberger Gruppe in Hamburg für die finanzielle Unterstützung der Sozialarbeit sowie auch der Bruderhilfe der LO und einiger Landesgruppen. Allen Jubilaren der letzten Zeit herzliche Glückwünsche und Wohlergehen für das neue Lebensjahr, stellvertretend sei Renate Schaffert (früher Danzig-Langfuhr) genannt. Die Vorweihnachts-Feier der Kreisgruppe findet am Sonntag, 12. Dezember um 14 Uhr, Bismarckhalle, Weidenau, Weidenauer Zimmer, statt mit heimatlichem Programm und Königsberger Marzipanverkauf sowie Verteilung von Heimatzeitungen.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: Diesjährige Weihnachtsfeier. In bekannter Weise sorgen die Organisatoren sowie die Wirtsleute für das leibliche Wohl bei Tannengrün und Kerzenschein. Für reichlich Kaffee und Kuchen wird ein Unkostenbetrag von 6 Euro pro Gedeck erbeten. Für eine besinnliche Andacht in der Vorweihnachtszeit konnte diesmal Kaplan Thomas Schlütter von der katholischen Kirchengemeinde in Dülken gewonnen werden. Wie immer sind Gäste gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

Wesel – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Weihnachtsfeier. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Für ein gemütliches Beisammensein stehen Kaffee und Kuchen zur Verfügung. Mit Darbietungen zur Weihnachtszeit werden gemeinsam ein paar besinnliche Stunden in der Adventszeit verbracht. Anmeldungen bis zum 5. Dezember bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder bei Ursula Paehr, Telefon (0281) 44262376.

Witten – Montag, 16. Dezember, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Weihnachtsfeier mit Singen und Musizieren.

Wuppertal – Sonntag, 15. Dezember, 14 Uhr Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: Adventsfeier.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

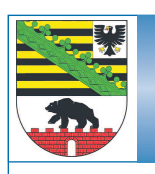
Mainz – Donnerstag, 19. Dezember, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Adventsfeier. Um Gaben für die Tombola wird gebeten.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Esche-Museum: Jahresabschlussveranstaltung. Die Landsleute der Kreisgruppe sind herzlich eingeladen und auch Gäste sind willkommen. „Das Bernsteinzimmer“ sowie Sitten und Brauchtum zur Weihnachtszeit in Ostpreußen werden an diesem Tag das Thema sein. Es ist auch hausgeschlachtete Wurst im Angebot.



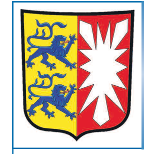
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 9. Dezember, 14 Uhr, Krötenhof: Weihnachtsfeier.

Gardelegen – Freitag, 13. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte Zum Krug, Weteritz: Weihnachtsfeier mit Programm.

Magdeburg – Sonntag, 8. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Weihnachtsfest. – Dienstag, 10. Dezember, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 11. Dezember, 14.30 Uhr, DRK-Haus, Lübecker Straße: Adventsfeier.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Die Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und Danzig trifft sich zu ihrer ostdeutschen Adventsfeier. Pastor Kark-Carlson wird besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest sprechen. Für die musikalische Umrahmung sorgt Kathrin Kark aus Landkirchen mit ihrer Flötengruppe. Eine festlich geschmückte Kaffeetafel, weihnachtliche Geschichten sowie Lieder werden außerdem die Mitglieder unterhalten. – **Königsberger Klopsessen** – Das traditionelle Königsberger Klopsessen der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig war auch in diesem Jahr ein voller Erfolg. Vor 28 Jahren wurde dieses von Ilse Meiske ins Leben gerufen und fand davon 25 Mal im Hotel Wisser statt. Über 80 Mitglieder und Gäste waren erschienen, um ein paar schöne Stunden im Kreise der Gruppe zu verbringen. Als Gäste begrüßte der Vorsitzende Jochen Gawehns die Ehrenvorsitzende Ilse Meiske, Bürgermeister Schmiedt, den Kreisvorsitzenden der LO Edwin Falk aus Eutin, den stellvertretenden Vorsitzenden der ostpreußischen Kulturstiftung und Vorstandsmitglied im Bundesvorstand der LO, Hubertus Hilgendorff, sowie die Vorsitzenden von Vereinen und Verbänden mit ihren Vorstandsmitgliedern. Zur musikalischen Unterhaltung des Abends spielte Burkhard Donath auf dem Keyboard, Tina Timm und Gisela Rinnbauer sorgten mit einem Sketch für gute Unterhaltung sowie Georg Baltrusch, der in Mundart lustige Anekdoten verlas. Susanne Skerra, Chefin des Hauses Wisser, ließ es sich nicht nehmen, Ilse Meiske für die 25-jährige Treue mit einem Blumenstrauß und einer Flasche Champagner zu danken. Über 700 Klopse wurden für diesen Abend hergestellt, die allen gut mundeten, ebenso der als „Nachtisch“ gereichte Pilkaller oder Bärenfang. Mit dem Fehmarn- und dem Ostpreußenlied endete dieser stimmungsvolle Abend.

Flensburg – Freitag, 13. Dezember, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Weihnachtsfeier in gemütlicher Runde mit Kaffeetafel, Lesungen und Liedern. Anmeldung bitte bis zum 9. Dezember bei W. Randes, Telefon (0461) 74816.

Neumünster – Sonnabend, 7. Dezember, ab 15 Uhr, Stadthalle (Galerie) am Kleinflecken: Vorweihnachtliche Feier und Ehrung langjähriger Mitglieder. Gäste sind willkommen. Anmeldung bitte bis zum 2. Dezember unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Adventsfeier mit musikalischer Umrahmung, ostpreußischen Geschichten, Gedichten und einer Kaffeetafel. Um Anmeldung wird gebeten bei Rosemarie Schmidt, Telefon (04101) 62667 oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Kunstband „Gertrud Lerbs-Bernecker“

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat noch Restexemplare des Werks von Peter Drahl über die ostpreußische Grafikerin Gertrud Lerbs-Bernecker, der eine Bedeutung als „zweite Kollwitz“ vorausgesagt wurde. Ihr in Königsberg geborener Patensohn Drahl gelang ein Werk, das aus der Reihe üblicher Künstlerbiografien hervorsticht. Denn Drahl hatte der jungen Künstlerin in Königsberg Modell gestanden. Mit der Herausgabe dieses Buches erfüllte er sich einen Lebenstraum. Es wurde ein umfangreiches Buch mit dem Abdruck von Grafiken, Gemälden der Künstlerin und Aufnahmen aus dem alten Königsberg, Kritiken, Dokumenten aus eigenem Familienbesitz und Briefwechsel, durch den auch ein Stück Zeitgeschichte transparent wird. *PAZ*

Bezug: Landsmannschaft Ostpreußen, Bundesgeschäftsstelle, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg gegen eine Spende von 10 Euro für die Bruderhilfe Ostpreußen.

Hoffnung für Kirche in Arnau

Walter T. Rix berichtet über die neuesten Entwicklungen zum Erhalt der Fresken

Die Fresken der St. Katharinenkirche in Arnau müssen gerettet werden! Die St. Katharinenkirche in Arnau muss in ihrer Einmaligkeit erhalten bleiben. Dieses Ziel verfolgt das Kuratorium Arnau e. V. unter seinem Vorsitzenden Dr. Walter T. Rix mit unnachahmlicher Ausdauer seit seiner Gründung.

Einen Einblick in die Aufbauarbeit und die Rückschläge beim Bemühen um die Erhaltung der St. Katharinenkirche in Arnau durch das Kuratorium Arnau gab Rix im Rahmen der Vortragsveranstaltung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V. Die St. Katharinenkirche in Arnau, unmittelbar vor den Toren Königsbergs, die zweitälteste Kirche des historischen Ordensgebietes, zeichnet sich durch ihre besondere Architektur sowie durch ihren für Europa einmaligen Heilsspiegel (Seculum humanae salvationis) aus. Die hohe Qualität der Wandmalereien ist in den gut erhaltenen Bereichen noch deutlich ablesbar. Eine in Stil und Qualität vergleichbare Darstellung des Heilsspiegels fand sich nur noch im Königsberger Dom, wo sie ein Opfer der Kriegsereignisse wurde. Damit erweist sich der Arnauer Heilsspiegel als einzigartig in Europa. Den Krieg unbeschadet überstanden, nach 1945 als Getreidespeicher genutzt, lief die Kirche als Opfer des Vandalismus Gefahr, 1992 als Halbruine abgerissen zu werden. Das Kuratorium Arnau setzte durch, dass die Kirche unter Denkmalschutz gestellt wurde, aber bis etwa 1996 waren auf russischer Seite weder Verständnis noch Interesse an der kulturhistorischen Bedeutung der Kirche vorhanden. Immerhin konnten in den nachfolgenden Jahren kleine Erfolge bei der Erhaltung der Kirche erzielt werden, ein Kooperationsvertrag mit dem Königsberger „Museum für Geschichte und Kunst“ machte die deutsche Seite zum gleichberechtigten Partner.



Gast beim Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum: Dr. Walter T. Rix (l.) mit Dr. Barbara Loeffke, Dr. Karsten Uffhausen und Horst Buschalsky (v.l.n.r.) Bild: B.L.

Leider schloss dann die russische Gebietsverwaltung ohne das Kuratorium zu informieren, 2010 einen Nutzungsvertrag mit der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK). Und so ist die Situation heute: Nach Auseinandersetzungen mit der Eparchie der Russisch-Orthodoxen Kirche, die sich durch das Jahr 2012 zogen, hat die ROK nunmehr in Verhandlungen, die das Kuratorium im April 2013 mit der ROK geführt hat, sich zu einer nach Ansicht des Kuratoriums tragfähigen Basis zur Zusammenarbeit bereiterklärt. Als Erfolg bezeichnete Dr. Rix, dass die St. Katharinenkirche zukünftig zwar sporadisch Gottesdiensten dienen soll, aber – und das ist das Entscheidende – das Kuratorium das Recht erhält, in der Kirche ein Museum einzurichten. In einem Kooperationsvertrag sind jedenfalls die Rechte, Pflichten und Ziele beider Parteien schon einmal festgelegt. Rix ging auch auf die für uns unvorstellbaren Schwierigkeiten ein, die mit der Durchführung der Bauarbeiten verbunden sind. Die ROK will zukünftig mit den vom Kuratorium benannten Fachkräften zusammenarbeiten.

Russisch-Orthodoxe Kirche endlich zur Kooperation bereit

Offensichtlich spielt die Einsicht über die bessere Qualifikation der deutschen Experten eine Rolle. So will sich die ROK um die Visa, den Transport, die Unterkunft und die Verpflegung der deutschen Arbeitskräfte kümmern. Sorgen bereitet dem Kuratorium vor allem der Zustand der kostbaren Fresken, insbesondere an der Nordwand. Hier muss schnell gehandelt werden, damit die noch vorhandenen Bereiche (etwa 40 Prozent) gerettet werden. Die vom Kuratorium beauftragte Restauratorin hat für die konservatorischen Notsicherungsmaßnahmen der Fresken zirka 140 000 Euro veranschlagt. Dabei würden für die am meisten gefährdete Nordwand 16 000 Euro benötigt. Alles muss weitgehend durch Spenden aufgebracht werden. Einen desolaten Eindruck macht auch der Friedhof um die Kirche herum. Die ständigen Vorhaltungen haben die orthodoxe Kirche schließlich dazu bewogen, ein über zwei Meter hohes westliches (also nicht orthodoxes!) Metallkreuz am Eingang zu errichten. Erfreulich ist, dass trotz des mangelhaften Zustands der Kirche, sie sich doch einer wachsenden Zahl russischer, litauischer und polnischer Touristen erfreuen kann, da die Zahl der spektakulären architektonischen Objekte in dem Gebiet begrenzt ist. Die Unterstützung der Arbeit und der Aktivitäten des Kuratoriums Arnau ist dem Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum - Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung seit Langem ein besonderes Anliegen. *B.L.*

Tränen der Pappeln

Forscher verfolgen den Weg des Bernsteins



Spätestens seit den „Jurassic Park“-Filmen ist das fossile Harz jedem ein Begriff. Fand sich doch dort in einem Bernsteinstück ein Insekt, in dessen Blut Genmaterial eines Dinosauriers vorhanden war. Auch ohne Hollywoods Ideen war Bernstein für die Menschen jedoch schon immer faszinierend. Schmuck, Heilmittel oder magischer Zauber: Der honiggelbe Naturstein beflügelt die Phantasie seit Jahrtausenden.

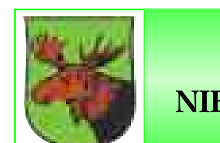
Als Phaeton, der Sohn des Helios, von einem von Zeus gesandten Blitz getötet wird, verwandeln sich seine Schwestern, die Heliaden, in ihrem Schmerz zu Pappeln, und ihre Tränen werden zu Bernstein. So der Mythos. Die echten Bernsteine sind zwar nicht von Pappeln, aber von Nadelbäumen „geweint“ worden. Und was mit diesen „Tränen“ im Laufe der Menschheitsgeschichte passierte, haben Dieter Quast, Mitarbeiter des Römisch-Germanischen Zentralmuseums Mainz, und Michael Erdrich, Lehrender an der Universität in Lublin/Polen, auf einem imaginären Weg durch die Bernsteinstraße aufgezeichnet. In einem im August erschienenen Sonderheft der Reihe „Zeitschrift Archäologie in Deutschland“ aus dem Konrad Theiss Verlag führen die Verfasser zusammen mit anderen Autoren Interessierte in das sagenumwobene Reich des Ostseegoldes.

Zunächst einmal lernt man, dass im Laufe der Jahrtausende zwar der größte Teil des Sonnensteins an den Küsten der Ostsee gesammelt wurde, er aber an einigen anderen Orten der Welt ebenfalls vorkommt. Im ersten Kapitel erfährt man etwas über die Entstehung, Vorkommen und die Gewinnung des Schmucksteines, um danach über die erste Nutzung und den folgenden lukrativen Massenhandel informiert zu werden. Bernstein war auch ein Luxus in der Römerzeit. Das Römische Reich hat große Mengen Bernstein importiert. Fesselnd ist die Erkenntnis, dass mithilfe moderner wissenschaftlicher Methoden eindeutig nachweisbar: Der größte Teil archäologischer Bernsteinfunde Europas und Vorderasiens stammt aus baltischen Lagerstätten. Wie, warum und wozu, auf welchen Wegen gelangte das kostbare Gut in den Mittelmeerraum? Wie kam baltischer Bernstein in das Grab einer chinesischen Prinzessin? Diese und viele weitere Fragen werden im Sonderheft spannend und anschaulich beantwortet. Zahlreiche Abbildungen herausragender Funde ergänzen den Weg des Lesers durch die faszinierende Welt der goldenen Göttertränen. *Silvia Friedrich*

***Dieter Quast und Michael Erdrich: „Die Bernsteinstraße“**, Sonderheft „Archäologie in Deutschland“, 112 Seiten mit rund 100 farbigen Abbildungen, 14,95 Euro*

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



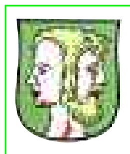
ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Flugreise im Mai 2014

Vom 19. bis 27. Mai 2014 findet eine Flugreise nach Ostpreußen mit Besuch des Kreises Elchniederung und des Samlandes unter Leitung von Dieter Wenskat statt, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Folgender Reiseverlauf ist vorgesehen: **19. Mai:** Linienflug mit Air Berlin von Berlin nach Königsberg, anschließend Busfahrt nach Tilsit und Unterkunft im Hotel „Rossija“. **20. Mai:** Rundfahrt mit Besichtigungsstopps über Insterburg, Führung durch das Gestüt Georgenburg, Besuch von Gumbinnen und Ragnit und zurück nach Tilsit. **21. Mai:** Ausflug in die Elchniederung südlich der Gilge. Dabei Besuch in Heinrichswalde, das dortige orthodoxe Kloster, Kreuzingen, Groß Friedrichsdorf und Gerhardsweide. Übernachtung in Tilsit. **22. Mai:** Besichtigungsfahrt durch die Elchniederung nördlich der Gilge mit Besuch von Kuckerneese, Jagdschloss Pait und Karkeln. **23. Mai:** Rundfahrt mit Besichtigungsstopps in Kreuzingen und Labiau mit Fahrt über die Adlerbrücke. Hier mündet die Deime in das Kurische Haff. Anschließend vorbei an Königsberg und auf der neuen Autobahn an die ostpreußische Ostseeküste bis nach Cranz. **24. Mai:** Tagesausflug durch das Samland mit Besuch des Bernsteintagebaus in Palmnicken. Anschließend Besuch von Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als Tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Besuch der dortigen Kriegsgräbergedenkstätte. **25. Mai:** Ausflug nach Königsberg mit Stadtrundfahrt. Am neuen Fischdorf Bootsfahrt auf dem Pregel an der Kneiphofinsel mit Dom entlang und bis zum Königsberger Hafen. **26. Mai:** Ganztägiger Ausflug auf die Kurische Nehrung mit Besuch der Vogelwarte (Feldstation Fringilla) bei Rossitten und Spaziergang auf die Epha-Düne, eine der größten noch frei wandernden Sandflächen der Nehrung. Neben dem Gruppenprogramm besteht natürlich an jedem Aufenthaltstag auch die Möglichkeit zu individuellen Unternehmungen, ein bewährter Taxiservice mit erfahrenen deutsch sprechenden Fahrern steht dafür bereit. **27. Mai:** Der Vormittag bleibt zur freien Verfügung. Gegen Mittag Bustransfer von Cranz zum Flughafen Königsberg und Rückflug mit Air Berlin nach Berlin-Tegel. Preis pro Person 985 Euro, Einzelzimmerzuschlag 160 Euro, russische Visagebühr pro Person 75 Euro. Genaue Reiseinformationen können angefordert werden bei Dieter Wenskat, Telefon (04121) 85501 oder bei Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

5. Lycker Treffen in Bremen

Zum fünften Mal trafen sich ehemalige Lycker Landsleute, die in Bremen und „umzu“ (wie es so schön auf bremisch heißt) wohnen sowie einige heimatinteressierte Landsleute aus weiterer Entfernung, am 14. November 2013 in Bremen, im Hotel „Zur Post“, das gleich schräg gegenüber des Bremer Hauptbahnhofes liegt. Organisator des Treffens ist Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken, Bezirksvertreter Lyck-Land und nunmehr auch als Mitglied des Lycker Kreistages. Alle interessierten Landsleute wurden schriftlich zum Bremer Treffen eingeladen. Auch im Ostpreußenblatt, der Bremer Tageszeitung, dem Weser-Kurier und im Hagen-Lycker Brief wird jeweils auf die Veranstaltung hingewiesen. Verbindlich angemeldet hatten sich für dieses Jahr 61 Personen. Wegen kurzfristiger Erkrankungen waren dann 45 Leute erschienen.

Um 14 Uhr eröffnete Wilhelm Norra das Bremer Treffen und hieß alle Landsleute sowie Gäste herzlich willkommen. Besonders begrüßen konnte er den in diesem Jahr von seinem Amt als 1. Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Lyck zurückgetretenen Lm. Gerd Bandilla, den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Angerburg, Kurt-Werner Sadowski, den neuen 2. Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Lyck, Dieter Czudnochowski, Heidi Mader, neue Kassenwartin, Orts- und Bezirksvertreterin von Stradaunen sowie Vorsitzende der Mittleren Generation mit ihrem Sohn Marc (Mitglied der Redaktion des Lycker Briefes), sowie den Vorsitzenden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Bremen, Heinrich Lohmann.

In seiner Eröffnungsrede fragte sich Wilhelm Norra, warum Politiker die Vertriebenen so gut wie nie erwähnen. Seiner Meinung nach hätten Politiker, etwa bei der Feierstunde zum „Tag der Deutschen Einheit“, diesem Glückstag für die Deutschen, im Bundestag doch wenigstens erwähnen können, dass man auch an diejenigen Menschen denken sollte, die ihre Heimat durch den Zweiten Weltkrieg für immer verloren haben.

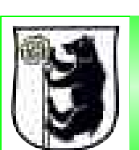
Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter von Angerburg, sprach ein kurzes Grußwort und kam dabei auch auf die Jahrestreffen der Angerburger in Rotenburg (Wümme) zu sprechen. Heidi Mader berichtete über die Aktivitäten der mittleren Generation und bat die Anwesenden, auch in ihrer Verwandtschaft die mittlere Generation zu werben. Ihr Sohn, Marc Mader, hatte in Vertretung für seinen Vater, Michael Mader, einen Büchertisch für den Verkauf ostpreußischer Bücher aufgebaut. Familie Mader ist Vorbild bei der Kreisgemeinschaft Lyck.

In einem kurzen Statement stellte sich Dieter Czudnochowski, neuer 2. Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Lyck vor, und Wilhelm Norra erklärte den Landsleuten, dass sie nunmehr auch den Landsmann sehen und hören würden, von dem sie die Glückwünsche zum Geburtstag bekämen. Ganz besonders freute sich Wilhelm Norra, dass Reinhard Donder zum Bremer Treffen kommen konnte. Bisher war dieser heimatverbundene Ostpreuße durch seine vielen anderen Aktivitäten daran verhindert. Von Reinhard Donder erfuhren die Anwesenden etwas über Sinn und Zweck der Familienforschung und hörten, dass Reinhard Donder auch im Jahre 2014 eine Busreise nach Lyck plant. Heinrich Lohmann, Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Bremen, berichtete über die vielen Zusammenkünfte, Lesungen, Vorträge, Reisen und Veranstaltungen, welche die Landsmannschaft in Bremen durchführt. Wilhelm Norra ermunterte die Landsleute, doch einmal auch nur als Gast an einer Veranstaltung, wie im Februar „Fleck und Königsberger Klopsessen“, Sommerausklang oder Weihnachtsfeier, teilzunehmen.

Bevor es um 16 Uhr Kaffee und Kuchen gab, kam es dann noch zu einem besonderen Höhepunkt. Gerd Bandilla wurde in diesem Jahr das „Verdienstkreuz am Bande“ verliehen. Dafür wurde er bereits beim Lycker Treffen in Hagen geehrt. Diese Ehrung wollte Wilhelm Norra Gerd Bandilla auch vor den Bremer Lyckern angedeihen lassen. Da wohl niemand die vielen Aktivitäten und Ämter, die Gerd Bandilla bei der Kreisgemeinschaft Lyck, bei der Landsmannschaft der Ostpreußen, bei Parteien und kommunalen Verbänden als Mitglied und oder als Vorstand hatte, auswendig aufzählen kann, verlas Wilhelm Norra einen Artikel, aus dem alles hervorging.

Für diese vielen aufopferungsvollen und arbeitsreichen Tätigkeiten bedankte sich Wilhelm Norra auch im Namen aller Anwesenden, und Gerd Bandilla wurde dafür mit großem Applaus belohnt. Als kleine Geste des Dankes überreichte Wilhelm Norra Gerd Bandilla ein Weingeschenk aus dem Bremer Ratskeller. Alle Teilnehmer erhielten ein Werbeexemplar „Preußische Allgemeine Zeitung – Das Ostpreußenblatt“. Diese Zeitung sollte man als Ostpreuße abonnieren, da daraus auch alle Termine und Veranstaltungen der Kreisgemeinschaften sowie der Landsmannschaften der einzelnen Bundesländer hervorgehen.

Einmütig war man der Meinung, es sollte ein weiteres Lycker Treffen in Bremen stattfinden. Und es findet statt am Donnerstag, 13. November 2014, wiederum im Hotel „Zur Post“ in Bremen um 14 Uhr. Personen, die daran teilnehmen möchten und im Jahr 2013 nicht dabei waren, werden gebeten, sich zu melden bei: Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 82 06 51.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@ online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Adventsfeier

Die Kreisgemeinschaft Rößel e.V. lädt alle Landsleute aus nah und fern zur diesjährigen Adventsfeier am 3. Adventssonntag, dem 15. Dezember, ganz herzlich ein. 14 Uhr, Kirche St. Marien, Marienkirchplatz 30 (gegenüber dem Bahnhof), Neuss: Heilige Messe. 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36 (fünf Gehminuten von der Kirche entfernt): Adventsfeier bei Kaffee und Kuchen.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kreistagswahlen

Der Wahlausschuss des Sensburger Kreistages gibt die Wahlliste für die Kreistagswahl 2014 bekannt. Es kandidieren für Aweyden: Gerd Sacknieß; Eich-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 20

Kreuzworträtsel

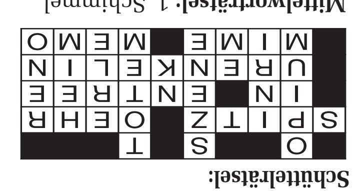
als eigenes Kind annehmen · früher: 9. Klasse des Gymnasiums · Zwangslage, Klemme · Wintersportdisziplin · Lotteriescheine ziehen · Teppichmaterial · ausschweifendes Gelage · englische Schulstadt · verlassen der Bühne · in viele Scherben zerbrechen · altrömische Mondgöttin · Freude; Sinnlichkeit, Verlangen · linker Nebenfluss der Fulda · poltern, rütteln · Wohnsitz · Hauptschlagader · altes Zeug, Trödel (ugs.) · auch, überdies · kleine Geldspende · Leid, Not · Zeitungsanzeige, Annonce · Nest des Eichhörnchens · Beseitigung von Abfällen · Zwischenzeit, -zustand · Landkartenwerk · fressen (Wild) · Bootsruder · student. Organisation (Abk.) · Gewebe mit Wellenmuster · Zweifel, Bedenken · fließende Elektrizität · deutsche Schriftstellerfamilie · Überzug; Deckschicht · kontra, anti · große Warenausstellung · Ausgleich, Entschädigung · japanischer Reiswein · Hanseschiff · Bruder d. Mutter oder des Vaters · sich in einen Text vertiefen · Abstreitender · schlechte Angewohnheit · antworten · Halbinsel der Ukraine · künstlicher Wasserlauf · weibl. griech. Sagengestalt · außerordentlich · adliger Krieger im Mittelalter · Tiefen-, Höhenmessgerät · griechische Kykladeninsel · Last-, Reittier der Wüste · Seemann · Kalifenname · Beste, Siegerin · tropische Frucht · höherer Schulabschluss · Vorgesetzter · aufgrund von, infolge · großes Transportschiff · germanischer Donnergott · ein Balte · Morast, Schlamm · heiteres musikal. Bühnenwerk · Klostervorsteher · Zinke, Spitze · Augendeckel · geflochtenes Hefegebäck · Pflanze mit ölhaltigen Samen · kostbar; menschlich vornehm · franz. Stadt an der Loire · Großraumwohnung (engl.) · Stadt in den Niederlanden · elektrischer Umspanner (Kzw.) · Ballsportart · Hubschrauberflügel · Werk von Homer · Auslese der Besten · asiatische Raubkatze · unmittelbar · römischer Kaiser · schweres Baufahrzeug · germanische Gottheit · langschwänziger Papagei · Schmuckstein · Flachs, Faserpflanze · halblang (Kleidung) · chem. Zeichen für Germanium · auffallend, offenkundig · veraltet: Predigt, Strafpredigt · früheres Narkosemittel · sächsische Stadt an der Elbe · Körnerfrucht · Währungseinheit

PAZ13_49

So ist's richtig:



Schüttelrätsel:



Mittelworträtsel: 1. Schimmel, 2. Schwester, 3. Schinken, 4. Quartier, 5. Abschluss, 6. Kartoffel, 7. Schalter – Menthol

Magisch: 1. Spaniel, 2. Angeber, 3. Veteran

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

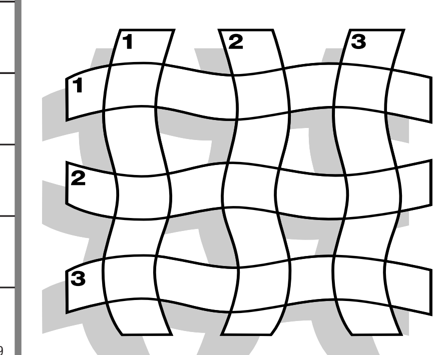
IMOPU · IINR · EENSZ · EMOTT · EELR · EHIM · ENOR · EHOR · IPSTZ · EEEN RT · EEIKL NNRU · EIMM · EMMO

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Bestandteil des Pfefferminzöls.

1	APFEL		REITER
2	OBER		FIRMA
3	LACHS		WURST
4	NACHT		MACHER
5	TARIF		FEIER
6	SALZ		SUPPE
7	LICHT		HALLE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Rassehund
2 Prahler
3 altgedienter Soldat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

medien: Gerhard Zielinski, Hoverbeck: Christine Birkner, Burgundel: Ursula Kisza, Niedersee: Falk Möllenhoff, Nikolaiken: Horst Wiberny, Peitschendorf: Klaus Schütz, Bruno Teuber, Ribben: Wolfgang Drabowski, Schmidtsdorf: Heinz Eckhoff, Seehesten: Manfred Bojahr, Helga Dzubiella, Sensburg-Stadt: Bernd Moyzyczyk, Hansjürgen Katzenski, Gudrun Froemer, Sensburg-Land: Helmuth Tomscheit, Hartmut Waschke, Sorquitten: Manfred Buchholz, Werner Albrecht, Ukta: Rolf W. Krause, Friedhelm Hoffmann, Warpuhnen: N. N. Aktiv und passiv wahlberechtigt ist jedes Mitglied der Kreisgemeinschaft, das das 18. Lebensjahr vollendet hat. Wahlberechtigte, die nicht mehr im Kreis Sensburg geboren sind, können entscheiden, ob sie für das Kirchspiel des Vaters oder der Mutter abstimmen. Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Sensburger Heimatbrief 2013, der auch den Wahlschein enthält. Wichtiger Hinweis: Der ausgefüllte Wahlschein muss spätestens am 31. Januar 2014 beim Wahlausschuss in Remscheid eingegangen sein.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Lebenserinnerungen eines Ostpreußen wieder erhältlich

Das Buch „Meine Heimat, aus der der Tilsiter Käse stammt, Lebenserinnerungen eines Ostpreußen“ von Albrecht Dyck wurde auf Grund der großen Nachfrage neu aufgelegt und ist in der ersten Dezemberhälfte wieder verfügbar. In einigen Buchhandlungen des Heidekreises sind noch wenige Exemplare der ersten Auflage vorhanden. Den neuen Büchern wird eine Karte der Region „Nördliches Ostpreußen“ beigefügt, die auf der Rückseite eine Darstellung des früheren Ostpreußen im Ganzen enthält. Auf Wunsch kann diese Karte mit dem Maßstab 1 : 750 000 für früher erstandene Bücher direkt beim Autor nachträglich angefordert werden.



Die Karte aus der Region ist mit den Namen der Orte versehen, wie sie vor der Umbenennung (Eindeutschung) durch die Nationalsozialisten 1938 gebräuchlich waren. Sehr oft sind es Namen lithauischen Ursprungs. Darum wurde zum Beispiel aus der Ortsbezeichnung Paschwentschen ein Wittenrode und aus Jurgeitschen ein Königskirch. Die Ortsbezeichnung Szillen, Heimatort des Autors, erhielt nur ein „Sch“ am Anfang des Ortsnamens statt des im Lithauischen gebräuchlichen „Sz“. Natürlich blieben die Familienamen wie Szage, Moszeik, Gaudszuhn undsoweiter weiter erhalten.

Anschrift des Autors: Albrecht Dyck, Teichstraße 17, 29683 Bad Fallingbostel.

Keine Advents- und Weihnachtsberichte

Überall kommen dieser Tage Landsleute zusammen, um gemeinsam die traditionellen vorweihnachtlichen Feiern mit Advents- und Weihnachtsliedern an festlich geschmückten Tafeln zu begehen. Leider ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich, Berichte über Advents- und Weihnachtsfeiern zu veröffentlichen.

Die Redaktion bittet um Ihr Verständnis.

Erfolgreicher Herbstmarkt

2000 Besucher kamen ins Kulturzentrum nach Ellingen

Großer Andrang herrschte beim „Bunten Herbstmarkt“ in Ellingen. Fast 2000 Besucher kamen am Wochenende zu den Handwerkern und Ausstellern in das Barockschloss.

Zum 18. Mal führte das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen den traditionellen Markt durch. Die Besucher der Stadt konzentrierten sich auf die Schauräume im Westflügel des Schlosses, da erstmals nach zehn Jahren von den örtlichen Betrieben in Ellingen kein Herbstrundgang mehr organisiert wurde. Nur vereinzelt hatten daher Geschäfte geöffnet.

Bereits am ersten Tag kamen gut 400 Besucher, um Advents- und Weihnachtsartikel anzusehen und zu erwerben. Noch größeren Zulauf gab es am Sonntag, wo an den Spinnrädern und am Klöppelsack Vorführungen stattfanden. Der Drechsler hatte seine Drehmaschine aufgebaut und stellte Holzteller her. Der Pinselmacher zeigte, wie man hochwertige Mal- und Rasierpinsel in Handarbeit fertigt. Der große Stand mit Bernsteinschmuck, dem „Gold der Ostsee“, durfte auch in diesem Jahr nicht fehlen. Die Landsmannschaft der Ostpreußen präsentierte alte Handwerkstechniken und der Strickkreis des Kulturzentrums Ostpreußen informierte über die Technik des Doppelstrickens, bei dem zweifarbig gestrickte Teile durch einfaches Wenden Motive in



Bild: mef

Erfreuten zahlreiche Besucher: Traditionelle Handarbeiten

anderen Farben zeigen. Papier- und Fenstersterne, Blaudruck und Duftsäckchen, Patchwork, Textil, Christbaumschmuck, Töpferarbeiten, kunstvolle Gestecke sowie Brotaufstriche wie Marmeladen konnten die Besucher sofort mit nach Hause nehmen.

Die Puppendoktorin konnte in vielen Fällen gleich vor Ort helfen oder Hinweise für die Reparatur geben. Neben den Händlern, die schon viele Jahre beim Herbstmarkt vertreten sind, gab es verschiedene Neuerungen. So konnten am Erzgebirgsstand die Gäste selbst ausprobieren, wie man aus besonders geformten und gedrehten Holzreifen Krippentiere absticht. Dazu gab es ein spezielles Kinderprogramm, bei dem unter anderem essbare Bastelarbeiten gestaltet wurden. Zudem war es möglich, die noch bis zum 8. Dezember laufenden Sonderausstellungen über den Fischfang in Ostpreußen und im Altmühltal sowie der Fotos über die Erinnerungsstücke aus den Heimatsammlungen zu besichtigen, bevor viele nach dem Kauf von Königsberger Marzipan an der Museumskasse das Schloss verließen.

In der Deutschordensstadt fand zudem das Elisabethenfest im Spital mit Gottesdienst, Adventsbasar und einer Vernissage statt. Außerdem hatte das Spielzeugmuseum im Pleinfelder Tor bei freiem Eintritt geöffnet. *Manfred E. Fritsche*

SEPA-Umstellung

Zum 1. Januar stellen wir unser Lastschriftverfahren auf das neue SEPA-Verfahren um. Für diejenigen, die uns eine Einzugsermächtigung erteilt haben, ändert sich nichts. Abonnenten, die eine Rechnung erhalten, senden wir automatisch neue Überweisungsvordrucke zu. Ihre *PAZ*

Ostpreußenchor Hamburg

Freitag, 13. Dezember, 15 Uhr, St. Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17, Hamburg: Weihnachtskonzert des Ostpreußenchors.

Die Kirche kann mit den HVV-Bussen der Linie 172 oder 7 ab U- und S-Bahnhof Barmbek bis Haltestelle „Hartzloh“ erreicht werden. Von dort aus sind es noch zirka sieben Minuten Fußweg. Informationen bei Ilse Schmidt unter Telefon (040) 2543935.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

»Ermlandfamilie« gegründet

Neuer Verein übernimmt auf Spendenbasis Aufgaben der einstigen Visitatur

Im Oktober 2011 wurde der Visitator Ermland, Danzig und Schneidemühl Msgr. Dr. Lothar Schlegel nach Erreichen des 70. Lebensjahres von der Deutschen Bischofskonferenz entpflichtet. Warum die Deutsche Bischofskonferenz in Bonn bereits vor Jahren das Ende der von ihr unterstützten katholischen Vertriebenenarbeit für 2016 ankündigte und nicht das biologische Auslaufen abwartete, ist unbekannt. Manche Ermländer empfanden das als „Zweite Vertreibung“. Trotz des Priestermangels und der damit verbundenen Beanspruchung haben ermländische Geistliche seit 2011 die Ermländer weiterhin zusammengehalten, Treffen in den einzelnen Städten besucht, die Arbeit des Sekretariats im Ermlandhaus in Münster betreut und das Erscheinen der „Ermlandbriefe“ gesichert. Wiederholte Bitten um Bestellung eines neuen Visitators für die Ermländer, Schneidemühler und Danziger wurden von der Deutschen Bischofskonferenz nicht erfüllt.

Die kirchliche Verbundenheit hat dazu geführt, dass entgegen den Ratschlägen anderer Vertriebenenorganisationen – die Danziger haben das Adalbertuswerk – die Ermländer fest an ihrer Verbindung mit der Deutschen Bischofskonferenz festgehalten haben. Das sicherte ihnen die gute Zusammenarbeit mit dem polnischen Klerus des Bistums Ermland in Allenstein auf Augenhöhe.

Nachdem die erste Verzweiflung überwunden, die Hoffnung auf den selbst heimatvertriebenen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Zollitsch aufgegeben werden musste, kam es jetzt – wie von der Bischofskonferenz gewünscht – zur Gründung des Vereins Ermlandfamilie, der alle Aufgaben der einstigen Visitatur übernimmt.

Vorsitzender ist der bisherige Vorsitzende von Ermländerrat und Ermländervertretung Norbert Block, Weimar. Zu bestimmen ist noch ein geistlicher Präses. Zuschüsse seitens der Bischofskonferenz werden seit April 2012 nicht mehr gewährt. Alles hängt jetzt von der Spendenfreudigkeit der Ermländer selbst ab. *Norbert Matern*

Ein Herz für Kinder

Der Nikolaus ist aus der Adventszeit nicht wegzudenken – Alle lieben ihn. Aber das war nicht immer so

Gehört der Nikolaus bald zu den gefährdeten Arten? Seitdem in Holland über den farbigen Begleiter des Sinterklaas, den Zwarten Piet, diskutiert wird, steht diese Adventstradition sogar unter Rassismusverdacht. Aber wer war der Nikolaus überhaupt?

Ein überlebensgroßer Nikolaus-Spekulatius, der von einer Düsseldorfer Bäckerei hergestellt worden war, schaffte es einmal bis ins Guinness-Buch der Rekorde. Das Meisterstück gehörte zu einer Aktion des katholischen Bonifatiuswerkes, das sich gegen übermäßigen Konsum zur Weihnachtszeit und zugunsten von Kinderhospizen einsetzt.

Der Unterschied zwischen Weihnachtsmann und dem heiligem Nikolaus, dessen Festtag auf den 6. Dezember fällt, gerät heute immer mehr in Vergessenheit. Im Gegensatz zum Weihnachtsmann, der in seiner heutigen Erscheinungsform eine von der US-Firma Coca-Cola gesponserte Kunstfigur ist, lebte Nikolaus (280–350 n. Chr.) vor etwa 1700 Jahren in Kleinasien und wirkte in der Hafenstadt Myra 50 Jahre lang als Bischof.

Kindern gegenüber war Nikolaus von Myra ein großer Wohltäter. Eine Legende erzählt, wie er in der kalten Jahreszeit immer seinen Esel sattelte, ihn mit einem großen Sack voller Nüsse und Geschenke belud und die Kinder in seinem Bistum beschenkte. Daraus ist der Brauch entstanden, dass Kinder am Vorabend des Nikolaustages ihre Schuhe putzen, vor die Haustür oder ein Fenster stellen und hoffen, dass sie am nächsten Morgen mit leckeren Süßigkeiten gefüllt sind. Dieser volkstümliche Brauch wird auch im liberalen Islam am Fest „Noel Baba“ praktiziert.

Schon im Alter von 20 Jahren wurde Nikolaus von seiner Heimatkirche zum Bischof gewählt, weil er zum einen als außergewöhnlich fromm und zum anderen als mutig galt. Beides Qualifikationen, die in der Zeit der Christenverfolgung Ende des 3. und Anfang des 4. Jahrhunderts absolut notwendig waren. Wer zu dieser Zeit zum Bischof gewählt wurde, den erwarteten mit hoher Wahrscheinlichkeit Folter und Hinrichtung. Doch erstaunlicherweise überlebte Nikolaus die schlimmen Torturen im Gefängnis. Als Erbe eines großen Vermögens seiner früh verstorbenen Eltern half er nach seiner Freilassung aus der Haft vielen Menschen aus materiellen Nöten; als großer Theologe prägte er auf dem Konzil von Nicäa (325) entscheidend die Lehre von der Dreifaltigkeit Gottes.

Daher handeln die legendarischen Schilderungen seines Wirkens oft von der Zahl Drei. Dem verschuldeten Vater von drei jungfräulichen Töchtern schenkte er drei Klumpen Gold, so dass die Töchter nicht in die Prostitution gehen mussten. Drei zu Unrecht zum Tode Verurteilte bewahrte er vor der Hinrichtung; drei in Seenot geratene Pilger rettete er vor dem Ertrinken; drei ermordete Jungen erweckte er wieder zum Leben. Gegen einen Irrlehrer soll Nikolaus von Myra auf dem Konzil von Nicäa, auf dem das bis heute in Gottesdiensten gesprochene Nicänische oder Große Glaubensbekenntnis verabschiedet wurde, sogar handgreiflich geworden sein.



Hollands Version vom Nikolaus und Knecht Ruprecht: Sinterklaas und der Zwarte Piet *Bild: action press*

Wie „schafft“ es ein Heiliger, bis in unsere Tage so populär wie der heilige Nikolaus zu sein? Reichen dafür Freigiebigkeit, theologische Kenntnisse und die wunderwirkende Kraft des Gebetes? In der orthodoxen Christenheit des Ostens ist Nikolaus nach der Gottesmutter Maria der mit Abstand wichtigste Heilige. Unzählige Wunder werden seiner Fürbitte bis heute zugeschrieben. Aber auch im Westen hat sich dessen Verehrung, etwa seit dem 10. Jahrhundert, rasant ausgebreitet. Besonders die byzantinische Prinzessin Theophanu, die Ehefrau von Kaiser Otto II. (955–983), brachte aus ihrer Heimat in Kleinasien den Nikolaus-Kult nach Westeuropa. Etwa 100 Jahre später gelangten 1087 auch die Gebeine des Heiligen von Myra nach Bari in Süditalien, wo Papst Urban II. im Jahr 1098 die San-Nicola-Basilika einweihte. In dieser Zeit wurden auch die ersten Nikolaus-Kapellen oder -Kirchen eingeweiht, so etwa die erste Nikolauskirche 980 in Brauweiler nahe Köln. Zwischen dem 11. und 16. Jahrhundert entstanden allein rund 2200 Kirchen und Kapellen nördlich der Alpen, die Nikolaus geweiht waren. Heute finden sich St.-Nikolai-, St.-Niklas- oder St.-Nikolaus-Kirchen in fast allen deutschen, baltischen und russischen Hafen- und Hansestädten, aber auch im Binnenland, in ehemaligen Kaufmannsvierteln. In der Hansestadt Hamburg zum Beispiel tragen heute gleich sieben Kirchen diese Namen.

Der Brauch, Kinder zum Nikolaustag zu beschenken, ist seit dem 11. Jahrhundert bezeugt, und seit 1555 ist auch schriftlich belegt, dass Nikolaus zusammen mit seinem Knecht Ruprecht durch die Lande zieht und besonders notleidende Kinder mit Geschenken bedenkt. Dass eines Tages der Weihnachtsmann, der sich eigentlich dem niederländischen „Sinterklaas“ (Heiliger Claus) als Vorbild verdankt, zu einer Art Konkurrenz für den heiligen Nikolaus erwächst, ist in der langen Geschichte dieses Heiligen und seiner Verehrung etwas Neues. Daher sagen die Initiatoren des überlebensgroßen Nikolaus-Spekulatius, dass es wieder Zeit wird, an die Geburt von Jesus Christus, die eigentliche Bedeutung von Weihnachten und die notleidenden Kinder zu erinnern – Zeit auch, sich gegen unsinnigen Konsum- und Geschenkstress in einer übersättigten Gesellschaft zu stellen. *Hinrich E. Bues*

Buchtipp

Backen mit der »Kekskönigin«

Selbst gebacken schmeckt es am besten. Schon deshalb, weil es so verführerisch aus dem Backblech duftet? Ein neues Buch lüftet jetzt das Geheimnis österreichischer Weihnachtsbäcker: „Backen zur Weihnachtszeit“ von Ingrid Pernkopf, der „Kekskönigin“ aus Gmunden am Traunsee, die seit 1989 zusammen mit ihrem Mann das elterliche Gasthaus „Grünberg am See“ führt.

Ihre Handschrift könne keiner lesen, sagte Pernkopf einmal, und so freue sie sich, ihren Kindern und Enkeln mit ihren Back- und Kochbüchern ein leckeres Erbe zu hinterlassen. Bleiben doch so all die alten Rezepte erhalten.

Wahrlich eine stattliche Backanleitung: Schon der kostbare Einband schürt die Vorfreude, selber zu Zimt, Mehl und Mandelkern zu greifen. In acht Themenbereichen werden die Rezepte erklärt: Jede Art von Weihnachtskeksen, Busserln, Makronen und Spritzgebäck, Lebkuchen, Konfekt, Mehlspeisen und Früchtebrote gibt es zu entdecken. Füllcreme, Glasuren und Aromen werden erklärt. Ein Glossar erläutert die österreichischen Begriffe. Sogar um die Resteverwertung wird sich gekümmert, und falls etwas schief geht, hilft ein Pannen-ABC weiter.

Besonders außergewöhnlich ist ein beiliegendes, abwaschbares Lesezeichen mit übersichtlichen „Tipps und Tricks für problemloses Backen“. Hier erfährt man übersichtlich in 24 Hinweisen, wie man sich das Backen erleichtern kann. *Silvia Friedrich*

Ingrid Pernkopf/Renate Wagner-Wittula. Backen zur Weihnachtszeit. Die 400 besten Rezepte. Pichler Verlag, Wien 2013, 352 Seiten, Euro 29,99.

Ein landesweites Echo

Die rosarote Welt der Helene Fischer – Das Volksmusik-Phänomen trällert auf allen Kanälen

Schon seit Monaten, ja, sogar Jahren sind ihre Namen aus den deutschen Albumcharts nicht mehr wegzudenken: Helene Fischer und Andrea Berg. Die beiden Schlagersängerinnen dominieren die Verkaufslisten. Wer denkt, das liege allein daran, dass inzwischen weniger junge Leute Alben als CD kaufen, der muss wissen, dass die ermittelten Albumcharts auch die am Computer erfolgten legalen Downloads berücksichtigen, auch wenn der digitale Kauf nur etwas über 20 Prozent der gesamten Käufe ausmacht.

Es spricht also vieles dafür, dass nicht nur Angehörige älterer Semester die beiden Schlagersängerinnen bewundern. Für jemanden, der schon vor zehn Jahren rätselte, wieso sich junge Paare bei ihrer Hochzeit das Lied „Du hast mich tausend Mal belogen“ der heute 47-jährigen Andrea Berg wünschen konnten, ist der Rummel um Helene Fischer ein noch größeres Mysterium. Auf ihrem neuen Album „Farbenspiel“ heißt es in den Liedern unter anderem „Keiner ist fehlerfrei, was ist denn schon dabei“, „Für Schokolade sterbe ich, was wäre ein Tag bloß ohne dich“, „Lass uns das Versprechen auf Biegen und Brechen“, „Manchmal bin ich kein Held, kauf ein ohne Geld“. Das spricht dafür, dass es nicht die anspruchsvollen Texte und kunstvollen Reime sein können, die die Massen in die Konzerte der 29 Jahre alten, in Sibirien geborenen Russlanddeutschen treiben. Auch Rhythmus und musikalische Begleitung sind für das Genre üblich und stechen keineswegs durch Originalität hervor.

Trotzdem moderierte Fischer in diesem Jahr die Verleihung des Musikpreises Echo, wurde von



Bild: action press

Helene Fischer mit dem Echo, ähhh, Bambi

Fußballverein Borussia Dortmund als Stargast bei der Feier zum Champions-League-Finale geladen und ist als einzige deutsche Schlagersängerin in Berlin bei Madame Tussauds als Wachsfigur zu bestaunen. Die schlanke Blondine sorgte also dafür, dass Schlager sein verstaubtes Image verlor und plötzlich sogar als Erfolgsmodell gilt, schließlich siegte im Frühjahr bei „Deutschland sucht den Superstar“ mit Beatrice Egli auch ein dem Schlager verfallenes Möchtegernsternchen.

Vieles deutet also darauf hin, dass der Wirbel um Helene Fischer, aber auch Andrea Berg nicht nur auf ihre Persönlichkeiten zurückzuführen ist. Auch wenn man sagen muss, dass beispielsweise die charmante, natürliche Art Fischers und ihr trotz noch so kurzer Glitzerkleider jungfräulicher Sexappeal ihr die Herzen vieler zufliegen lassen.

Es hat der durch ihre aufwendigen Shows bekannten Sängerin nicht geschadet, dass sie seit 2008 mit dem Schlager-Moderator Florian Silbereisen liiert ist, der außerhalb seines direkten Umfelds gern Opfer von Satire-Sendungen ist. Stattdessen hat Fischer dem 32-jährigen Silbereisen, der wegen seiner geschmacklich umstrittenen Akkordeon-Auftritte geliebt oder gehasst wird, ein neues positives Image verpasst.

Aber auch wenn das Drumherum passt, so liegt es nicht an Fischer und Berg alleine, dass das Genre Schlager für immer mehr Menschen infrage kommt. Vielmehr scheint es in der deutschen Gesellschaft eine Hinwendung zu Dingen zu geben, die harmlos und ungefährlich, zugleich ursprünglich wirken. Nur so lässt sich erklären, dass Zeitschriften wie „Landlust“ sich über eine Druckauflage von einer Million verkauften Exemplaren freuen können, während politische Magazine wie der „Spiegel“ oder „Focus“ froh sind, wenn sie ihre Auflage halten. Auch die neu erwachte Liebe der Deutschen zum Handarbeiten, Gärtnern, Handwerken und jeder anderer Form des Selbermachens deuten in die Richtung.

Und so versuchte sogar der Nachrichtensender ntv in dem Beitrag „Rosarote Traumwelt boomt“, sich dem Phänomen der neuerwachten Schlagerbegeisterung zu nähern. Doch auch hier stand am Ende nur die Erkenntnis, dass immer mehr junge Leute finden, dass Schlager Spaß mache und man so schön mitsingen könne. Selbst als Fischer bei der Moderation der „Bambi“-Verleihung im November patzte und ausversehen vom „Echo“ sprach, fanden die meisten ihren Fehler charmant und menschlich. Doch als am Sonnabend nach der Verleihung das ZDF mit der Ausstrahlung eines Fischer-Konzertes einen massiven Quoteneinbruch vor allem beim jungen Publikum erlebte, war für jene, für die der neue Schlagerhype ein Rätsel ist, die Welt für einen Moment wieder im Lot. *Rebecca Bellano*

Heino rockt Fans

Der Sänger erfindet sich stets neu

Keiner hat damit gerechnet, dass Heino mit dem, was als lustige Idee gedacht war, einen solchen Erfolg haben würde: Als im Februar sein Studioalbum „Mit freundlichen Grüßen“ erschien, auf dem der als Interpret von Volksliedern erfolgreiche Sänger eine Mischung aus Pop-, Rock- und Heavy-Metal-Liedern präsentiert, stürmte es in kürzester Zeit die Hitlisten. Es verweilte lange auf Platz 1, sehr zum Ärger vor allem der Originalinterpreten Rammstein und Tote Hosen. Heino trat statt im roten Sakko im Stil eines Rockers mit nietenbesetztem Ledermantel auf. Er wollte einmal den Spieß umdrehen und diejenigen, die ihn als „Schunkel-Opa“ und „Schnulzensänger“ oft parodiert haben, auf den Arm nehmen. Dieser Coup ist ihm prächtig gelungen: „Mit freundlichen Grüßen – jetzt erst recht“ ist das erfolgreichste Album, das er je produziert hat.

Hass- und Kultfigur in einer Person

Dabei hatte Heino, der am 13. Dezember seinen 75. Geburtstag begeht, sich eigentlich schon 2005 mit einer Abschiedstournee von seinem Publikum verabschieden wollen. Doch danach nahm er noch zwei weitere Alben auf. 2009 erschien die CD „Die Himmel rühmen“, auf der Heino klassische Text vertont hat und mit dem Liedgut sogar in Kirchen auftrat.

Nachdem Rammstein-Sänger Till Lindemann zunächst gegen Heinos Interpretation seiner Lieder gerichtlich vorgehen wollte, einigte man sich schließlich und Heino trat als Überraschungsgast beim Heavy-Metal-Festival in Wacken gemeinsam mit Rammstein auf.

Heino ist eine polarisierende Figur im deutschen Showgeschäft. Die Deutschen lieben und hassen ihn, gerade weil er „Deutschtum“ in Reinkultur verkörpert hat. Sein Bekanntheitsgrad liegt bei 90 Prozent. Was macht ihn so einzigartig, dass 19- bis 90-Jährige seine Konzerte besuchen? Zunächst sind da seine Markenzeichen wie die sonore Stimme, blondes Haar und Sonnenbrille, die er anfangs wegen eines Augenleidens trug und später beibehielt.

Der als Heinz-Georg Kramm in Düsseldorf zur Welt gekommene Zahnarzt-Sohn, der seine Kindheit bis 1945 in Pommern verbrachte und ab 1952 in Düsseldorf eine Bäckerlehre absolvierte, steht zu dem, was er macht. In den 1970er Jahren für das Singen deutscher Wandervogellieder und aller drei Strophen des Deutschlandliedes scharf kritisiert, konterte er, dass er am Singen „schöner Lieder“ nichts Schlechtes sehen könne. Ob es der Betrieb eines Cafés in seiner Wahlheimat Bad Münstereifel, das Singen klassischer Lieder oder Rockmusik ist: Das Publikum nimmt ihm alles ab, weil er authentisch und selbstironisch ist. Er ist ein Künstler, der sich immer wieder selbst neu erfindet, und der auf eine fast 50-jährige erfolgreiche Karriere zurückblicken kann. *MRK*

Wenig nützlich

Was die Vergangenheit lehrt



Aus der Geschichte zu lernen läuft in Deutschland fast immer darauf hinaus, negative Ereignisse und Erfahrungen zum Anlass zu nehmen, es heute ganz anders machen zu wollen. Dass dies auch anders geht, versucht der Münchener Kunsthistoriker Loel Zwecker zu beweisen. Dabei konzentriert er sich auf fünf Themenbereiche, nämlich Ehe und Partnerschaft, Arbeit, Steuern, Bildung und Erziehung sowie Sport.

Die Idee klingt grundsätzlich plausibel, doch schon der erste Abschnitt zeigt das Hauptproblem des Buches: Inwiefern taugt die alternative Praxis der Vergangenheit denn nun tatsächlich als Orientierungshilfe für Gegenwart und Zukunft, wenn es zu allen Zeiten eine riesige Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten gab? Dazu kommt, dass das Werk auch nicht sonderlich innovativ ist, wovon unter anderem die Ausführungen über die Arbeit zeugen. So ist die Erkenntnis, dass ein Arbeitstag nicht zwangsläufig lang und stressig sein müsse, da das ungewöhnlich entspannte Leben steinzeitlicher Jäger und Sammler das Gegenteil beweise, schon über 40 Jahre alt.

Ebenso unangenehm berührt, wie kritiklos der Verfasser im Kapitel über die Steuern einer erzwungenen Einkommensverteilung durch Steuerprogression das Wort redet und behauptet, dass nur die relative Gleichheit der Lebensverhältnisse Zufriedenheit garantiere. Denn damit ignoriert Zwecker ja die gravierenden historischen Erfahrungen mit dem alles nivellierenden „real existierenden Sozialismus“, der nicht zuletzt an der totalen Demotivierung der Menschen gescheitert ist.

An den anschließenden Aussagen über Bildung und Erziehung fällt erneut die schon erwähnte Orientierungslosigkeit auf, die im Widerspruch zur Intention des Buches steht: Zwecker konfrontiert den Leser zwar in seiner typischen Zettelkastenmanier mit unzähligen Exempeln aus der Vergangenheit, destilliert aber wiederum kaum Vorbildhaftes heraus.

Und dann der Sport! Über diesen schreibt der Kunsthistoriker ausnahmsweise einmal nicht chronologisch, sondern arbeitet die Bandbreite der jeweiligen Formen und Konsequenzen von „Leibesübungen“ ab. Doch will sich auch hier – mit Blick auf die Reflexionen über Körperkult, Fan(un)wesen, Sportrebellen und NS-Propaganda – kein besonderer Lerneffekt einstellen.

Autor verfällt in Zettelkastenmanier

Das Buch endet mit einem Epilog unter dem Titel „Wie man bisher aus der Geschichte gelernt hat und was man noch lernen könnte“. Dieser kulminiert in der etwas banalen Feststellung, dass die Menschen auch in der Zukunft in die Vergangenheit zurückblicken und damit unsere Gegenwart in den Fokus nehmen werden. Dann dürften laut Zwecker die Historiker „auf ähnliche Weise erschüttert und perplex sein wie wir, wenn wir einen Blick auf Ereignisse werfen, die gerade mal 70 Jahre zurückliegen“. Damit hat er vermutlich sogar recht – wobei noch abzuwarten wäre, welche Phänomene der heutigen Zeit bei den Nachgeborenen dann das größte Kopfschütteln auslösen. *Wolfgang Kaufmann*

***Loel Zwecker: „Ein Schritt zurück in die Zukunft. Was wir aus der Geschichte lernen können“**, Pantheon Verlag, München 2013, gebunden, 416 Seiten, 17,99 Euro*

Keine Lust auf Opferrolle

Birgit Kelle attackiert Feminismus – Gegen Frauenquote und Gender



Sie ist schön, sie ist wortgewandt und mit ihrer offensiv vertretenen Position im Mainstream der veröffentlichen Meinung ein Paradiesvogel. Wohl deswegen wurde die Journalistin Birgit Kelle bereits mehrfach zu Talkshows eingeladen. Und da die Mutter von vier Kindern sich immer für ein eher klassisches Familien- und Frauenbild eingetreten ist, nimmt das Establishment ihr ihre Stellungnahmen offenbar auch nicht so krumm, wie es bei Eva Herman der Fall war, die für ihre Kehrtwende in Bezug auf Frau und Karriere eine reine Hexenjagd über sich ergehen lassen musste.

Und so erhält Kelles Buch „Dann mach doch die Bluse zu. Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“ nicht nur Auszeichnungen, sondern erfährt auch eine überraschend breite Aufmerksamkeit. Das ist insoweit erstaunlich, als die 1975 in Siebenbürgen Geborene den jetzigen Zeitgeist massiv kritisiert. „Aus feministischer Sicht bin ich eine wirklich traurige Gestalt, die über ihren Kindern gluckt, ihnen selbst gekochtes Essen aufzwingt, und das auch noch zu Hause!“ Doch Kelle betont, dass sie so glücklich ist und fragt: „War der Feminismus nicht einst dafür eingetreten, dass ich genau das machen darf? Leben wie ich will?“

Die Autorin nervt, dass Frauen gerade von Feministinnen immer als Opfer dargestellt würden. Dabei fühle sie sich selbst überhaupt nicht als Opfer, sondern entscheide sehr bewusst selbst, wie ihr Leben verlaufe, und nur weil sie sich verstärkt ihren Kindern widme, sei sie noch lange keine Emanzipationsverweigerin. Zudem verärgere es sie, dass die Stärkung der Frau in der Gesellschaft mit einer Diskriminierung des Mannes einhergehe. Als Ehefrau und Mutter zweier Söhne könne sie dies nicht akzeptieren, denn schließlich spielten Männer in ihrem Leben eine wichtige Rolle.

Man muss auch die Kinder der Karriere vorziehen dürfen

Kelle erzählt, dass sie von ihrer ersten Schwangerschaft im Alter von 23 Jahren überrascht wurde. Noch mehr überraschte sie es jedoch, dass sie, als sie Mutter wurde, sich erstmals für eine Entscheidung als Frau rechtfertigen musste. Und so bekommt der Leser auch immer mehr den Eindruck vermittelt, dass der Hauptfeind des Feminismus nicht die Männer, sondern die Mütter seien, da diese mit ihren Emotionen fürs Kind den Plan der Feministinnen hin zu einer von Frauen regierten Welt unterliefen. Und so würden, so die Autorin, zwar Frauen gefördert, doch nur, solange sie bereit seien, dem für sie gemachten Plan zu folgen und, so sie denn unbedingt Kinder haben müssen, diese auch sofort in Fremdbetreuung geben. Geschehe dies nicht, erführen diese Frauen Missachtung. Dabei wünscht sich Kelle Respekt und Anerkennung für die Erziehungsleistung, die Vollzeit-Mütter erbringen.

Als absolut unnötig empfindet Kelle die Einführung von Frauenquoten. Für sie sind diese eine „totale Kapitulation, der Offenbarungseid des Feminismus“. Zementierten sie doch das Bewusstsein, dass Frauen ohne Quote es nicht alleine schaffen würden. Zudem ist Kelle davon überzeugt, dass Frauen gar nicht so sehr eine Karriere anstrebten. Als Beispiel führt sie einen Bereich an, in dem es viele Frauen gibt, und zwar die Schule. Strebten Frauen Leitungsfunktionen an, dann gäbe es doch nicht so viele unbesetzte Schulleiterposten, so Kelle.

Mindestens genauso unnötig wie Frauenquoten findet die Autorin die gesamte Gender-Forschung mit allem Drum und Dran. Aus ihrer Sicht stellt diese auch ein Paradoxon dar. Denn hier herrsche die Theorie, dass es typisch männlich und typisch weiblich nicht gebe. Gleichzeitig würde aber die Frauenquote gefordert, damit die Welt weiblich-weicher werde. Mit dieser Darstellung bittet Kelle eine aufschlussreiche Perspektive auf den Themenkomplex und verdeutlicht so, dass es hier nicht um Sachargumente, sondern um eine Ideologie geht, denn nur eine Ideologie kann es sich leisten, frei von Logik Dinge auf den Kopf zu stellen.

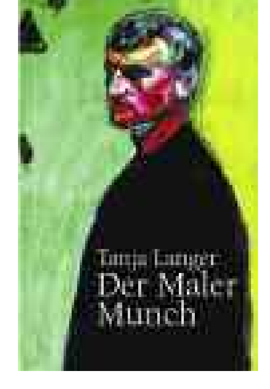
Neben der Debatte um die neue Rolle des Mannes befasst sich Kelle zudem auch mit dem Krippenausbau und dem Betreuungsgeld. Und selbst wenn man alle ihre Positionen nicht teilt, so ermöglicht sie doch eine interessante Sicht auf diese Themen.

Am Ende der Lektüre muss man jedoch schon schmunzeln, denn Kelle, die so leidenschaftlich für das Recht der Frau, sich der Familie zu widmen, plädiert, macht nun genau mit diesem Thema Karriere. Wohlgemerkt, dies ist keine Kritik, nur eine Feststellung, denn eine Mutter, die glücklich und ausgeglichen ist – beruflicher Erfolg kann schließlich auch Glück erzeugen –, ist für Kinder äußerst wichtig. *Rebecca Bellano*

***Birgit Kelle: „Dann mach doch die Bluse zu. Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“**, adeo, München 2013, geb., 220 Seiten, 17,99 Euro*

Munch in Pastell

Romanhafte Biografie zum 150. Geburtstag des norwegischen Malers



Von dem norwegischen Maler Edvard Munch gibt es expressive Selbstporträts, die ihn als zerrissenen, innerlich aufgewühlten Künstler zeigen. Das literarische Porträt „Der Maler Munch“ der Autorin Tanja Langer zeigt ihn als einen Mann, bei dem die Stürme des Lebens zu einer poetischen Ruhe gekommen zu sein scheinen. Entsprechend gefällig und entspannt liest sich diese Biografie, die jetzt passend zum 150. Geburtstag des Malers (siehe Seite 9) erschienen ist.

Nicht als sachliche Lebensbeschreibung, sondern als „Roman“ hat Langer ihr Porträt verpackt. Dabei taucht sie tief in das Bewusstsein von Munch hinein, aus dessen Perspektive drei Stationen seines Lebens erzählt werden. Der erste Teil zeigt ihn kurz nach der Jahrhundertwende in Warnemünde, wo er für Berliner Theater Bühnenbilder entwirft. Die Berliner Autorin Langer, die auch als Regisseurin arbeitet, fühlt sich hier in ihrem Element, macht aus dem Norweger aber fast einen deutschen Maler. In Rückblenden wird seine Hassliebe zu Tulla Larssen aufgearbeitet, die ihm die Kuppe des linken Mittelfingers wegschoss, nachdem beide um eine Pistole gerangelt hatten.

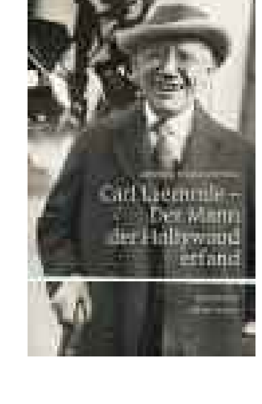
Der Mittelteil zeigt den von Elektroschocks gequälten Maler in einer Kopenhagener Nervenheilanstalt, in der er für einige Monate wegen seiner Alkoholsucht gelandet ist. Teil drei spielt auf seinem Alterssitz in Ekely, wo der knapp 80-Jährige zurückgezogen wie ein „Munch“ (Mönch) lebt, malt und ein 24-jähriges Aktmodell liebt, während deutsche Bomben auf das nahe Oslo fallen.

Langers sensibles Künstlerporträt, bei dem Nebenfiguren allenfalls wie Schatten der Erinnerung Munchs auftreten, erscheint hier wie ein pastellfarbenes Aquarell. Der Dramaturgie halber hätte man sich hin und wieder einen expressiven Erzählstrich à la Munchs Malstil gewünscht, von dem eine kleine Auswahl seiner Bilder im Buch abgebildet ist. *Harald Tews*

***Tanja Müller: „Der Maler Munch“**, LangenMüller, München 2013, geb., 232 Seiten, 18 Euro*

Er schuf Illusionen für Millionen

Biografie über den Erfinder Hollywoods Carl Laemmle



Einer der bedeutendsten Filmbosse in der Frühzeit des amerikanischen Kinos war der Deutsche Carl Laemmle (1867–1939). Doch sein Name und seine Lebensleistung sind weitgehend in Vergessenheit geraten. Dabei ist das von Laemmle in Hollywood gegründete Filmunternehmen Universal Pictures, auch Universal Studios genannt, seit über 100 Jahren weltberühmt. Laemmle, ein jüdischer Immigrant aus dem schwäbischen Städtchen Laupheim, war 1884 nach New York eingewandert und in Chicago ansässig geworden. Er war tatsächlich „der Mann, der Hollywood erfand“; so lautet der Untertitel einer spannenden Biografie von Cristina Stanca-Mustea über Laemmle. Das Buch der 1982 in Bukarest geborenen Kulturwissenschaftlerin geht aus ihrer Dissertation hervor. Es eröffnet einen guten Einblick in die Verhältnisse des amerikanischen und internationalen Filmmarkts bis zum Zweiten Weltkrieg und ist nicht zuletzt deshalb eine lohnenswerte Lektüre.

Erst 1906, im Alter von fast 40 Jahren, fand Laemmle das Geschäftsfeld, das ihn faszinierte und dessen immense Entwicklungsmöglichkeiten er voraussah. Die Autorin lässt uns an seinem zähen Ringen um den Aufstieg in der Filmindustrie teilnehmen, die

Edison Company war sein schärfster Feind

seinerzeit von einem Firmenkonsortium durch Patentrechte kontrolliert wurde. In Chicago eröffnete Laemmle mehrere helle, saubere Nickel-Odeons, so die Bezeichnung für die ersten Filmtheater in den USA. Seit 1907 besaß er einen eigenen Filmverleih, 1909 gründete er seine erste Produktionsgesellschaft und gewann bekannte Schauspieler wie Mary Pickford für seine Filme. Im Laufe der darauf folgenden Jahre setzte er sich gegen den Monopolisten Thomas Alva Edison durch, wobei ihm auch stets ein Quäntchen Glück half, wie er später in Interviews gern betonte. „David gegen Goliath“ hat Stanca-Mustea das Kapitel über Laemmles Kampf gegen die mächtige Edison Company denn auch überschrieben. Sie erläutert sein Erfolgsrezept: Laemmle erfand den Starkult um Filmschauspieler und das Genre des abendfüllenden Spielfilms. Und er wollte unterhaltsame Filme machen, die auf der ganzen Welt verstanden wurden.

Das Kapitel „Geburt einer Legende“ handelt von den Anfängen der Produktionsfirma „Universal Film Manufacturing Company“, die 1912 in New York durch Zusammenschluss von Carl Laemmles „Independent Motion Picture Company“ und anderen unabhängigen Studios entstand. Präsident des Unternehmens wurde Laemmle, der bald danach die Produktion der Filme von der Ost- an die Westküste der USA verlegte. Mit der Eröffnung seiner Studiostadt „Universal City“ gab er 1915 den Startschuss, der Hollywood, einen einsamen Vorort von Los Angeles in den Santa Monica-Bergen, in eine Filmwelt verwandelte. In den Kulissen von Universal City entstanden zahlreiche Wildwest-, Grusel- und Horrorfilme, später anspruchsvolle und teure Filme wie „Der Glöckner von Notre Dame“ (1923). Es kam auch zu einer Geschäftsbeziehung mit der deutschen Ufa. Laut Stanca-Mustea koordinierte Laemmle weltweit 52 Subunternehmen.

Den umtriebigen Filmmogul zeichnet die Autorin als großzügigen Menschen, der es weiterhin vorzog, mit unabhängigen Kinobesitzern zusammenzuarbeiten. Beinahe jedes Jahr zog es ihn nach Laupheim, um seine Familie und seine Freunde wiederzusehen.

Wurde er vergessen, weil er Deutscher war?

Dem populären Sohn und Mäzen Laupheims wurde die Ehrenbürgerwürde verliehen – und wieder aberkannt, als sein umstrittener Anti-Kriegsfilm „Im Westen nichts Neues“ (1930) in Deutschland unter dem Einfluss der Nationalsozialisten zeitweilig verboten wurde. Als Jude durfte Laemmle nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten nicht mehr nach Deutschland reisen. Seither widmete er sich engagiert der Hilfe für deutsche Juden, die auswandern wollten. Mehr als 300 Menschen konnten durch seine Bürgschaften in die USA einreisen und entkamen so dem Tod im Konzentrationslager.

1936 mussten Laemmle und sein Sohn in einer finanziellen Zwangslage ihre Filmproduktionsgesellschaft Universal Pictures verpfänden und dann verkaufen. Laemmle starb am 24. September 1939. Außer einem Stern auf dem Hollywood-Boulevard gibt es heute in Los Angeles und Santa Monica nur wenige Orte, die an ihn erinnern. Die Biografin Cristina Stanca-Mustea glaubt daher, dass man in den Vereinigten Staaten seiner nicht gedenken mochte und mag, weil der Mann, der den Hollywood-Film erfand, deutscher Herkunft war. *Dagmar Jestrzemski*

***Cristina Stanca-Mustea: „Carl Laemmle. Der Mann, der Hollywood erfand“**, Osburg Verlag, Hamburg 2013, gebunden, 246 Seiten, 24,90 Euro*

Sing, sing, was geschah

Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.



Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.

Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203

€ 12,95



Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur € 9,95



Andreas Müller
Schluss mit der Sozialromantik!
Ein Jugendrichter zieht Bilanz
Kart, 240 Seiten
Best.-Nr.: 7262, € 16,99

Arno Surminski

Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973

€ 14,95

Das alte Ostpreußen
Bild-/Textband
In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts angefertigt wurden. .
Großformat, Geb., 359 Seiten
Best.-Nr.: 6430



Vom Autor signiert! (Nur geringe Stückzahl verfügbar!)

€ 19,95

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau.

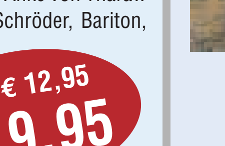
Mit dem Ostpreußenlied

CD

Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m

Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770





Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99

Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu
Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn

In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen."

€ 17,99

Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258



lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Arno Surminski
Jokehnen oder Die Stimmen der Anderen

Wenn im Keller an die fünfzig Aktenordner stehen, in denen Tausende von Leserbriefen gespeichert sind, kommt eines Tages der Gedanke, diese Stimmen der Anderen auf literarisch Bemerkenswertes durchzuschauen. Was haben die vielen Leser zu sagen? Im Mittelpunkt steht der Roman Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland? , der mit Armin Müller-Stahl verfilmt und auch ins Französische, Russische und Schwedische übersetzt wurde. Er hat die Leser bewegt, weil viele darin ihre eigene Lebensgeschichte wiederfanden und er bewegt immer noch. Alle Briefe auch die kritischen wurden vom Autor beantwortet. Die Stimmen der Anderen und die Antworten sind Gegenstand dieses Buches. Außerdem wurden zum besseren Verständnis erklärende Texte und Bilder dazugegeben, die das echte Dorf Jokehnen und seine Bewohner sichtbar machen. Jokehnen steht stellvertretend für das Leben in Ostpreußen und für das Trauma von Flucht und Vertreibung die Reaktionen der Leser bilden ein authentisches Geschichtsbild und sind ein Beitrag zur Versöhnung.

Vom Auto signiert

Geb., 192 Seiten mit 42 Abbildungen
Best.-Nr.: 7264

€ 19,95



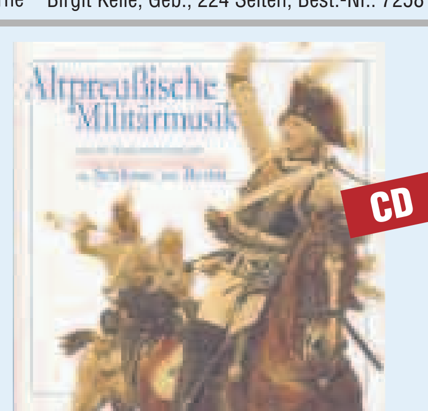
Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin

Dirigent: Christian Blüggel
mit Begleitheft
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II

Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257



€ 15,95

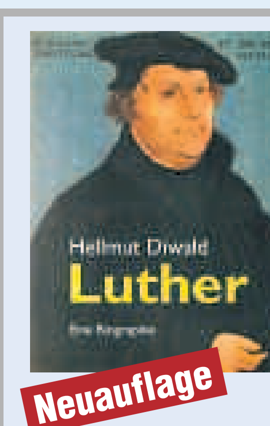
Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler



1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95



Neuauflage

Hellmut Diwald
Luther - Eine Biographie
Geb., 454 Seiten
Best.-Nr.: 2729, € 29,80

Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Pro Patria, Märsche und Lieder

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95

CD



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog

Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

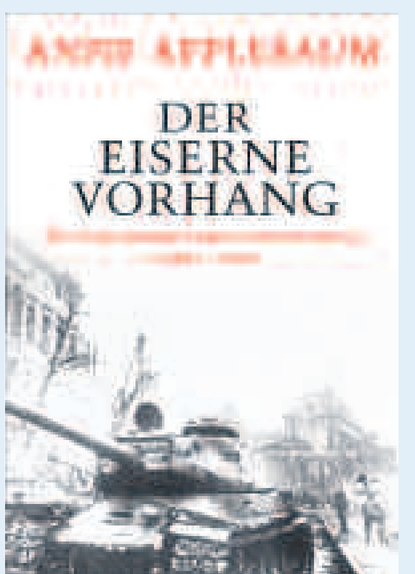


Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259

€ 39,99

Anne Applebaum
Der Eiserne Vorhang
Die Unterdrückung Osteuropas
1944–1956

Osteuropa im Kommunismus - Leben hinter dem eisernen Vorhang In ihrem neuen, hochgelobten Buch erzählt Anne Applebaum, wie Osteuropa nach 1945 hinter dem Eisernen Vorhang verschwand. Auf Basis umfangreicher Archivrecherchen und Gesprächen mit zahlreichen Zeitzeugen zeigt sie eindrucksvoll, wie systematisch und brutal sowjetische Truppen und einheimische Kommunisten in den Ländern Osteuropas stalinistische Diktaturen errichteten und was dies für die Menschen dort bedeutete.
Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mussten die Bewohner Osteuropas erkennen, dass sie mit der Ankunft sowjetischer Truppen unter eine neue Form totalitärer Herrschaft geraten waren. Hinter der Linie, die bald »Eiserner Vorhang« hieß, wurden die Staaten Osteuropas gewaltsam in sozialistische Gesellschaften verwandelt. Dabei veränderte der Kommunismus nicht nur die Wirtschaft und die Politik, sondern drang in alle Bereiche des Lebens vor. In ihrem neuen Buch zeigt Anne Applebaum, wie dieser Prozess der Unterdrückung vonstattenging und wie der Totalitarismus das Alltagsleben von Millionen von Europäern prägte.



Geb., 640 Seiten
Best-Nr.: 7263

€ 29,99

Aktion*



+++ gratis +++

Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

49/13

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Rote Symbole unter Strafe

Tiflis – Die Nutzung von Symbolen des Kommunismus an öffentlichen Orten wird in Georgien künftig ebenso wie das Zeigen von Faschismus-Symbolen unter Strafe gestellt. Laut Parlamentsbeschluss droht bei Zuwiderhandlung eine Strafe von umgerechnet rund 450 Euro. Kommunismus stehe für Massenterror, Massenmord, Konzentrationslager, Hunger, Deportation, Folter und Sklavenarbeit, so die Volksvertreter in der Hauptstadt Tiflis. *H.H.*

Staatsvertrag für die Sinti

Stuttgart – Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg einen Staatsvertrag mit den Vertretern der Sinti und Roma geschlossen. Damit erhöhen sich die Zuwendungen des grün-rot regierten Landes an die Vertreter der Minderheit von 208000 Euro jährlich auf eine halbe Million. Zudem wird ein „Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma“ gebildet. Die Zigeuner sind die einzige anerkannte nationale Minderheit im Südwesten, *H.H.*

ZUR PERSON

In der Höhle des Löwen

Er ist also wieder da. Zwei Tage wurde der Islamkritiker **Hamed Abdel-Samad** in Ägypten an einen unbekannten Ort verschleppt, ehe er von seinen Entführern wieder freigelassen wurde. Er ist buchstäblich mit einem blauen Auge davongekommen, denn viele hatten Schlimmeres befürchtet. Nachdem er am 4. Juni in Kairo einen Vortrag über religiösen Faschismus im Islam gehalten hatte, riefen radikale Islamisten zum Mord an Abdel-Samad aus.

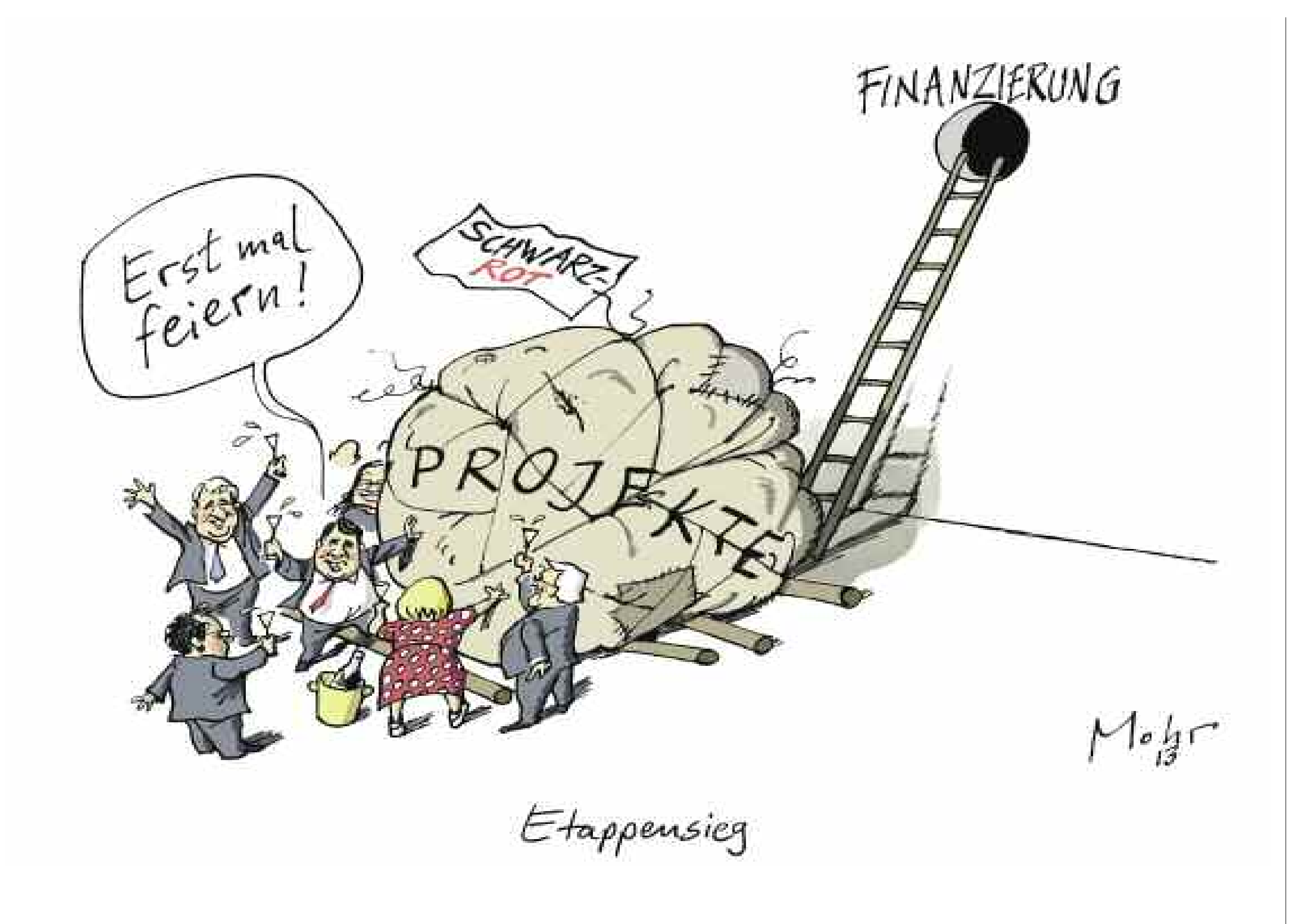
Der Islamkritiker, der in Ägypten geboren wurde und seit 18 Jahren in Deutschland lebt, wagte sich Ende November erneut in die Höhle des Löwen. In Kairo wollte er als Kläger an einem Zivilprozess teilnehmen, bei dem es um unterlassene Geldzahlungen ging. Offenbar stand seine Entführung im Zusammenhang mit diesem Fall, wurde er doch erst freigelassen, als er mit der Pistole an der Schläfe dubiose Papiere unterschrieb.

Der 41-Jährige kann von Glück sprechen, dass er in die Hände Krimineller und nicht mordlüsterner – gleichwohl ebenfalls krimineller – Islamisten fiel.



Seit er sich mit seinem autobiografischen Werk „Mein Abschied vom Himmel“ 2009 kritisch über den Islam geäußert hat, steht er in Deutschland unter Polizeischutz. Schon damals wurde über ihn die Fatwa ausgesprochen. Und schon damals sah er sich in einer Opferrolle, beschreibt er doch, wie er als Kind vergewaltigt wurde.

Als muslimischer Politologe, der bis Ende 2009 am Institut für Jüdische Geschichte und Kultur in München lehrte, führt er jetzt einen Feldzug gegen seine Islam-Peiniger. In Talkshows und als Beifahrer des jüdischen Journalisten Henryk M. Broder in der Satire-Serie „Entweder Broder“ weiß er zu polarisieren und zu provozieren. Jetzt, da er wieder da ist, wird er in den Medien bestimmt noch omnipräsenter sein. *Harald Tews*



Etappensieg

Ziemlicher Mist

Warum wir trotzdem Untertanen bleiben, wieso Kamerun wieder unser werden muss, und wie wir die Presse endlich an die Kette kriegen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Henryk M. Broder will eine frappierende Entdeckung gemacht haben: Der deutsche Untertanengeist sei tot. „Ein Volk, das Bushido den Bambi verleiht, das Schwarzfahren, Auto-Abfackeln und Steuerbetrug duldet, ist kein autoritäres mehr. Vom Befehlsempfänger zum Befehlsverweigerer ...“ tippt Broder (erfreut? verblüfft? entsetzt? alles gleichzeitig?) in „Die Welt“.

Schade, denn hier hat der, der sonst oft schmerzhaft zielbewusst ins Schwarze trifft, eindeutig danebengeschossen. Wir sollen keine Untertanen mehr sein? Blödsinn: Wir haben bloß den Geßlerhut ausgetauscht, verneigen uns vor anderen „Autoritäten“ als unsere Vorgänger.

Klar: Kaiser gibt's nicht mehr, Polizisten respektiert der zeitgeistige Jungmensch auch nicht wie früher, Soldaten sind Freiwild, Lehrer sowieso. Aber sind wir deshalb jetzt alle zu aufmüpfigen Anarchen geworden?

Leider Quatsch: Wann etwa hat man das letzte Mal einen Abteilungsleiter einer öffentlichen Einrichtung gesehen, der sich vor aller Augen dem Bannspruch der Frauen- und Genderbeauftragen seines Dezernats entgegengestellt hätte? Erwachsenen, scheinbar „mündigen“ Bürgern schlottern die Knie, wenn sie auf der Versammlung von einem strohdummen Pickelgesicht als „rechts“ bezeichnet werden. Und wenn gewalttätige Extremisten meinen, dass die Versammlungsfreiheit heute nicht gilt, dann gehen wir gehorsamst nach Hause.

Nein, nein, Untertanen sind wir heute vielleicht noch ausgeprägter als einst. Wir nennen es nur anders.

Wie jedem kleinen Untertanen-Würstchen kommt es uns vor allem darauf an, nicht anzuecken, es allen recht zu machen. Was manchmal gar nicht so einfach ist: Die „Lampedusa-Flüchtlinge“ auf dem Berliner Oranienplatz, für Leser dieser Zeitung schon alte Bekannte, machen es uns sogar ziemlich schwer. Die meisten sind mittlerweile in überdachte Unterkünfte umgezogen. Ein verbissenes Dutzend aber harrt in den Zelten aus und pfeift auf alle Räumungsanordnungen der deutschen Behörden. Natürlich verneigen wir uns vor so viel Standhaftigkeit. Dennoch wagen es immer mal wieder ein paar taktlose Deutsche, die Afrikaner zu fragen, wie das denn angehen könne: Sie kommen hierher, wollen den Schutz unseres Staates und unsere Unterstützung, und gleichzeitig übertreten sie dreist unsere Gesetze.

Die antworten, schließlich hätten wir 600 Jahre Kolonialismus verbrochen. Da stünde es uns überhaupt nicht zu, ihnen irgendwas vorzuschreiben.

Die Antwort verwirrt, nicht nur wegen der recht großzügig gefassten Zeitspanne. Die deutsche Kolonialzeit hat bekanntlich etwas weniger lang gedauert.

> 600 Jahre deutsche Verwaltung in Afrika haben tiefe Spuren hinterlassen – nur welche?

Doch was wollen sie uns damit sagen? Wahrscheinlich, dass sie entsetzlich unter der deutschen Verwaltung (in Somalia? Ach, was soll's!) gelitten haben. Aber warum kommen sie dann ausgerechnet dahin, wo es immer noch deutsche Verwaltung gibt? Sehnen sie sich nach jahrzehntelanger Unabhängigkeit etwa danach, endlich wieder von Europäern, und da bevorzugt von Deutschen beherrscht zu werden statt von ihren Mitafrikanern?

Was hätte man wohl Mitte des 19. Jahrhunderts gesagt, wenn auf einmal eine breite „Flüchtlingsbewegung“ aus den USA gen England aufgebrochen wäre? Genau: Die Amis können es wohl nicht alleine, demnach sollten sie besser wieder britisch werden.

Es war ein bekannter Filmemacher aus Kamerun, der genau dies unlängst vorgeschlagen hat. Da früher alles viel besser gewesen und nach der Unabhängigkeit in die Hose gegangen sei, könne man nur zu einem Schluss gelangen: Die Kolonialmächte müssten zurückkehren.

Man stelle sich die Szene vor: Der frisch in Berlin ernannte deutsche Gouverneur geht in Kameruns Hafen Douala von Bord und ruft: „Na, meine Damen und Herren, da wären wir also wieder. Unter uns: Wie hattense's denn so in der Zwischenzeit? Ziemlicher Mist, was? Aber keene Sorje, det kriejen wa allet wieda in'n Jriff!“

Etwa so? Kaum anzunehmen, dass die „Lampedusa-Flüchtlinge“ von dieser Szene träumen, von ihren linken „Unterstützern“ ganz zu schweigen.

Wie wollen wir aber die Forderungen der „Flüchtlinge“ erfüllen, wenn die Forderungen derart wirr sind? Am Ende keimt gar das dunkle Vorurteil auf, dass denen die „600 Jahre Kolonialismus“ in Wahrheit schnurzegal sind und sie nur in unsere Sozialkassen greifen wollen. Das wäre dann Futter für die populistischen Hetzer, denen sich vor allem die Medien entgegenstellen müssen.

Zum Glück tun die das auch, zumal die öffentlich-rechtlichen Staatssender. Dort wachen verantwortungsvolle Instanzen darüber, dass kein falscher Zungenschlag über den Sender geht, wie etwa die Rundfunkräte, Intendanten, inhaftierte Moslem-Fanatiker, Chefredakteure, erfahrene Moderatoren ... Moment mal, was war das da in der Mitte?

Wir haben richtig gelesen: Haben Sie schon mal „Türkisch für Anfänger“ gesehen? Autor Bora Dagtekin, Sohn einer Deutschen und eines Türken, bestätigte im Interview mit dem „Stern“ vom 28. November: Die ARD hat die Serie erst einem in U-Haft sitzenden Dschihadisten gezeigt, bevor man sie ins Programm nahm. Die „unabhängigen Programm-Macher“ wollten Ärger mit islamistischen Kreisen vermeiden und kürten den radikalen Gotteskrieger zum Zensor über das deutsche Fernsehen.

Ja, wir können es nicht oft genug betonen: „Rückgrat zeigen, Eintreten für das Leben – gegen Erniedrigung, Entrechtung und Gewalt, dabei eigene Nachteile in Kauf nehmen: Das ist Zivilcourage.“ Woher ich diese stolzen Sätze habe? Vom „Wort zum Sonntag“, den 20. Juli 2013, auf ARD, Überschrift: „Das starke Wort“.

Könnte man auch anders nennen. Soll man aber nicht, auch wenn dies bestimmte Medien wie dieses hier leider immer wieder tun.

Die Medien sind ein Problem, denn es gibt viel zu viele darunter, die sich der Kontrolle von Rundfunkräten und Dschihadisten entziehen und daher dem „Gemeinwohl“ schaden. Dem will die Große Koalition abhelfen. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, künftig regionale Zeitungen privater Verleger mit Mitteln der Rundfunk-Zwangsabgabe zu subventionieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Blätter Nutzen bringen für den, so wörtlich im Vertrag, „Public Value“, was in etwa „Gemeinwohl“ heißt.

Und wer bestimmt, was dem „Public Value“ dient? Vorbild ist Nordrhein-Westfalen, wo man schon weiter ist auf dem Weg zur staatlich gepäppelten Presse. Dort soll eine „Stiftung Vielfalt und Partizipation“ darüber entscheiden, wer Geld bekommt.

Wir benötigen nicht viel Phantasie, um uns auszumalen, wer in dieser Stiftung das Sagen haben wird. Dafür müssen wir uns bloß andere derartige Einrichtungen ansehen, in denen „die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt repräsentiert“ ist: Da sitzen die Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften, Umweltgruppen, von „gesellschaftlich relevanten“ Nichtregierungsorganisationen, Immigrantenverbänden etc. etc. Wenn sie sich treffen, geht es zu wie auf einem Grünen-Parteitag mit ein paar Alibi-„Konservativen“, deren wichtigstes Anliegen darin besteht klarzustellen, dass sie auch „gegen rechts“ und für die Frauenquote sind.

Anders gesagt: „Rechtspopulisten“, Islamismus-Kritiker, „Klima-Leugner“, Euro-Kritiker und alle anderen Dreckskerle, die sich „gegen die Zivilgesellschaft stellen“, haben da nichts zu suchen. Wer „Zivilgesellschaft“ durch „Arbeiterklasse“ ersetzt, der erkennt, wohin die Reise geht. Es erinnert doch recht drastisch an die DDR mit ihrer „Gemeinwohl“-orientierten Medienlandschaft: Von oben gelenkte Zeitungen, die keiner lesen will, die aber alle über Zwangsabgaben bezahlen müssen. Und da meint Henryk M. Broder, wir seien fertig mit unserem Untertanentum. Wir fangen gerade erst an!

MEINUNGEN

Für ***Bernd Lucke****, Sprecher der Alternative für Deutschland (AfD), ist der gesetzliche* ***Mindestlohn*** *ein Offenbarungseid des* ***Versagens****. Der „Wirtschaftswoche“ (28. November) sagte er:*

„Der Mindestlohn ist das Eingeständnis, dass manche Menschen in Deutschland so schlecht ausgebildet wurden, dass sie nicht für ihren eigenen Lebensunterhalt aufkommen



können. Das ist die Schuld von Familien, die sich nicht genug um Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder gekümmert haben, und die Schuld des Staates, der dringend das Schul- und Ausbildungssystem verbessern müsste.“

Wolfram Weimer *warnt die* ***CDU*** *im „Handelsblatt“ (29. November) vor der* ***Enttäuschung*** *ihrer eigenen Wähler:*

„Die CDU steht mit ganz leeren Händen da ... Diese Verkehrung des Wahlergebnisses dürfte die CDU bei den kommenden Wahlen schmerzlich zu spüren bekommen, denn Teile des bürgerlichen Lagers werden sich so – wohl schon bei der Europawahl – enttäuscht der FDP und AfD zuwenden.“

Für ***Bärbel Fischer****, Pädagogin und Elternaktivistin, sind junge* ***Eltern die Verlierer*** *des Koalitionsvertrages. Im Internet-Portal „Freie Welt“ (29. November) schreibt sie:*

„Die Verfasser des zäh ausgehandelten Koalitionsvertrags rühmen sich, gerade die junge Generation im Blick gehabt zu haben. Jedoch erschöpft sich ihr Füllhorn in der üppigen Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kinder jeden Alters und in Investitionen für ‚Bildung‘, worunter sie nichts anderes als eben diese Ganztagsbetreuung verstehen. Eine Anerkennung der elterlichen Erziehungsleistung ist nicht vorgesehen.“

Der britische Ministerpräsident ***David Cameron*** *will sein Land vor* ***unkontrollierter Zuwanderung*** *schützen. In der „Financial Times“ schrieb er:*

„Wenn die Leute nicht hier sind, um zu arbeiten – wenn sie betteln oder im Freien schlafen –, dann werden sie entfernt.“

Gerd Held *moniert in der „Welt“ (28. November), dass* ***Deutsche*** *gegenüber Zuwanderern* ***benachteiligt*** *werden:*

„Mit Verwunderung hörte die Öffentlichkeit auch von einem ‚Protestmarsch‘ von Würzburg nach Berlin, den Flüchtlinge unternahmen, die nur ein Aufenthaltsrecht in Bayern hatten. Bis heute ist ihr Status nicht geklärt ... Das deutsche Grundgesetz gibt in Artikel 11, Absatz 2 dem Staat das Recht, in bestimmten Fällen die Freizügigkeit seiner Bürger einzuschränken. Wie soll ein deutscher Staatsbürger verstehen, dass für ihn zumutbar ist, was für einzelne Migrantengruppen zur Menschenrechtsverletzung erklärt wird?“